



Forum Stadt



44. Jahrgang
3|2017

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Aus dem Inhalt:

Gerhard Vinken
»Historic Districts« und
Städtebauliche Denkmal-
pflege in den USA

Heike Oevermann
Stadtentwicklung und
Industriedenkmalpflege

Thomas Spohn
Wiederaufbau norwegischer
Städte nach dem deutschen
Überfall 1940

Robert Kaltenbrunner
Zur Transformation des
Wohnungsangebots in der
Wissensgesellschaft.

Johann Jessen
Otto-Borst-Preis 2017
Laudatio

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schönig, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt

Postfach 100355

73728 Esslingen

Email: hans.schultheiss@email.de

Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden

»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH

Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen

Fax +49(0)8581-9605-754

E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)

Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart

E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2017 Forum Stadt e.V., Esslingen

Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 3/2017

Abhandlungen

Gerhard Vinken

Vorbild Amerika?

„Historic Districts“ und städtebauliche Denkmalpflege in den USA 251

Heike Oevermann

Stadtentwicklung und Industriedenkmalpflege:

Erhalt historischer Textilindustriekomplexe als Stadtentwicklungsstrategien

in Leipzig-Plagwitz 271

Thomas Spohn

Der Wiederaufbau norwegischer Städte

nach dem deutschen Überfall im April 1940 295

Robert Kaltenbrunner

Innovation versus Neutralität? Ansätze für die notwendige Transformation

des Wohnungsangebots in der Wissensgesellschaft 317

Autorinnen/Autoren 334

Forum

Johann Jessen

Otto-Borst-Preis 2017.

Siebte Vergabe des Wissenschaftspreises in Erfurt 335

Besprechung

BARBARA HOIDN (Hrsg.), DEMO:POLIS.

Das Recht auf öffentlichen Raum (*Dieter J. Mehlhorn*) 340

Vorbild Amerika?

„Historic Districts“ und städtebauliche Denkmalpflege in den USA

In den USA, so die Einschätzung eines langjährigen Denkmalpflegers und intimen Kenners der Materie, ist Denkmalpflege heute vor allem ein raumbezogenes Konzept denkmalpflegerischer Planungspraxis.¹ In Deutschland hingegen überwiegen Vorstellungen einer klaren Aufgabenteilung, einer Trennung von Schutz und Planung.² Zwar ist die Denkmalpflege schon seit den 1960er Jahren im Raumordnungs- und Städtebaurecht verankert, und dank der Novelle des Baugesetzbuches von 1998 sind denkmalpflegerische Belange als eigener Grundsatz des Städtebaus und der Planung anerkannt.³ Doch „ist es aber der Denkmalpflege bis heute nicht angemessen gelungen, durchdacht und planvoll im System städtebaulicher Planung mitzuarbeiten [...]. Planerische Anstöße aus der Denkmalpflege fehlen“.⁴ Das von dem bayrischen Generalkonservator Pfeil im Rahmen der Initiative ‚Denkmalpflege 2020‘ auf den Weg gebrachte ‚Kommunale Denkmalkonzept Bayern‘, das von der Universität Bamberg wissenschaftlich begleitet wird, zielt auch darauf ab, diesen Missstand zu beheben.⁵ Doch macht die etablierte Rollenverteilung eine wirkliche Reform hier nicht gerade leicht.

- 1 William J. Murtagh, der fast 50 Jahre in dem Feld tätig war, u. a. als Mitarbeiter am *National Register of Historic Places* im Innenministerium und als Vizepräsident des *National Trust for Historic Preservation*, spricht wörtlich von einem „environmentally orientated concept of preservation planning“ (W.J. Murtagh, *Keeping Time. The History and Theory of Preservation in America*, 3. Aufl., Hoboken 2006, S. 86).
- 2 Vgl. V. Eidloth / G. Ongyerth / H. Walgern, Grundlagen und Grundsätze der städtebaulichen Denkmalpflege, in: V. Eidloth / G. Ongyerth / H. Walgern (Hrsg.), *Handbuch Städtebauliche Denkmalpflege*, Petersberg 2013, S. 17.
- 3 Vgl. H. Walgern, Denkmäler und denkmalpflegerische Belange in Stadtplanung, Raumordnung und räumlichen Fachplanungen, in: *Handbuch Städtebauliche Denkmalpflege* (s. A 2), S. 145 ff.
- 4 Ebd., S. 150.
- 5 Vgl. T. Gunzelmann, Das „Kommunale Denkmalkonzept (KDK)“ – Aufbau, Inhalt und Methodik, in: D. J. Martin / Michael Krautzberger (Hrsg.), *Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege. Recht, fachliche Grundsätze, Verfahren, Finanzierung*, München 2017, S. 662-667; T. Gunzelmann / J. Sandmeier / L.M. Selitz / G. Vinken, Das »Kommunale Denkmalkonzept«. Eine Perspektive für mehr Eigenverantwortung von Kommunen und Bürgergesellschaft im System Denkmalpflege, in: *Die Denkmalpflege* 75 (1), 2017, S. 20-26

Verpasste Chancen

Paradoxerweise hat in Deutschland gerade die Etablierung des Ensembles als denkmalrechtlicher Fachbegriff in den neuen oder novellierten Denkmalschutzgesetzen seit den 1970er Jahren eine wirkliche Verzahnung von denkmalpflegerischen und städtebaulichen Aspekten geschwächt, weil sie „zu einer spürbaren Vernachlässigung der Anwendung der Instrumente des Bauplanungsrechts durch die Denkmalpflege führte [...], obwohl einige Landesdenkmalämter Fachreferate für städtebauliche Denkmalpflege oder Planungsberatung eingerichtet hatten“.⁶ Das Ensemble, belastet durch seine Heimatschutzherkunft, wurde eher als ein Instrument zur Verhinderung ‚hässlicher‘ Neubauten begriffen denn als Beitrag zu einer historisch informierten Stadtplanung.⁷

Eine folgenschwere Entscheidung fiel hier im Zusammenhang mit dem vielgerühmten Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, das gemeinhin als Wasserscheide zu einer effektiveren Denkmalpflege gesehen wird.⁸

Zwar wurde damals eine städtebauliche Denkmalpflege auf die Agenda gesetzt. Doch ging es dabei nicht um einen Beitrag zu einer Entwicklung und Gestaltung, sondern um die ‚Rettung‘ von historischen Werten vor einer – nicht immer zu Unrecht – als ‚Umweltzerstörung‘ aufgefassten zeitgenössischen Bau- und Planungspraxis.⁹ Wenn in den Augen der institutionalisierten Denkmalpflege 1975 die „Stadt- und Ensemble Denkmalpflege längst zur zentralen Problem- und Aufgabenstellung angewachsen ist“,¹⁰ dann auch in dem – von breiten Bevölkerungsschichten geteilten – Wunsch, den erlebten Zerstörungen eine Alternative, eine andere Form von Stadt entgegenzusetzen: „Denkmalschutz muß viel mehr sein als die Sorge um die Rettung einiger ›Traditionsinseln‹ [...]. Denkmalschutz heute muß die lebendige Bewahrung des gesamten urbanen Lebensraums erfassen, sofern er historischen Ursprungs ist oder seine städtischen Qualitäten für jedermann deutlich sind: Atmosphäre, Mischung, Zentrumsnähe, günstige Mieten, menschliche Dimensio-

6 H. Walgern (s. A 3), S. 150.

7 Vgl. T. Breuer, Ensemble – ein Begriff gegenwärtiger Denkmalkunde und die Hypothesen seines Ursprungs, in: G. Mörsch/R. Strobel (Hrsg.), Die Denkmalpflege als Plage und Frage. Festgabe für August Gebeßler, München/Berlin 1989.

8 Vgl. V. Eidloth/G. Ongyerth/H. Walgern (s. A 2), S. 13, 32.

9 Vgl. M. Petzet, Eine Zukunft für unsere Vergangenheit? – Denkmalpflege im Denkmalschutzjahr 1975, in: Deutsches Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr (Hrsg.), Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S. 7 f.

10 A. Gebeßler, Altstadt und Denkmalpflege, in: Deutsches Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr (s. A 9), S. 69.

nen, Gestaltungsvielfalt.¹¹ Stimmen, die hier ein grundsätzliches Umdenken forderten, blieben allerdings die Ausnahme. Von den tonangebenden Fachleuten wird nämlich eine wirkliche Neuorientierung der städtebaulichen Denkmalpflege als überflüssig erachtet.¹² Bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Tenor einer Stellungnahme der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, die von dem damaligen Kölner Konservator Georg Mörsch vorbereitet worden ist. Kritisiert wird darin „ein fast medizinisch therapeutischer Eifer“ in „städtebaulich-sozialen Belangen“ und „die Neigung, Denkmalpflege hauptsächlich im Zusammenhang mit städtebaulichen Fragen zu verstehen und zu akzeptieren.“ Das Papier stellt ganz grundsätzlich die Legitimation der Denkmalpflege in Frage, sich „in solchen Bereichen zu bewegen, die häufig von dem Aspekt des Städtebaus her beschrieben werden“ und betont die vorrangige Bedeutung des herkömmlichen Einzeldenkmals.¹³ Die hier gegen ein „kurzlebigen Übergewicht in der öffentlichen Meinung“ in Stellung gebrachte ‚wissenschaftliche‘ Denkmalpflege entpuppt sich einmal mehr als eine Verteidigung fachbehördlicher Zuständigkeit und als eine Abwehr pluraler und partizipatorischer Formen der Erbe-Aneignung.¹⁴ Vor allem aber wurde in der Festlegung auf einen substanzbezogenen Denkmalbegriff (‚historischer Zeuge‘) die gesellschaftliche Relevanz der Denkmalpflege auf die ‚Rettung‘ und Verwaltung des baulichen Erbes beschränkt.

In der Abgrenzung von den zukunftsorientierten gesellschaftlichen Planungs- und Entwicklungsaufgaben sind damals für die staatliche Denkmalpflege Weichen gestellt worden, die, in der Gesetzgebung auf Länderebene festgeschrieben, bis heute nachwirken. Die USA, so scheint es, haben aus ähnlichen Krisenerfahrungen andere Konsequenzen gezogen. Das zerstörerische Potential einer technizistischen Planungspraxis, aus deren Ablehnung sich mittelbar das Europäische Denkmalschutzjahr speiste, war in der Neuen Welt schon früher spürbar geworden. Mit dem 1966 auf den Weg gebrachten *Historic Preservation Act* wurde schon früh eine Entwicklung eingeleitet, die die Denkmalpflege als ‚Planungswerkzeug‘ und den *Historic District* als wichtigstes denkmalpflegerisches Instrument begreift. Vorbild USA –

11 P. M. Bode, Unser Lebensraum braucht Schutz, Denkmalschutz – eine Kampagne der ›Aktion Gemeinsinn‹ zum Denkmalschutzjahr, in: *Deutsches Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr* (s. A 9), S. 38.

12 Vgl. L. Schmidt, Einführung in die Denkmalpflege, Darmstadt 2008; darin wird die Stadtbildpflege als „allenfalls ein Nebenschauplatz des Faches“ bezeichnet, S. 68.

13 *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland*, Denkmalpflege 1975. Versuch einer Beschreibung, in: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege* 34 (1976), S. 87-89.

14 G. Vinken, Escaping Modernity? Civic Protest, the Preservation Movement and the Reinvention of the Old Town in Germany since the 1960s, in: M. Baumeister/B. Bonomo/D. Schott (Hrsg.), *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt a.M./New York 2017, S. 169-191.

das klingt aus europäischer Sicht fast wie ein Sakrileg: Disney World und Las Vegas gelten als Chiffren einer um ihr Erbe wenig bekümmerten Kultur, der auch nach eigener Einschätzung das *fake* in die Gene eingeschrieben ist.¹⁵ Da der *Historic District* inzwischen sowohl in den Augen der Fachwelt wie auch der Öffentlichkeit ein äußerst erfolgreiches Schutz- und Planungsinstrument ist, lohnt es sich, seine Genese und Ausgestaltung einmal genauer darzustellen.

Wie in Europa, so standen auch in den USA lange Zeit Einzeldenkmäler im Mittelpunkt des denkmalpflegerischen Interesses, vor allem sogenannte *Heroic Places*, Orte, die mit dem Unabhängigkeitskrieg sowie dem Gründungsvater und ersten Präsidenten der jungen Nation, George Washington, verbunden sind. Erst mit der *City beautiful*-Bewegung wurden um die vorletzte Jahrhundertwende das Stadtganze und die Landschaft als eigenständige Werte entdeckt: Ziel des Städtebaus war nun die harmonische Entwicklung des Ganzen wie auch die Einbindung von Parks.¹⁶ In diesem Zusammenhang ist auch die wachsende Aufmerksamkeit für die bildhaften Werte von Monumenten zu sehen, die neben die etablierte historische Bedeutung trat – ähnlich wie es in Europa von Theoretikern wie Alois Riegl vorbereitet worden ist und dann für die Reformzeit und den Heimatschutz bezeichnend wurde. Erste gesetzliche Maßnahmen lassen auch in den USA eine gewachsene Aufmerksamkeit für das Ensemble erkennen und für räumliche Werte, die über einen reinen Objektschutz hinausgehen. In Boston etwa wurde in dieser Zeit die Rückführung der Geschosshöhe des neu errichteten Westminster Chambers durchgesetzt, weil es die Wirkung der Trinity Church beeinträchtigte.¹⁷ Doch führte von hier kein einheitlicher und konsequenter Weg zu einer städtebaulichen Denkmalpflege. Für den von Boston aus dominierten Nordosten der USA konstatiert Michael Holleran sogar eine ‚Entfremdung‘ von Städtebau und Denkmalpflege nach 1910 aufgrund der Durchsetzung einer objektbezogenen ‚archäologischen‘ Denkmalpflege nach europäischem Vorbild.¹⁸

Ein besonderes Hindernis für den Denkmalschutz stellte das Eigentumsrecht dar, das in den USA Verfassungsrang hat und auch im Namen eines öffentlichen Interesses nicht ohne weiteres auszuhebeln ist. Gerade die Geschichte des städte-

15 Vgl. A. L. Huxtable, *The unreal America. Architecture and Illusion*, New York 1997; vgl. insbesondere das Kapitel „America the Faux“, S. 39-71.

16 Vgl. M. Holleran, *Boston's „Changeful Times“. Origins of Preservation and Planning in America*, Baltimore/London 1998, S. 110-134.

17 Vgl. ebda., S. 174-182.

18 Ihr Begründer, William Summer Appleton, fasste das Denkmal als Zeitzeugen und materielles Dokument einer bestimmten Epoche auf; der neue Auftrag („die besten alten Häuser retten“) und der Vorrang der (kunst)historischen Bedeutung isolierte den Denkmalschutz von den Akteuren mit städtebaulichen Zielen und trieb Stadtplaner und auch Landschaftsschützer aus der Bewegung hinaus (vgl. ebda., S. 218-244 und S. 270 f.).

baulichen Denkmalschutzes lässt sich hier einordnen in die Auseinandersetzungen darum, wie Stadtentwicklung öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen ist, das heißt in die Geschichte der gesetzlichen Regulierung der Stadtplanung. Auch für Europa lässt sich indessen ein direkter Zusammenhang zwischen der planerischen Regulierung und Modernisierung der Städte und der Herausbildung von historischen Vierteln nachweisen.¹⁹ In Basel etwa entsteht die ‚Sonderzone Altstadt‘ im Zusammenhang mit der Ausweisung von Bauzonen.²⁰ Modernisierung der Stadt und ‚Rettung‘ von Traditionsinseln sind dialektisch aufeinander bezogen. Die Anfänge der städtebaulichen Denkmalpflege in den USA und insbesondere die Ursprünge des *Historic Districts* liegen ganz konkret in den *Zoning Laws*, mit deren Hilfe Eingriffe in private Eigentums- und Verfügungsrechte durchgesetzt werden konnten.²¹

„Zoning“ und Denkmalpflege

Zoning wurde in den USA offenbar zuerst in Kalifornien angewandt. In einer Art Pionierprojekt werden in Kalifornien in den 1880er Jahren Wäschereien in bestimmten Vierteln gesetzlich verboten. Diese Regelung, die vordergründig bestimmten Emissionen einen Riegel vorschiebt, ist de facto Rassenpolitik und richtet sich auf einen Ausschluss der chinesischen Bevölkerung, der damit die Lebensgrundlage entzogen wird.²² Doch bewährt sich das Verfahren, um reine, von Industrie und Handel ungestörte (und privilegierte) Wohnviertel zu schaffen, so etwa 1980 in Los Angeles, in Adaption der in Deutschland entwickelten ringförmigen Zonen-Regulierung, die auf eine Abnahme der Nutzungsintensität vom Zentrum zum Stadtrand zielt.²³ Berühmt sind auch die Auseinandersetzungen um die Bauzonenregelung für die 5th Avenue in New York seit 1916.²⁴ Das Verfahren erfährt zunehmend an Bedeutung, als sich auch in den USA nach 1900 in vielen Städten die krisenhaften Symptome verschärfen. Als Kehrseite einer dynamischen City-Bildung verkamen viele der ehemals beliebten Wohnviertel zu Slums. Die Sanierung (*Rehabilitation*) von historischen Vierteln wurde oft durch Bauregulierungen eingeleitet. Funktionszonen hielten Industrie fern, Höhenregulierungen gaben Schutz vor Überschattung, die gezielt eingesetzte Festschreibung einer geringen Baudichte machte Neubauten unrentabel und bremste so Spekulations- und Entwicklungs-

19 Vgl. G. Vinken, *Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau*, Berlin 2010.

20 Vgl. ebda., S. 73-80.

21 Vgl. M. Holleran (s. A 16), S. 245-268.

22 Vgl. ebda., S. 257.

23 Vgl. J. R. Mullin, *American Perceptions of German City Planning at the Turn of the Century*, in: *Urbanism Past and Present* 3 (1977), S. 5-15.

24 Ausführlich in S. I. Toll, *Zoned American*, New York 1969, S. 188 ff.

druck.²⁵ So galt *Zoning* etwa in Boston bei Denkmalpflegern wie bei Stadtplanern explizit als ein denkmalpflegerisches Instrument: „A direct benefit of Zoning [...] will be the protection and preservation of old historical buildings and sites.“²⁶

Zwar kam auch im denkmalfreundlichen Klima des *New Deal* auf nationaler Ebene keine Gesetzgebung im Sinne eines Ensembleschutzes zustande, doch wurde auf lokaler Ebene das *Zoning* zu der treibenden Kraft der Denkmalpflege, die sich nun von einem bürgerschaftlichen Anliegen zu einer Planungsbehörde wandeln sollte.²⁷ Die *Historic Districts* entstanden in den USA juristisch als baurechtliche Spezialzonen, in der unterschiedliche Regulierungsansätze synthetisiert und im Laufe der Zeit optimiert wurden.²⁸ Dies geschah gerade am Anfang auch mit dem Ziel der Tourismus-Förderung. Vorreiter war hier New Orleans, das seit 1924 bestrebt war, sein berühmtes French Quarter (*Vieux carré*) durch eine Zonenregelung zu schützen.²⁹ Die dann 1936 in Kraft gesetzte Schutzregelung hatte allerdings auf Bundesebene keine Rechtsgrundlage. Bereits 1931 hatte Charleston, South Carolina, den Stadtteil Battery als *Old and Historic District* ausgewiesen – auch dieser erste *Historic District* ist ein direktes Produkt der kommunalen Zonenregulierung.³⁰

Dieser Ansatz, mithilfe von Bauzonenregulierungen historische Viertel zu schützen, blieb juristisch umstritten. Ob sich das in Charleston durchgesetzte allgemeine Veränderungsverbot mit einem öffentlichen Interesse (*public benefit, public welfare* oder *general welfare*) hinreichend begründen ließe, wurde lange in Zweifel gezogen. Vermutlich war dies der Grund dafür, dass das Beispiel nur zögerlich Nachfolge fand: 1957 gab es bundesweit erst elf *Historic Districts*.³¹ Als Haupthindernis für eine wirkungsvolle städtebauliche Denkmalpflege erwies sich der hohe Schutz des Privateigentums, der in den USA Verfassungsrang hat.³² Als legitimes und systemkonformes Verfahren der Denkmalpflege wurde lange Zeit die Über-

25 Vgl. M. Holleran (s. A 16), S. 262-267.

26 Zit. n. ebda., S. 264, Anm. 62, unter Hinweis auf: Boston City Planning Board, *Zoning for Boston*, S. 34 („direct benefit“), S. 29 [o. J.; vermutlich um 1915].

27 Vgl. W. J. Murtagh (s. A 1), S. 44 f. Zur Beziehung von *Zoning* und dem Schutz von Flächendenkmälern (*area preservation*) vgl. M. Holleran (s. A 16), S. 262.

28 Vgl. J. H. Morrison, *Historic Preservation Law*, 2. Aufl., Washington 1974, S. 16-19; W. J. Murtagh (s. A 1), S. 87-98; M. Holleran (s. A 16), S. 265.

29 Vgl. J. H. Morrison (s. A 28), S. 39; M. Holleran (s. A 16), S. 265 und Anm. 65; ausführlich zu New Orleans vgl. S. S. Ellis, *Madame Vieux Carré. The French Quarter in the Twentieth Century*, Jackson 2010.

30 Ausgangspunkt war die Regulierung der Ansiedlung von Tankstellen, die aus dem historischen Zentrum ferngehalten werden sollten (W. J. Murtagh (s. A 1), S. 89). Zu Charleston vgl. auch R. R. Weyeneth, *Historic preservation for a living city: Historic Charleston Foundation, 1947-1997*, Columbia 2000.

31 Vgl. J. H. Morrison (s. A 28), S. 16.

32 Vgl. ebda., S. 20-34, mit detaillierten Nachweisen der einschlägigen Urteile und Rechtsquellen.



Abb. 1: Schutz durch „Zoning“: King Street, Old Charleston (Foto 1910);
vgl. http://www.shorpy.com/node/9747?size=_original [22.06.2017].

führung der zu schützenden Güter in öffentlichen Besitz (mit Entschädigung für den Eigentümer) gesehen, so wie dies auch die privat organisierten Gesellschaften und Gruppen seit dem frühen 19. Jahrhundert vorgemacht hatten.³³ Auch die Initiativen, ganze Anwesen oder auch Stadtteile in Freilichtmuseen zu verwandeln, basieren letzten Endes auf diesem Grundsatz und waren nur durch den Einsatz großer Geldsummen möglich. Für eines der größten Projekte dieser Art, Colonial Williamsburg, ließ John D. Rockefeller Jr. die Stadtgrundstücke zunächst im Geheimen erwerben, um hier eine historische Stadt im Stil des 18. Jahrhunderts herzustellen.³⁴ Auch der in Charleston zur Restaurierung von Straßenzeilen der Altstadt

33 Zuerst 1816 am Old State House in Philadelphia, das von der Stadt erworben wurde, um es vor dem Abbruch zu retten und zu restaurieren; vgl. *W.J. Murtagh* (s. A 1), S. 12.

34 Zu Colonial Williamsburg vgl. *A. Greenspan*, *Creating Colonial Williamsburg. The Restoration of Virginia's Eighteenth-Century Capital*, 2. erw. Aufl., Chapel Hill 2009; sowie, kritisch, *A.L. Huxtable* (s. A 15), S. 12-36. Zur – unterschätzten – Bedeutung der *Outdoor Museums* für die städtebauliche Denkmalpflege vgl. *W.J. Murtagh* (s. A 1), S. 75-85.

von der Stadtverwaltung ins Leben gerufene *Revolving Fund* folgte noch der Logik, dass Besitz Voraussetzung für wirkungsvollen Denkmalschutz ist. Mit Hilfe des Fonds wurden schützenswerte Häuser aufgekauft und die Fassaden restauriert, um die Immobilien mit Gewinn weiterzuverkaufen. Der neue Besitzer hatte dann die Innensanierung zu tragen, und der Profit aus dem Geschäft wurde jeweils in den Erwerb weiterer Häuser investiert.³⁵

Dem Erfolg dieses Systems waren selbstredend Grenzen gesetzt, ebenso wie klar war, dass es nur in Ausnahmefällen möglich und erstrebenswert ist, ganze Stadtteile zu Museen zu machen, wie in Williamsburg. Für einen wirkungsvollen Ensembleschutz musste ein juristischer Weg gefunden werden, denkmalpflegerische Interessen über den Schutz des Privatbesitzes zu stellen.³⁶ Zwar griffen *Zoning Laws* im Namen des *public welfare* in bis dahin unbekanntem Ausmaß in die privaten Eigentumsrechte ein. Doch geschah dies im Allgemeinen aus rechtlich unstrittigen Gründen der Sicherheit, Gesundheit oder Wirtschaftlichkeit. Denkmalpflegerische Auflagen dagegen galten als nur ästhetische Anliegen („special case of aesthetic control“) und nicht als im Sinne des Gemeinwohls ausreichende Begründung.³⁷ ‚Schönheit allein‘ war in den Augen der meisten Richter kein ausreichendes Argument für öffentlichen Eingriff in verbriefte private Eigentumsrechte. Einen Wendepunkt brachte erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, der 1954 feststellte, dass die ‚Attraktivität‘ einer Kommune im öffentlichen Interesse liege, und dass Schönheit neben Gesundheit und Sicherheit ein legitimes Ziel von Stadtplanung sei. „The Right of Cities to be Beautiful“, ist der oft zitierte Kernsatz dieses Urteils, das dieses Recht ausdrücklich im Einklang sieht mit dem in der Verfassung verbrieften Schutz des Privateigentums.³⁸

Aufgrund der veränderten Rechtslage verstärken sich die Bemühungen, den Denkmalschutz auch auf nationaler Ebene zu verankern und dabei insbesondere Flächendenkmale einzuziehen. Prägend für die Formulierungen des 1966 verabschiedeten und bis heute maßgeblichen *Preservation Act* war eine im Jahr zuvor von Lady Bird Johnson, der Ehefrau des damals amtierenden Präsidenten der USA, im Weißen Haus ausgerichtete Konferenz *On Natural Beauty*. Die von dem Konferenzkomitee und mit Unterstützung des National Trust verfasste Publikation *With Heritage so Rich* vollzog den Paradigmenwechsel von einem objekt-orientierten, konservierenden Denkmalschutz hin zu einer Denkmalpflege, die sich als eine gestaltende und gesellschaftliche Aufgabe versteht: „If the preservation movement is

35 Vgl. *W.J. Murtagh* (s. A 1), S. 94.

36 Diskussion ausführlich bei *J.H. Morrison* (s. A 28), S. 16, 31 f., 133; *W.J. Murtagh* (s. A 1), S. 87-98.

37 Vgl. z.B. den Prozess *Welch v. Swaseyt* bei *M. Holleran* (s. A 16), S. 265.

38 Vgl. *J.H. Morrison* (s. A 28), S. 26; sowie das Vorwort von *H.D. Bullock* (ebda.), hier S. IX.

to be successful, it must go beyond saving bricks and mortar. It must go beyond saving occasional historic houses and opening museums. It must be more than a cult of antiquarians. It must do more than revere a few precious national shrines. It must attempt to give a sense of orientation to our society, using structures and objects of the past to establish values of time and place.³⁹

Durch die Formulierung der Denkmalpflege als Staatsziel sollten bei der Planung von modernen Infrastrukturen und Stadtvierteln neben ökonomischen, verkehrstechnischen und hygienischen Faktoren nun auch Werte wie Geschichte und Identität berücksichtigt werden. Wie die in Deutschland fast eine Dekade später erlassenen Denkmalgesetze, war der *National Historic Preservation Act* als ein Regulativ für die hohe Dynamik der Modernisierung gedacht, als ein Gegengewicht zum Planungsboom und zu den Zerstörungen der Nachkriegszeit, die mit beträchtlichen Verwüstungen in Stadt und Land einhergegangen waren.⁴⁰

Die Neuausrichtung der US-amerikanischen Denkmalpflege als *environmental heritage* ist vor diesem Hintergrund so notwendig wie konsequent. Der Begriff *environment*, der mit ‚Umfeld, Umgebung‘ nur schwach wiedergegeben ist, kann sowohl soziale („Milieu“) wie auch räumliche (Kulturlandschaft, Flächendenkmal) Werte umfassen und bezeichnet eine neue Qualität in der denkmalpflegerischen Praxis. Das *National Historic Preservation Act* zielte nämlich vor allem darauf, die gesellschaftliche Relevanz der Denkmalpflege gesetzlich zu verankern. Dazu erschien es als unausweichlich, jenseits der Leuchttürme und traditionellen Einzeldenkmale auch Alltagsarchitektur (*vernacular architecture*) und auch die Lebensräume unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen einzubeziehen. Der Ausgriff auf größere Einheiten, wie Siedlungen, Straßenzüge und historische Stadtzentren, erweiterte die inhaltliche und räumliche Zuständigkeit der Denkmalpflege be-



Abb. 2: „The Right of Cities to be Beautiful“: Le Pretre Mansion, New Orleans (Foto 1937); vgl. <https://www.loc.gov/item/csas200801262/> [22.06.2017].

39 Zit. nach W.J. Murtagh (s. A 1), S. 50 f. Der komplette Text unter: <http://abacus.bates.edu/muskie-archives/ajcr/1966/Heritage%20so%20Rich.shtml> [1.10.2016].

40 Nicht zufällig beruft sich Mitscherlich in seiner Streitschrift ‚Von der Unwirklichkeit unserer Städte‘ auf J. Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961.

trächtlich. Vor allem aber richtet sich der Fokus nun im Namen der *Neighborhoods* auf die Betroffenen – und die Akteure.

Als neue Kategorie der Schutzgegenstände wurde der *Historic District* in das *National Register of Historic Places* aufgenommen. Der Begriff wird dort nur sehr allgemein definiert als ‚geografisch abgrenzbar, städtisch oder ländlich, groß oder klein‘, „possessing a significant concentration, linkage, or continuity of sites, buildings, structures, and/or objects united by past events or aesthetically by plan or physical development.“⁴¹ Konkret hießen die neuen Bestimmungen, dass in gelisteten historischen Bereichen das Department des Inneren für Planung und Sanierung zuständig war und in der Praxis dann die auf bundesstaatlicher Ebene gegründeten Fachbehörden. Doch waren die politischen Auswirkungen doch beträchtlich. Wenn im Rahmen großmaßstäblicher Regierungsprogramme für Modernisierung und Infrastruktur Abrissbegehren anstanden, konnte nun das Department des Inneren auf gleicher Ebene intervenieren. Und während vorher die Gemeinden bei Sanierungsprojekten nur von dem *Department of Housing and Urban Renewal* Zuschüsse erhalten konnten, das ganz auf Neuplanungen – vulgo Kahlschlagsanierung – ausgerichtet war, waren mit dem neuen Gesetz auch Bestandssanierungen staatlich zuschussfähig geworden. Und schließlich blieb im Interessenkonflikt zwischen Abriss und Bestandserhaltung die Anrufung des ebenfalls beim Department des Inneren angesiedelten *Advisory Councils*.

Durch die Etablierung des *Historic Districts* als ein *Zoning Tool* wird die denkmalpflegerische Behandlung von Flächendenkmalen, die in den folgenden Dekaden zunehmend an Boden gewinnen wird, innerhalb der etablierten Planungsinstrumente und Raumordnungsverfahren ausbuchstabiert. Die Identifizierung von *Historic Districts* geschieht durch einen Prozess „of local selective zoning“. Dabei werden übliche Zonen-Restriktionen denkmalspezifisch fortgeschrieben und spezifiziert, so dass man von einem „preservation-orientated zoning“ sprechen kann.⁴² Die nun gesetzlich als dem Allgemeinwohl dienend anerkannten Werte wie Identität, Kontinuität und Schönheit wurden verfahrenstechnisch über die Zonenregulierung in den kommunalen Planungsverfahren verankert.

Diese bis heute folgenreiche Entscheidung war in der Verwurzelung der Flächen-denkmalpflege in *Zoning Restrictions* angelegt. Ihre gesetzliche Ausformulierung und Festschreibung als Bauzone war aber gerade aus der Perspektive der 1960er Jahre überaus naheliegend. Damals waren *Zoning Laws* von großer gesellschaftlicher Brisanz.⁴³ Brennpunkt der Stadtentwicklung und der Debatten um soziale Fra-

41 Zit. n. W. J. Murtagh (s. A 1), S. 88.

42 W. J. Murtagh (s. A 1), S. 87 f.

43 Vgl. S. I. Toll (s. A 24), S. 197.

gen und Lebensqualität waren in den USA seit den 1960er Jahren die Vorstädte. Bauzonen zielten darauf ab, die Grundstückspreise wertstabil zu halten. Dazu sollte in den Augen der Hausbesitzer – und das ist bis heute in den Vorstädten die überwältigende Mehrheit – die soziale Homogenität der Nachbarschaften gesichert und das Eindringen von unerwünschten Bevölkerungsgruppen verhindert werden. Dies geschah in der Regel über die Festlegung von minimalen Grundstücksgrößen für jede Bauzone, um Ärmere aus den sich etablierenden *Neighborhoods* draußen zu halten. Die zunehmende Mobilität und das ungezügeltere Wachstum der Städte bekam hier



Abb. 3: Ikone des Bürgerprotests: Jane Jacobs im siegreichen Kampf um die Rettung des „Village“ (Foto 1961); vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Jane_Jacobs [22.06.2017].

eine konkrete Erfahrungsebene, von der ein Großteil der Bevölkerung direkt betroffen war. *Zoning* wurde breit diskutiert und schaffte es unter anderem auf die Titelseiten von *New York Times*, *Wall Street Journal*, *Time*, *Look* oder *Harper's* und wurde sogar in populären Unterhaltungsshows verhandelt.⁴⁴

Zunehmend wurde die Debatte aber auch in städtischen Zentren geführt, wo Probleme wie Abstieg und Verslumung von traditionellen Wohnvierteln über Zonenregulierungen gesteuert werden sollten. Neben einer Regulierung von Dichte und Höhe für Neubebauung konnte auch die Ausweisung eines *Historic Districts* maßgeblich zur Aufwertung (und sehr konkret zur Wertsteigerung der Immobilien) eines Viertels beitragen. Nicht zu verhehlen ist, dass in den USA die Zonenregulierung – ein Instrument, das im Namen der öffentlichen Wohlfahrt, im Dienst von Gesundheit und Sicherheit geschaffen worden war – während der wirtschaftlichen Boomphasen in der Praxis vor allem den Interessen des Immobilienmarktes diente. Denkmalpfleger weisen gerne darauf hin, dass es bis heute in ausnahmslos allen *Historic Districts* eine Wertsteigerung der Immobilien gegeben hat.⁴⁵ Auf der anderen Seite ist die Denkmalpflege über den *Historic District* direkt in die kommunalen Raumplanungen involviert. Auf der Ebene der Zonenregulierung waren die Anliegen der Denkmalpflege nun in einem etablierten Planungsverfahren und in Abgrenzung von anderen – öffentlichen wie privaten – Interessen, seien sie wirtschaftlicher oder kultureller Natur, verhandelbar. Mit dem *Historic District*

⁴⁴ Vgl. ebda., S. 294 f.

⁴⁵ Vgl. *W.J. Murtagh* (s. A 1), S. 94.

als Sonderzone war, so scheint es, das systemkonforme Instrument und eine Bühne gefunden, auf der öffentlich über den Wert des Erbes verhandelt werden kann.

Wie funktioniert ein *Historic District* in der Praxis? *Historic Districts* sind räumlich begrenzt und in der Regel in einen Bauzonenplan eingetragen. Alle Änderungen, die Form, Anordnung, Farbe, Textur und Materialität der Gebäude betreffen, müssen beantragt werden. Ein speziell hierfür eingesetzter *Board of Architectural Review* entscheidet über Bauanträge, Abrisse und alle Veränderungen, soweit sie das Äußere betreffen und das entsprechende Areal öffentlich einsehbar ist. Öffentliche Anhörungen sind die Regel, Widerspruch ist zulässig; Übertretungen sind strafbewehrt, möglich sind Geld- und Haftstrafen.⁴⁶ Die Bestimmungen eines *Historic Districts* umfassen in der Regel sehr detaillierte Gestaltungsrichtlinien (*guidelines for design*), die sich gleichermaßen auf Erweiterungen, Umbauten und Neubauten beziehen. Die Regelungen für die Schließung von Baulücken (*infills*) können stark variieren, von einer historisierenden Anpassungsarchitektur mit exakt vorgegebenen Formen und Farben bis hin zu zeitgenössischen Adaptionen, die in der Regel Vorgaben zur Maßstäblichkeit, Typologie, Material etc. beachten müssen. Eine gewisse Heterogenität kann durchaus Ziel sein, allerdings müssen die unterschiedlichen Elemente, wie Gebäude, Räume, Formen, Oberflächen, überwiegend alt und „kohäsiv“⁴⁷ sein, ein Begriff der zu diskutieren wäre. Wie bei allen gelisteten Denkmälern sind auch die in einem *Historic District* durchgeführten Sanierungsmaßnahmen seit 1976 innerhalb gewisser Grenzen steuerlich absetzbar. Voraussetzung dafür ist, dass die durchgeführten Arbeiten den Kriterien einer *Rehabilitation* entsprechen. Die *Rehabilitation* ist im Groben entlang den Werten der Charta von Venedig (1965) definiert als eine Wiedernutzbarmachung von Gebäuden durch Reparatur oder Umbau, die diejenigen Teile und Merkmale erhält, die bedeutend sind für seine historischen, architektonischen und kulturellen Werte. Spätere Hinzufügungen sind zu respektieren, Reparaturen einem Austausch vorzuziehen.

Der durch einen *Historic District* gewährte Schutz bezieht sich, das wurde schon erwähnt, wie ähnliche Regelungen in Deutschland ausschließlich auf das Äußere der Gebäude, soweit sie in den öffentlichen Raum hineinwirken. Ausdrücklich sollen Komfort und moderne Ansprüche nicht im Widerspruch zu dem Erhalt eines ‚historischen‘ Straßenbildes stehen. Im Gegenteil, von Anfang an sind auch in den USA die Instandsetzung des Äußeren und die Modernisierung des Inneren gleichberechtigte Ziele einer Sanierung von historischen Vierteln. Schon in Charleston, wo die Wiederherstellung (*restoration*) des Viertels darauf abzielte, „die teils verlorene und gefährdete Identität des Viertels aufrechtzuerhalten oder

46 Vgl. J.H. Morrison (s. A 28), S. 19.

47 W.J. Murtagh (s. A 1), S. 92.

zurückzugewinnen“⁴⁸, ging die Wiederherstellung des Äußeren ausdrücklich einher mit einer eingreifenden Modernisierung (*rehabilitation*) der Wohnstandards. Entsprechendes ist aus Europa gut bekannt. Die Altstadtsanierung der 1940er Jahre in Basel folgte dem Slogan „Brausebad für alle“⁴⁹, der vielgerühmte Wiederaufbau der Warschauer Altstadt wollte „außen national und innen sozialistisch“ sein, also historistische Kopiebauten mit zeitgemäßem, ferngeheiztem Wohnen verbinden.⁵⁰ Auch im deutschen Nachkriegswiederaufbau waren entsprechende Verfahren Standard.

Vorbild „Historic District“?

Für Europa ist oft beschrieben worden, wie Ensembleschutz sich häufig in einer ästhetisch oder auch nur geschmäckerlich motivierten Stadtbildpflege erschöpft. Die Herstellung von Altstädten ist in der Regel mit einer radikalen formalen Harmonisierung und Homogenisierung verbunden, in der man auch die Hypothek des Heimatschutz-beseelten Ensemble-Begriffs sehen kann.⁵¹ Dabei wird die Grenze zwischen einer bewahrenden Haltung und einer vage historisierenden, von fragwürdigen Geschmacksvorstellungen geleiteten, ergänzenden und rekonstruierenden Haltung verwischt. Zwischen Restaurierung und Ergänzung, archäologischer und freier Rekonstruktion, historisierender ‚Lückenbebauung‘ und Klitschierungen aller Art wird nicht systematisch unterschieden – oder schlimmer noch, wird die Nivellierung dieser Unterscheidung, wenn sie nicht gar das Ziel der Maßnahmen ist, so doch zumindest billigend in Kauf genommen. Seit einigen Jahrzehnten erleben wir gerade in Deutschland eine regelrechte Konjunktur solcher stadtbildpflegender Maßnahmen, die teilweise unter Beteiligung der Denkmalpflege durchgeführt wurden. Emblematisch sind die zahlreichen Umgestaltungen des Mainzer Marktplatzes, der dabei immer ‚historischer‘ wurde,⁵² und neuerdings die vielen Altstadtklone, mit oder ohne Kopiebauten, die zum Beispiel in Frankfurt am Main oder Potsdam die Grenze zwischen Rekonstruktion und Themenarchitektur vollständig verwischen.⁵³

48 Ebd., S. 88 f. [Übersetzung Verf.].

49 Vgl. G. Vinken (s. A 19), S. 80-83, 94.

50 So Andrzej Tomaszewski in einem Gespräch 2009.

51 Dazu mehrere Beiträge in C. M. Enns/G. Vinken, Produkt Altstadt. Historische Stadtzentren in Städtebau und Denkmalpflege, Bielefeld 2016.

52 Vgl. G. P. Karn, Geschichte im Rückwärtsgang. Eine Fotodokumentation der Nordzeile des Mainzer Marktplatzes von 1978 bis 2008, in: Die Denkmalpflege 65 (2008), S. 34-38; vgl. auch: J. Glatz, Die Rekonstruktion der Rekonstruktion. Fallbeispiel Mainzer Markt, in: ebd., S. 28-33.

53 Vgl. G. Vinken, Unstillbarer Hunger nach Echtem. Frankfurts neue Altstadt zwischen Rekonstruktion und Themenarchitektur, in: Forum Stadt 40 (2/2013), S. 119-136.

Ähnliche Phänomene sind den USA nicht fremd. Stärker wohl noch als in Europa setze die einschlägige Rechtsprechung weniger auf historische als auf ästhetische Argumente. In dem schon genannten wegweisenden Urteil *The Right of Cities to be Beautiful* ging es unter anderem um das Recht der Stadt, Werbeschilder zu regulieren. Dies war seit der Heimatschutzbewegung auch in Deutschland ein Lieblingsthema der Stadtbildpflege – und ein Beleg dafür, wie stark bildhafte und harmonisierende Interessen von Anfang an im Zentrum denkmalpflegerischer Überlegungen in den *Historic Districts* waren.⁵⁴ Wie in Europa war man sich auch in der Neuen Welt anfänglich zwischen Denkmalpflegern und Architekten einig in der Ablehnung des hier *Victorian* genannten Historismus und seiner weitläufigen Stadterweiterungen; beide Parteien wollten den Wandel und die Modernisierung der Stadt, mit dem Unterschied, dass die Denkmalpfleger historische ‚Inseln‘ der vorindustriellen Zeit als *Historic Districts* bewahren wollten.⁵⁵

Inwieweit sich in den USA ähnliche Phänomene nachweisen lassen, müsste erst eingehender untersucht werden. Die US-amerikanische Forschung hat dieser Frage bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ausführungen von Morrison lassen erkennen, dass bis in die 1960er Jahre von Seiten der Denkmalpfleger fast ausschließlich ästhetische Argumente als Schutzgründe vorgebracht wurden, und dass sich die Regulierung fast ausschließlich auf formale Fragen – also zugespitzt auf Gestaltungsfragen, nicht auf solche der Erhaltung – richteten. Im Kern geht es um die Abwehr störender Eingriffe, auch und vor allem um touristisches und wirtschaftliches Interesse. Aufschlussreich sind die juristischen Auseinandersetzungen darum, ob Satzungsregeln auch für neue Gebäude gelten sollten oder ob hier nur ein passiver Umgebungsschutz Anwendung finden dürfte. Im French Quarter von New Orleans wurde in Bezug auf die Werbeschilder und andere Elemente die Geltung für alle Gebäude innerhalb der Zone bejaht, mit dem Argument, „the antiquity as a whole“ sei hier zu erhalten; wobei *antiquity*, Altertümlichkeit, ganz offenbar als ästhetischer oder Wirkungswert aufgefasst wurde.⁵⁶ In einer gerichtlichen Auseinandersetzung im *Historic District* von Santa Fé, New Mexico, wies das Gericht 1964 eine Klage unter Hinweis auf die seit 1953 in der Zonenordnung etablierte Festlegung ab, dass „harmony with adjacent buildings, preservation of historical and characteristic qualities, and conformity to Old Santa Fe Style“ gebaut werden müsse.⁵⁷ Bis heute verteidigen Theoretiker nachdrücklich die Notwendigkeit formaler

54 Vgl. J. H. Morrison (s. A 28), S. 26-35.

55 Vgl. M. Holleran (s. A 16), S 271.

56 J. H. Morrison (s. A 28), S. 47 f.

57 Ebda., S. 34.

Homogenität: „The overall visual impact gives to the viewer an instinctive sense of locality and place“. Unpassende Eingriffe (*nonconforming intrusions*) schwächen dagegen das Identitätsgefühl, das eben in Kohäsion – Bindekraft, Zusammenhalt – und Homogenität wurzelt.⁵⁸ Die Bewahrung der – in der Regel recht homogenen – etablierten Einwohnerschaft der *Neighborhoods* spiegelt sich in der angestrebten Erhaltung oder auch Herstellung einer formalen Homogenität.

Doch stößt dies inzwischen auch auf Widerspruch. Der ‚Fall‘ Charleston brachte es im Januar 2015 auf die Titelseite der New York Times.⁵⁹ Wirtschaftlich steht die Stadt gut da und erlebt derzeit einen Bauboom, auch dank der Boeing-Werke und eines florierenden Tourismus, der sich vor allem auf Old Charleston, das historische Zentrum, richtet, das – wie schon ausgeführt – 1931 als erster *Historic District* des Landes unter Schutz gestellt worden ist. Die Stadt, die ihre Reputation aus der *grandeur* ihrer historischen Gebäude bezieht, tut sich schwer, darüber ein Einvernehmen zu erzielen, wie hier gebaut werden solle. Traditionalisten blockieren zeitgenössische Bauten im historischen Zentrum; Modernisten beschwerten sich über das niedrige Niveau der allenthalben aus dem Boden sprießenden historisierenden Gebäude: „dull boxes dressed up with the occasional row of columns.“⁶⁰ Da alle Baupläne im *Historic District* auch hier dem *Board of Architectural Review* vorgelegt werden müssen, habe sich eine Kultur der Anpassungsarchitektur herausgebildet. Die jüngst vollzogene Einstellung von André Duany, einem Stadtplaner und Architekten aus Miami, hat die Kontroverse neu angeheizt. Kritiker befürchten, dass der Architekt, der ein Exponent des *New Urbanism* ist und sich unter anderem für die berühmt-berüchtigte Rentner-Idylle Seaside in Florida verantwortlich zeichnete, die als Set für *The Truman Show* diente, nun auch in Charleston auf eine „movie-set uniformity“ hinarbeiten könne.⁶¹

Bisher fehlt eine Untersuchung, die die *Historic Districts* der USA einer historisch-kritischen Analyse in Hinblick auf Substanzschutz, Stadtbildpflege und nachhaltige Planung unterzieht. Der erste Eindruck ist sehr heterogen. Unbestritten ist, dass New Yorker Stadtviertel wie das Village oder SOHO erst durch ihre Unterschutzstellung einer Flächensanierung und den damit verbundenen Verwüstungen entgangen sind.⁶² Eine Sanierung im Bestand hat dazu beigetragen, dass diese Viertel noch als ‚historische‘ und gewachsene erfahren werden können. Ihre große

58 W.J. Murtagh (s. A 1), S. 92.

59 Vgl. R. Fausset, In Stately Old Charleston, the New Buildings on the Block Are Struggling to Fit In, in: New York Times 24.01.2015, S. A1, A3.

60 Ebda.

61 Ebda.

62 Vgl. A. Flint, Wrestling with Moses: How Jane Jacobs took on New York’s Master Builder and transformed the American City, New York 2011.



Abb. 4: „Dull boxes dressed up with the occasional row of columns“: Immobilienwerbung für „Old Charleston Cottages“ (2013); vgl. <http://occ123.com/id8.html> [22.06.2017].

Beliebtheit hat allerdings auch dazu beigetragen, die gewachsenen Sozialstrukturen nachhaltig zu beschädigen und eine Turbo-Gentrifizierung einzuleiten.⁶³ Andererseits gibt es in New York als *Historic District* gelistete Straßenzeilen, bei denen während der Rückführung auf das ‚historische‘ Straßensbild so radikal vorgegangen wurde, dass alle jüngeren Spuren getilgt sind.

Ein Beispiel soll die Vielschichtigkeit der Probleme verdeutlichen. Der Sylvine Terrace, eine von in Holzbauweise errichteten Reihenhäusern gesäumte Straße, die zwischen 1890 und 1902 entstanden sind, wurde in den 1970er Jahren als *Historic District* gelistet.⁶⁴ Mit staatlicher Unterstützung wurde das Ensemble auf sein ‚ursprüngliches Erscheinungsbild‘ zurückgeführt – allerdings nur die Fassaden, während den Rückseiten ihre Aluminiumverkleidung oft erhalten blieb. Aus einer 1989 in der New York Times erschienenen Reportage geht hervor, dass sich die Bewohner von der Stadt mit den reparaturanfälligen Holzfassaden allein gelassen fühlten und sich die witterungsresistente Metallverkleidung zurückwünschten. Daraufhin wurden erneut Mittel zur Verfügung gestellt, um den bauzeitlichen Zustand in seiner ganzen Pracht detailgetreu zu rekonstruieren. Nachfragen an amerikanische Kollegen, ob es sinnvoll sei, im Namen eines ‚historischen Zustands‘ in solch einem

63 Vgl. S. Zukin, *Naked City. The Death and Life of Authentic Urban Places*, Oxford 2010; dazu auch zahlreiche aktuellere Medienbeiträge, z. B. A. L. Fisher, *The Tyranny of Nostalgia Is Making Cities Unaffordable*, in: *The Observer* 24.02.2015, <http://observer.com/2015/02/the-tyranny-of-nostalgia-is-making-cities-unaffordable/> [15.10.2016].

64 Als Teil des Jumel Terrace Historic District, http://en.wikipedia.org/wiki/Jumel_Terrace_Historic_District [01.10.2016].



Abb. 5: „Historic District“ als Filmkulisse: Sylvine Terrace, New York, in neuer Pracht (Foto 2010); vgl. <http://wirednewyork.com/forum/showthread.php?t=15142??> [22.06.2017].

Ausmaß Material auszutauschen, stoßen auf Unverständnis. Die Nachbildung sei authentisch in dem Sinne, dass sie gut belegt sei. Nahezu alle Teile, führt der Experte Andrew Dolkart aus, der den renommierten Denkmalpflege-Studiengang der Columbia University leitet, seien zumindest an einem der Häuser in situ erhalten gewesen. Tatsächlich wirken die Ergänzungen, anders als bei der ersten Kampagne, hochwertig und handwerklich gut gemacht. Der Einwand, ob es in denkmalpflegerischer Hinsicht nicht wünschenswert sei, alte von kopierten Teilen zu unterscheiden – so wie es auch die Charta von Venedig vorsieht –, wird als europäische Haarspalterei abgetan. Der wirtschaftliche Erfolg jedenfalls spricht für sich: „Nearly all of the properties are back to excellent condition, and homes are selling [2011, Anm. Vf.] for nearly a million each.“⁶⁵ Die Häuserreihen gelten als ein Stück authentisches Alt-New York und sind eine beliebte Filmkulisse: *Bamboozled* (Regie: Spike Lee) und die beliebte Fernsehserie *Boardwalk Empire* wurden hier gedreht. Kommentare machen aber auch deutlich, dass die makellose, kulissenhafte Perfektion der Rekonstruktion die Intention, ein authentisches Stück stimmungsvollen Alt-New-Yorks zu zeigen, auch unterminiert. So zeigte sich ein Mitarbeiter am Filmset 2011 irritiert über den Status der Straße: „The rows of houses and cobblestone street are so uniform and perfectly preserved that I’d assumed the whole thing was set aside specifically for film shoots. I had no idea people still lived there.“⁶⁶

65 <http://www.scoutingny.com/a-hidden-treasure-in-washington-heights/> [1.10.2016].

66 Ebd.

Die Begeisterung für solche antiseptisch-,originalen‘ historischen Inseln muss besonders in einer Stadt verwundern, in der viele Straßenzüge mit einem überaus beeindruckenden Reichtum an historischen Details aufwarten können, wie sie in europäischen Großstädten kaum noch zu finden sind. Und dies trifft etwa in Brooklyn gleichermaßen zu für ungelistete und gelistete *Neighborhoods*. Auch dort machen sich allerdings zunehmend Anpassungsarchitekturen breit, die mehr oder weniger gelungen die dichte Reihung der *Brownstones* imitieren, die heute der Stolz der Anwohner wie der Fachleute sind.

Ohne ein voreiliges *Résumé* ziehen zu wollen, ist doch unübersehbar, dass auch in den US-amerikanischen *Historic Districts* einer Denkmalpflege gehuldigt wird, die auf ein möglichst vollständiges und homogenes Bild ‚historischer‘ Zustände abzielt. Auf eine Unterscheidung zwischen Reproduktion und Original wird dabei weniger Wert gelegt, als auf Verwendung der ‚richtigen‘ Materialien und handwerklichen Techniken. Insofern sich der – steuerlich absetzbare – Mehraufwand mit einer Wertsicherung oder -steigerung der Immobilie die Waage hält, scheinen die Formeln eine tragfähige Basis zu sein, auf der sich fachliche Interessen mit denen der Besitzer treffen. Insbesondere das Argument, die eingessenen *Neighborhoods* (auch sozial) stabil zu halten und großformatige Neubauten zu verhindern, bietet eine große Schnittmenge; zumindest in New York kann man aber erkennen, dass in einem überhitzten Immobilienmarkt die Listung als *Historic District* auch zur Herausbildung besonders wertiger und exklusiver Wohnungen genutzt werden kann. An vielen Orten Manhattans sind so Inseln der Glückseligen entstanden, wo der Schutz unverbaubarer kleinteiliger Bebauung eine seltene und damit sehr gefragte Situation geschaffen hat: historische Einfamilienhäuser mit arkadischen, halbprivaten Parkräumen, die nach dem Vorbild historischer Gärten gestaltet sind – und die die Möglichkeit bieten, im Inneren den individuellen Vorstellungen von totalem Luxus freien Lauf zu lassen. Astronomische Preise und Glamourfaktor garantiert: das ist schon alt. Unter den *Historic Districts*, die in der ersten Dekade gelistet worden sind,⁶⁷ nachdem 1965 die *NYC Landmark Preservation Commission* etabliert worden war, finden sich Macdougall Sullivan Gardens, 1844/50 im Stil des Greek Revival um einen gemeinsamen Garten angelegt, wo unter anderen Bob Dylan und Richard Gere residierten, Treadwell Farm Upper East Side, wo Kim Novak, Montgomery Clift, Eleanor Roosevelt und Paul Gallico ein- und ausgingen, oder Turtle Bay Gardens, ein anderes Reformprojekt der 1920er Jahre mit Gemeinschaftsgar-

67 Zu den frühen in New York gelisteten *Historic Districts* vgl. H. H. Goldstone / M. Dalrymple, *History Preserved. A Guide to New York City Landmarks and Historic Districts*, New York 1976. Eine Liste mit ausführlichen weiterführenden Angaben findet sich unter: <http://hdc.org/hdc-across-nyc/manhattan/manhattan-landmarked> [1.10.2016].

ten, wo 2010 das Apartment von Katharine Hepburn für 27.500 \$ pro Monat zu mieten war.⁶⁸ Kein Wunder, dass die Architekturkritikerin Ada Louise Huxtable, die auch eine der Gründerfiguren der anfänglich bürgerschafts-bewegten New Yorker Denkmalpflege war, schon 1997 feststellte, „preservation, development, and real estate have become a very comfortable ménage à trois“.⁶⁹

Davon unbenommen lassen sich aus denkmalpflegerischer Sicht an den *Historic Districts* auch große Errungenschaften festmachen. Einmal ist heute die Listung eines solchen Bereichs mit einem großen inventarisatorischen Aufwand verbunden. Diese objektgenaue Detailerfassung bietet einen substantiellen Wissenszuwachs, zumal er immer flächenbezogen ist und auch siedlungs- und sozialgeschichtliche sowie strukturell-typologische Fragen umfasst. In aller Regel wird diese Erfassungsarbeit zumindest teilweise privat finanziert. Ein weiterer, in seinen Auswirkungen gar nicht zu überschätzender Faktor schließt sich an dieses Argument an. In der Regel geht die Listung eines *Historic Districts* von den Bewohnern oder von privaten Interessenverbänden aus und ist mit einem beträchtlichen bürgerschaftlichen Engagement verbunden.⁷⁰ Dieser komplexe und langwierige Prozess, in den unterschiedliche Akteure eingebunden werden müssen, bietet eine, wie es scheint, sehr leistungsfähige Plattform dafür, die unterschiedlichen Interessen – ökonomische, kulturelle, soziale – zu artikulieren und auszuhandeln. Die Einbindung in die kommunale Bauverwaltung garantiert, dass denkmalpflegerische Forderungen administrativ breit diskutiert und selbstverständlich präsent sind. Insgesamt scheint es so, als habe der *Historic District* bewirkt, dass denkmalpflegerische Anliegen, die allzu lange nur von einer überschaubaren, einschlägig gebildeten Elite vertreten wurden, nun eine breite Öffentlichkeit erreichen. Einige der strukturellen Schwächen der deutschen Denkmalpflege, wie die Trennung von Schutz- und Entwicklungsaufgaben, scheinen so überwunden, und die Integration von Erbe-Anliegen in andere vitale Felder städtischer Entwicklung ebenso vorbildlich gelöst wie die immer angemahnte und selten ernsthaft umgesetzte Einbeziehung der Bürger auch in Bewertungsaufgaben. Die Stadt, das Wohnquartier, das Dorf erscheinen hier als Lebensräume, in denen sich vielfältige Interessen bündeln, und wo alle Zukunftsfragen selbstverständlich mit Fragen der Identität, der sozialen und historischen Prägung, des Erbes und der Geschichte verbunden sind.

68 Vgl. <http://therealdeal.com/2010/08/31/katharine-hepburn-s-former-brownstone-available-for-27-500-per-month-1/>; oder: <http://ny.curbed.com/tag/turtle-bay-gardens> [01.10.2016].

69 A. L. Huxtable (s. A 15), S. 32.

70 In dieser Hinsicht sehr anschaulich das Buch von W. E. Schmickle, *The Politics of Historic Districts. A Primer for Grassroots Preservation*, Lanham 2007.



Abb. 6: Prozess- und profitorientierter Planungsprozess? Park Slope Historic District, Brooklyn, New York (Foto 2016); vgl. <http://ny.curbed.com/2016/4/12/11414312/pepsi-cola-sign-greenwood-cemetery-nyc-landmarks-approval> [22.06.2017].

Unbestritten ist wohl, dass gerade heute in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft leistungsfähige und vitale Erbeangebote und die Einbeziehung unterschiedlicher Stimmen besonders wichtig sind.⁷¹ Hier sind die USA auch dank der dort inzwischen vorherrschenden multikulturellen Auffassung von Erbe vorangegangen. Wenn sich die US-amerikanische Denkmalbewegung von der Beschäftigung mit *museum quality landmarks* zu einem von einer produktiven Massenbewegung begleiteten Planungsprozess für *Neighborhoods* gewandelt hat, die planungs-, prozess- und profitorientiert ist,⁷² muss man das aus dieser Perspektive begrüßen. James Marston Fitch (Columbia University) sah sinnvolle Denkmalpflege schon in den 1980er Jahren nicht als eine einmalige Rettungstat an, sondern als prozesshafte Aufgabe und definierte sie als „curatorial management of the environment“.⁷³ Dies sollte uns Ansporn und Vorbild sein.

71 Vgl. G. Vinken, Der Pranger von Bahia, das Kreuz von Pommersfelden: Globalisierungsdiskurse und lokale Aushandlungsprozesse als Herausforderungen für die Denkmalwissenschaften, in: G. Vinken (Hrsg.), Das Erbe der Anderen. Denkmalpflegerisches Handeln im Zeichen der Globalisierung / The Heritage of the Other. Conservation Considerations in an Age of Globalization, Bamberg 2015, S. 19-30.

72 Vgl. W. J. Murtagh (s. A 1), S. 98.

73 Vgl. J. M. Fitch, Historic Preservation: Curatorial Management of the Built World, New York 1982.

Stadtentwicklung und Industriedenkmalpflege: Erhalt historischer Textilindustriekomplexe als Stadtentwicklungsstrategien in Leipzig-Plagwitz

1. Einführung

Zusammenhänge zwischen Denkmalpflege, Stadtentwicklungsplanung und städtebaulicher Umsetzung bestehen im 20. Jahrhundert auf vielfältige Art und Weise und sie schließen die Fragestellung ein, wie Denkmalpflege und Stadtentwicklung interagieren.¹ In diesem Kontext sind von zunehmendem Interesse die historischen Textilindustriekomplexe, die im 19. und 20. Jahrhundert viele industrielle Stadtteile und Städte in Europa geprägt haben. Die Textilindustrie, als eine der Leitindustrien der europäischen Industrialisierung, hat seit den 1960er und 1970er Jahren Schritt für Schritt die Städte Europas verlassen; zurückgeblieben sind leere Baukomplexe und im Niedergang begriffene alt-industrielle Stadtviertel.² Für Erhalt und Umnutzung historischer Textilindustriekomplexe setzen sich heute Museen, Denkmalpfleger und mit dem Industrieerbe befassende Fachvereinigungen ein. Vertreter der Denkmalpflege diskutieren Potentiale und Probleme des Zusammenwirkens von Denkmalpflege und Stadtentwicklung in Bezug auf Konversionsaufgaben, wobei aber Aspekte des historischen Städtebaus und heutiger Stadtentwicklungsstrategien noch wenig miteinbezogen werden.³

Neuere Stadtentwicklungs-Debatten zeigen, dass Konversionen historischer Industriekomplexe im städtischen Kontext betrachtet werden: Konversionen sind

- 1 G. Vinken, *Zone Heimat*, Berlin 2010; H.-R. Meier, *Denkmalschutz als Leitinstrument der Stadtentwicklung?*, in: *Forum Stadt* 40 (1/2013), S. 35 ff.; R. Günter, *Vom Elend der Denkmalpflege und der Stadtplanung*, Essen 2015; H. Oevermann/H.A. Mieg (Hrsg.), *Industrial heritage sites in transformation*, New York 2015.
- 2 A. Föhl/M. Hamm, *Die Industriegeschichte des Textils*, Düsseldorf 1988; N. Cossons, *The BP book of industrial archaeology*, Devon 1993, S. 175-202.
- 3 R. Kaiser, *Konversionen von Kasernen*, in: *Regierungspräsidium Stuttgart, Landesamt für Denkmalpflege* (Hrsg.), *Das Denkmal als Fragment – das Fragment als Denkmal. Denkmale als Attraktionen*, Stuttgart 2008, S. 475-482; H.-R. Meier, *Konversion als denkmalpflegerische Strategie?*, in: *Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde, Denkmalschutz* (Hrsg.), *Konversionen. Denkmal-Werte-Wandel*, Hamburg 2014, S. 45-51.

Teil von Revitalisierungsstrategien,⁴ Stadtraum gestaltenden Aufgaben⁵, und nicht zuletzt spielen sie in der Ressourcendebatte⁶ eine wichtige Rolle. Herausforderungen bestehen: Oftmals sind ganze industriell geprägte Stadtteile oder Regionen, in denen die historischen Industriekomplexe verortet sind, im Niedergang begriffen. Verfall, Leerstand, wenig qualifizierte öffentliche Räume, wegbrechende kommunale Steuereinnahmen und Arbeitsplätze bilden häufig das Umfeld. Stadtentwicklungsstrategien sollen hier Verbesserungen und Lösungen herbeiführen. Historische Industriekomplexe werden zunehmend einbezogen – auf unterschiedliche Weise.⁷ Die als Denkmal gelisteten historischen Industriekomplexe weisen darüber hinaus einen dem Denkmal eigenen Wert auf, der unabhängig von aktuellen Entwicklungen des städtischen Kontextes gültig ist. Wie wirken hier Stadtentwicklung und Industriedenkmalpflege zusammen: Können Stadtentwicklungsstrategien die praktische Umsetzung der Denkmalpflege dieser Industriearchitekturen stärken?

Leipzig ist eine der deutschen Städte, die nach 1989 in ihren altindustriellen Standorten – wie Plagwitz-Lindenau – mit Stadtentwicklungsstrategien gearbeitet hat. In Plagwitz-Lindenau befinden sich zudem zwei Denkmale der Textilindustrie. Stadtteil und die zwei Industriekomplexe dienen als Fallbeispiel der Untersuchung.

2. Stadtentwicklung und Denkmalpflege: Potentiale, Herausforderungen und Beispiele

Denkmale sind per se auch immer Teil (städtischer) Entwicklung, wie u. a. schon in den Positionen von Schinkel, sowie Riegl, Dvořák und Gurlitt gegen die Freistellung des Diokletianspalasts in Split um 1900 deutlich wird: „Wenn aber die Spuren vergangener Veränderungen Teil des Denkmals sein konnten, so war logischerweise das Denkmal – insbesondere das Stadtdenkmal – auch offen für weitere Entwicklung.“⁸ Denkmalschutz schließt eine „sichtbare Präsenz von Ungleichzeiti-

4 H. Bodenschatz/U. Laible (Hrsg.), *Großstädte von morgen*, Berlin 2008; M. Preite, *Urban regeneration and planning*, in J. Douet (Ed.), *Industrial Heritage Re-tooled*, Lancaster 2012, S. 101-109; G. Swensen/R. Stenbro, *Urban Planning and Industrial Heritage – a Norwegian Case Study*, in: *Journal of Cultural Heritage Management and Sustainable Development* 2013, S. 175-190.

5 J. Jessen/U. M. Meyer/J. Schneider, *Stadtmachen.eu*, Stuttgart 2008; M. Baum/K. Christiaanse, *City as loft*, Zürich 2012.

6 A. Kierdorf/U. Hassler, *Denkmale des Industriezeitalters*, Tübingen 2000; M. Watson, *Les leçons de la reconversion d'usines textiles*, in: *L'Archéologie industrielle en France* 2012, S. 35-42.

7 H. Oevermann/H. A. Miég, *Nutzbarmachung historischer Industrieareale für die Stadtentwicklung: Erhaltungsbegriffe und Fallbeispiele in der Praxis*, in: *disp* 2016, S. 31-41.

8 H.-R. Meier (s. A 1), S. 40.

gem und Widersprüchlichem⁹ ein, die sich im Formal-Typologischen, Gestalterischen, aber auch bei Nutzungen und Akteuren zeigt. Vertreter der Denkmalpflege betonen heute, dass die historische Architektur und der Städtebau unwiederholbar sind und so ein Alleinstellungsmerkmal der Städte darstellen.¹⁰ Ihre kulturelle Signifikanz wird zudem in Erinnerungs- und Partizipationsprozessen der Menschen vor Ort und durch neue, dem Historischen gegenüber respektvollen Gestaltungen deutlich. Denkmalschutz und Denkmalpflege tragen konkret durch ihre Prozesse des Benennens und Bewertens und ihre Techniken des Bewahrens zu Entwicklungsstrategien bei; Konservatoren diskutieren den Denkmalschutz sogar als mögliches Leitinstrument der Stadtentwicklung.¹¹

Für die Denkmalkategorie der historischen Industriekomplexe ist eine ähnliche Diskussion erkennbar, die allerdings auch einige Besonderheiten zeigt: Der Industriedenkmalerschutz bezieht sich meist auf eine historische Substanz, die angesichts sich verändernder Produktionsprozesse, in der Regel durch kontinuierliche Bautätigkeit geprägt wurde und stärker durch Abbrüche gefährdet ist als andere Denkmalkategorien, wie z. B. Kirchen.¹² Eine Nutzungskontinuität ist meist nicht gegeben, aber oft ein im Niedergang begriffenes städtisches Umfeld, so dass die Industriedenkmalpflege eine – möglichst denkmalgerechte – Umnutzung und Wiederbelebung des Ortes als besonders wichtig erachtet, um Erhaltungsinteressen langfristig zu sichern; dies betonen Kommentatoren und Konservatoren gerade auch in der internationalen Diskussion.¹³ Industriekultureller Tourismus ist für die Wiederbelebung eine Strategie mit Potenzial,¹⁴ verbunden mit kultur- und kreativwirtschaftlichen Umnutzungsmöglichkeiten.¹⁵ Dies verlangt nicht nur die Einbindung unterschiedlicher Akteure über langjährige Erhaltungszeiträume, sondern vor allem auch geeignete Methoden der Bewertung und des Managements von Erhaltung und Entwicklung. Von besonderem Interesse ist, wie in diesem Kontext die

9 H.-R. Meier (s. A 1), S. 51.

10 J. Cramer, Das Welterbe, die Metropolen und ihre Museen, in: ICOMOS Hefte des deutschen Nationalkomitees 2010, S. 175-178; J. Douet (s. A 4); H.-R. Meier (s. A 1); H.-R. Meier (Hrsg.), Denkmalpflege als Zukunftsprinzip!, Themenschwerpunkt in: Forum Stadt 43 (2/2016); E. Merk, Die Erzählung der Stadt, in: ebda., S. 146-156, kritisch: T. Will, Das Denkmal als Ressource?, in: ebda., S. 171-188.

11 H.-R. Meier (s. A 3), S. 134; H.-R. Meier (s. A 1), vgl. auch U. Mainzer, Stadtentwicklung und Denkmalpflege, in: Chr. Reicher (Hrsg.), Erhaltende Stadterneuerung, Essen 2015, S. 126-133.

12 K.-P. Kloß, Zur Erhaltungproblematik von Denkmalen der Industrie und Technik, in: N. Huse (Hrsg.), Verloren, gefährdet, geschützt, Berlin 1989, S. 124-134.

13 Vgl. J. Douet (s. A 4).

14 H. Walgern, Denkmalpflege und Tourismus, in: U. Stevens/U. Heckner (Hrsg.), Denkmal-Kultur im Rheinland, Worms 2010, S. 73-82.

15 G. Fossa, Milan: creative industries and the use of heritage, in: H. Oevermann/H.A. Mieg (s. A 1), S. 62-78.

Merkmale der Denkmale – oftmals als Kurzcharakteristik in Denkmallisten gefasst – bei Umnutzungen gesichert werden.¹⁶

Forschungen an konkreten Fallbeispielen zeigen kritische Aspekte der Verbindung vom Erhalt historischer Industriekomplexe und den städtischen Entwicklungsstrategien.¹⁷ Oftmals werden kleine Teilbereiche der Stadt ästhetisiert, gerade auch im Hinblick auf ein positives Stadtimago und touristische bzw. kommerzielle Entwicklungen, während andere eher als negativ angesehene Bereiche der Stadt außerhalb dieser entwicklungspolitischen Anstrengungen bleiben. Mit anderen Worten: Es fehlt ein gesamtstädtischer Ansatz. Diese Negierung kann auch historisch wichtige Bestandteile der Industriekomplexe selbst betreffen: Im Fallbeispiel des Textilindustriekomplexes Poznański in Łódź ist der historisch integrierte Arbeiterwohnungsbau durch die Konversion der Produktionsbauten städtebaulich und im Grade der nicht erfolgten Modernisierung heute isoliert. Das Fallbeispiel des historischen Textilviertels in Augsburg mit mehreren Werksstandorten, Arbeiterwohnungsbau und Infrastrukturen zeigt maßgebliche Verluste der historischen Materialität, wie u. a. die Webereigebäude neben dem sogenannten Glaspalast von Philipp Jakob Manz am SWA Werksstandort Aumühle, was zu einer „völligen Fragmentierung des städtebaulichen Gefüges“¹⁸ führt.

Der zweite kritisch beleuchtete Aspekt ist, dass die sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse der Stadtbewohner, im Sinne der *uses of heritage* nach Smith,¹⁹ die auch mit dem Erbe verbunden sind, oftmals außer Acht gelassen werden, oder aber im Laufe der Zeit von städtischen Entwicklungsprozessen verdrängt werden. Hier fehlt also ein Ansatz, der die materiellen und immateriellen Aspekte des Industrieerbes integriert und ein Erbe der Menschen vor Ort generiert. Ein diskutiertes Beispiel ist hier Manchester-Castlefield. In den 1960er bis in die beginnenden 1980er Jahre wurde auf das industrielle Erbe des Stadtteils, überwiegend Lagerhäuser mit integrierten Büronutzungen und Verkehrsinfrastrukturen, durch lo-

16 A. Kierdorf/U. Hassler (s. A 6), S. 179-203; N. Cossons, Industrial archaeology: The challenge of the evidence, in: *The Antiquaries Journal* 2007, S. 1-5, S. 1; A. Föhl, Industriedenkmalpflege im 20. Jahrhundert, vgl: www.denkmalpraxismoderne.de/handbuch-industrie-foehl.php [05.05.2017].

17 R. Madgin, Reconceptualising the historic urban environment: conservation and regeneration in Castlefield, Manchester, 1960-2009, in: *Planning Perspectives* 2010, S. 29-48; G. Nagler, Reise in die Industrielandschaft – Eine Analyse am Beispiel des Augsburger Textilviertels, in: K. B. Murr/W. Wüst/W. K. Blessing (Hrsg.), *Die süddeutsche Textillandschaft, Augsburg 2011*, S. 213-256; J. Sowińska-Heim, Margins and marginalizations in a post-socialist urban area. The case of Łódź, in: *Art Inquiry. Recherches sur les arts* 2014, S. 297-312; S. Labadi, The impacts of culture and heritage-led development programmes: The cases of Liverpool (UK) and Lille (France), in: S. Labadi/W. Logan (Hrsg.), *Urban heritage, development and sustainability*, Routledge 2016, S. 137-150.

18 G. Nagler (s. A 17), S. 240.

19 L. Smith, *Uses of heritage*, New York 2006.

kale Initiativen aufmerksam gemacht und u. a. der erste Passagierbahnhof der Welt zu einem Industriemuseum langfristig umgenutzt. Castlefield transformierte sich dann, entsprechend der von der nationalen und lokalen Stadtpolitik formulierten Vision einer *urban renaissance*, zu einem stark aufgewerteten und durchmischten Stadtteil, genutzt von Unternehmern, jungen Professionellen und Arbeitnehmern in der Dienstleistungsbranche. In dieser Vision fehl(t)en jedoch Ansätze, die Menschen vor Ort und lokale Formen der Erbeaneignungen, wie z. B. die frühe Umnutzung eines Industriebaus als Musikclub, einzubinden.

Zu erwähnen ist auch das Fallbeispiel des historischen Textilindustriekomplexes der A & G Murray Mills in Manchester-Ancoats, das für die Einordnung der Ergebnisse aus Leipzig nochmal herangezogen wird. Die Kanalfont dieses Textilindustriekomplexes und seines Nachbarkomplexes Mc & Connel/ Kennedy Mills ist über K. F. Schinkels Skizzen in seinem Tagebuch der Englandreise²⁰ weit bekannt geworden. Man kann heute von einem geradezu ikonischen Bild der „shock-city“ der Industrialisierung²¹ sprechen. Sie sind innerhalb der 1989 definierten *conservation area* Ancoats und seit 1999 mit auf der englischen *tentative* Liste zum Welterbe Manchester.²² Der A & G Murray-Mills-Komplex ist beispielhaft in seiner städtebaulichen, architektonisch-technischen Genese im Sinne der *industrial archeology* untersucht und dokumentiert worden.²³ Zwei Bauten von Murrays Mills, Doubling Mill and Fireproof Mill, wurden bereits in den 1990er Jahren als Bürofläche umgenutzt,²⁴ der hofartige Kernkomplex von Murrays Mills wurde erstmals 2004-2007 in einem *long-term repair project* untersucht, repariert und für mögliche Umnutzungen vorbereitet.²⁵ Seit 2015/2016 wird der Komplex zu Wohnungen umgebaut. Die Tiefe der Gebäudeflügel von ca. 9-14 m erlaubt es, ohne maßgebliche Einschnitte in die historische Substanz auszukommen. Neben dem Verlust der technischen Ausstattung und der generellen Nutzungsänderung, die die einst großen Säle in kleinteilige Wohnungen verwandelt, verändert der Neubau des Bengalstreet-Flügels den historischen Komplex auch in seiner städtebaulichen Figur. Der 1805-1806 errichtete Bengalstreet-Flügel brannte 1996 ab;²⁶ somit kann der Neubau als städtebauliche Reparatur begriffen werden. Das historische und im *repair-project* aufgearbeitete Wasserbecken, das im Hof liegt und Zeugnis der damaligen

20 K. F. Schinkel, Reise nach England, Schottland und Paris im Jahre 1826, Berlin 1986, S. 244-246.

21 D. Schott, Europäische Urbanisierung, Köln 2014, S. 202.

22 G. McNeil (Hrsg.), Manchester – Archetypus city of the industrial revolution, Manchester 2002.

23 I. Miller (Ed.), A & G Murray and the cotton mills of Ancoats, Lancaster 2007; M. E. Rose/K. Falconer/J. Holder, Ancoats, Swindon 2011.

24 I. Miller, persönliche Email zu Murrays Mills 15.09.17.

25 K. Moth, A & G Murray's mill: The major repair project, in: I. Miller (s. A 23), S. 141-150.

26 Ebd.

Logistik ist sowie der historischen Energie- und Produktionsprozesse dienete, wird wieder zugeschüttet und als Grünfläche genutzt.²⁷

3. Untersuchung

Zur Untersuchung und Reflektion des Fallbeispiels Leipzig Plagwitz-Lindenau und den zwei Textilindustriekomplexen VEB Buntgarnwerke, zuvor Tittel & Krüger, und Leipziger Baumwollspinnerei werden folgende präzisierende Fragestellungen verfolgt:

1. *Wie beziehen sich Stadtentwicklungsstrategien auf den Erhalt der zwei historischen Textilindustriekomplexe?*
2. *Wie sind die zwei historischen Textilindustriekomplexe als Denkmale charakterisiert?*
3. *Was wurde / wird in der Konversion erhalten?*
4. *Welche Rückschlüsse erlauben die Erkenntnisse der Fallbeispiele auf den möglichen Zusammenhang von Stadtentwicklung und Industriedenkmalpflege?*

Für die Untersuchung wurden Dokumente der Stadtentwicklung seit dem Umbruch von 1989 analysiert und je ein Vertreter der Leipziger Stadtentwicklungsbehörde und der Denkmalbehörde befragt. Herangezogen wurden das ausführliche Denkmalverzeichnis, historische Plandokumente – u. a. aus dem Bauaktenarchiv in Leipzig – sowie insbesondere die Situations-, Lage- und die Umbaupläne. Ortsbegehungen und Gespräche mit dem Architekten der Konversion Hochbau Süd der Buntgarnwerke, mit dem technischen Leiter der Baumwollspinnerei und mit Vertretern der Denkmalbehörde ergänzten die Untersuchung. Der jeweilige Erhaltungszustand der Einzelbauten der Komplexe ist schematisch erfasst und in Grafiken verdeutlicht (vgl. Grafik 1, 2).

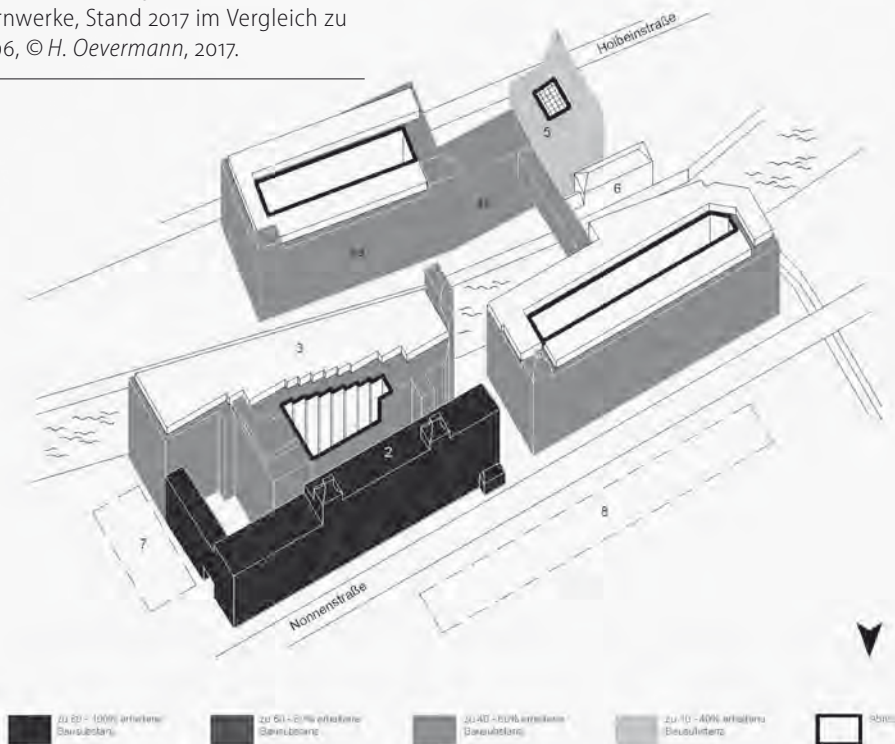
4. Leipzig-Plagwitz: Stadtentwicklungsstrategien 1989-2020

Leipzig ist historische Handels- und Messestadt, ebenso ein historischer Standort der Industrie. Der Aufstieg zur Industriemetropole wurde in der Zeit von 1830-1870 vorbereitet und erfolgte rasant als eine Gründerzeitblüte nach 1870.²⁸ Die Bevölkerung Leipzigs stieg von 85.000 Einwohnern 1864 auf fast 300.000 im Jahr 1890, und

27 *FelldenCleggBradleyStudios*, Planning Application Documents, vgl.: <http://pa.manchester.gov.uk/online-applications/applicationDetails.do?activeTab=summary&keyVal=NMHGC9BC01D00> [05.05.2017].

28 *H.-C. Schink/P. Guth*, Industriearchitektur in Sachsen, Leipzig 2010; vgl. *K. Junckenburg*, Das Aufkommen der Großindustrie in Leipzig, Diss. Universität Leipzig 1912, S. 152 f, 185.

Grafik 1: Erhaltungszustand der Buntgarnwerke, Stand 2017 im Vergleich zu 1996, © H. Oevermann, 2017.



- | | |
|--|--|
| <p>1 HOCHBAU WEST
1888, 1895, Spinnerei, Arch. Pfeifer & Händel
Nutzungskonzept 1994: Einkaufszentrum
Nutzung seit 2000: Wohnen, Arch. Planungsgruppe 7</p> <p>2 HOCHBAU NORD
1879-1895, Lager-, Pack und Comptoirgebäude,
Arch. Händel & Franke
Nutzungskonzept 1994: Mall und Bürocenter
Nutzung seit 1997: Gewerbe und Büro, Arch. Link</p> <p>3 HOCHBAU MITTE
Seit 1879, Vielfach Umbau, Abriss, Teilneubauten, u. a.
Färberei, Hasperei, Kesselhaus
Nutzungskonzept 1994: Warenhaus
Nutzung seit 2011: Wohnen, Arch. Hohmuth + Partner,
GRK-Holding</p> <p>4a HOCHBAU SÜD
1905-1906, Spinnerei und Maschinenhaus,
Arch. Händel & Franke
Nutzungskonzept 1994: Hotel
Nutzung seit 1998/2000: Wohnen, Arch. Fuchshuber</p> <p>4b Ehemaliges Maschinenhaus 1912 - 1914,
Arch. Händel & Franke</p> | <p>5 EHEMALIGES KESSELHAUS
1921-1923, Arch. Händel & Franke,
Nutzungskonzept 1994: Kultur und Kongresszentrum
Nutzung seit 2002: Wohnen, Arch. Planungsgruppe 7</p> <p>6 FILTERHAUS
1921-1923, 1936-1937, Arch. Händel & Krüger,
Anbau 1936-1937
Nutzung seit 2002: Wohnen, Arch. Planungsgruppe 7
Neubau historischer Rekonstruktion</p> <p>7 STANDORT DER FÄRBEREI
Titel & Krüger</p> <p>8 GUMMIWARENFABRIK
Gummiwarenfabrik P. Penin,
ab 1926 Gebäude der Fabrik im Besitz von Titel & Krüger</p> |
|--|--|

© Oevermann 2017
Grundlagen
Bühn, J. S.: Studie zur Industriememorie in Leipzig-Plagwitz 1870-1914, 2003
Link, M., Link, P.: Die Buntgarnwerke in Leipzig-Plagwitz, 1994
Baubeschreibung Leipzig, Holbeinstraße 12, Wohnen, S. 17, 19, 21
Architectural Documentation Centre (ADC) des Friedrichs-Einrichs-Landesamt für Denkmalpflege/Sachsen

auf 588.000 im Jahre 1910, wobei 1889-1892 einige Eingemeindungen, u. a. Plagwitz, verzeichnet wurden.²⁹ Leipzigs Stadtbild veränderte sich in der rasanten Industrialisierung, die Industrie wanderte mit ihren größer werdenden und neu gebauten Komplexen an die Ränder der Stadt. Nicht nur fehlte Platz für Expansionen innerhalb des Stadtrings, sondern auch der Betrieb von Dampfmaschinen war innerhalb der Ringstraßen verboten.³⁰ Erste sogenannte Mischviertel, d. h. Wohn- und Industrieviertel entstanden; das graphische Viertel und Plagwitz gelten heute als die wichtigsten Vertreter dieser Entwicklung in Leipzig, wobei sich in Plagwitz und dem angrenzenden Lindenau der Maschinenbau und die Textilindustrie ansiedelten.³¹ Nach der Wende 1989 erlebte Leipzig eine radikale Transformation: Die Einwohnerzahl von rund 530.000 schrumpfte bis 1998 und stieg seitdem um rund 100.000 Einwohner. Die industriellen Stadtgebiete waren von dem Niedergang in den 1990er Jahren besonders betroffen.³²

Die historische Stadtentwicklung von Plagwitz erhielt eine starke Prägung durch Dr. Karl Heine, einen privatwirtschaftlichen Investor, der planvoll das Gebiet im Leipziger Westen entwickelte und zum Teil selbst bebaut hat.³³ Ab den 1850er Jahren begannen Brücken-, Kanal- und Straßenbau, um zusammen mit der Regulierung der Flüsse Elster und Neiße das Sumpfbereich trocken-zulegen. Ab 1873 wurde in Plagwitz und Lindenau ein Industriegleisnetz aufgebaut, das nicht nur die Personen- und Güterbahnhöfe bzw. die öffentlichen Verladestationen ansteuerte, sondern auch Einzelgrundstücke direkt an das Transportnetz anschloss, so auch die zwei Textilindustriekomplexe Buntgarnwerke (1880) und Baumwollspinnerei (1886).³⁴ Während der DDR-Zeit bis 1989 wurden die Industriebetriebe und die bauliche Substanz in Plagwitz auf Verschleiß genutzt und leergewohnt.³⁵ Umweltprobleme durch die veraltete Produktion kamen erschwerend hinzu. Der Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig 1977 zielte zwar auf eine Entmischung der Funktionen und neue Wohnbauten in vorfabrizierter Bauweise mit Grünflächen in

29 F. Gränitz, Daten und Fakten zur Leipziger Stadtgeschichte, Leipzig 1998, S. 25 f, 29; K. Junckenburg (s. A 28), S. 149.

30 H.-C. Schink/P. Guth (s. A 28), S. 86.

31 J. S. Buhl, Studie zur Industriearchitektur in Leipzig Plagwitz 1870-1914 am Beispiel ausgewählter Bauten, Diss. TU Berlin 2003; H.-C. Schink/P. Guth (s. A 28); F. Gränitz (s. A 29), S. 85 f.

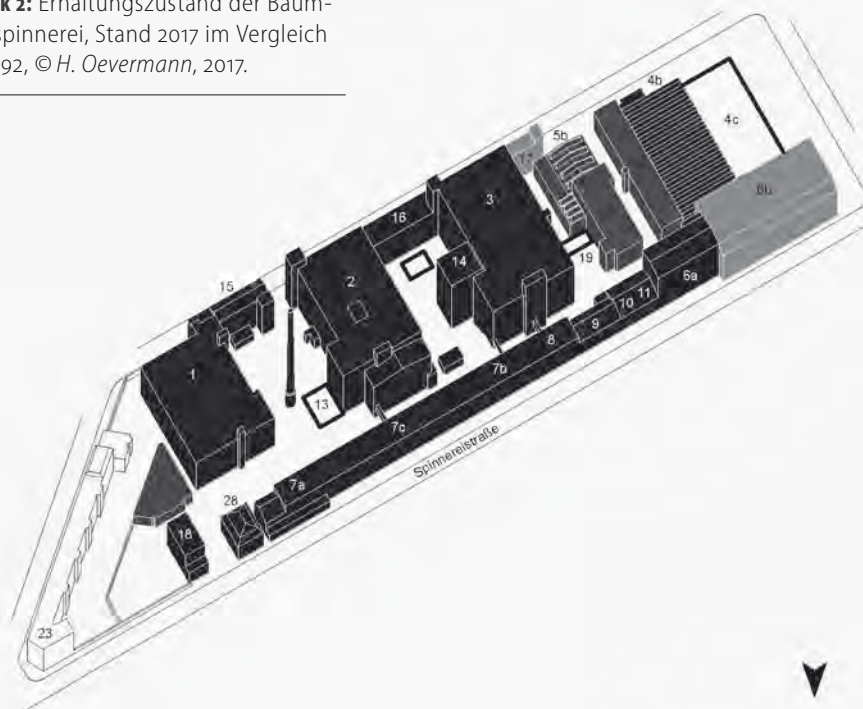
32 Leipzig Informationssystem LIS, Ortsteilprofil Plagwitz, Bevölkerungszahlen, vgl.: http://statistik.leipzig.de/statdist/table_area_print.aspx?dist=51&cat=2&tim=32,31,30,29,28,27,26,25,24,23,22,21,20,19,18,17 [05.05.2017]; F. Gränitz (s. A 29), S. 202, 261.

33 U. Krüger/B. Rüdiger, Aus der Geschichte von Plagwitz, in: F. Dietze (Hrsg.), Plagwitz, Leipzig 1999, S. 7-30.

34 Ebd., S. 14.

35 D. Schaal, Leipzig-Plagwitz als Paradigma, in: P. Thieme (Hrsg.), Paradigma Plagwitz 2 Abfahrt und Ankunft. Fotografien zur Transformation eines Industriestandortes 1985 bis 2015, Leipzig 2016, S. 1.

Grafik 2: Erhaltungszustand der Baumwollspinnerei, Stand 2017 im Vergleich zu 1992, © H. Oevermann, 2017.



 zu 100% erhaltene Bausubstanz	 zu 60 - 90% erhaltene Bausubstanz	 zu 40 - 60% erhaltene Bausubstanz	 zu 10 - 40% erhaltene Bausubstanz	 Abbruch
---	---	---	---	---

- | | | |
|--|--|--|
| 1 Spinnerei, 1884, (20) | 6a Färberei, 1902 (P), (7) | 15 Garderobe, 1890, |
| 2 Spinnerei, 1888, (18) | 6b Spinnerei, 1907, (6) | 16 Garderobe, Kantine, 1890, (17) |
| 3 Spinnerei 1889, (14),
Nutzung 2017: Halle 14 Zentrum für
zeitgenössische Kunst | 7a, b Baumwollmagazin zuvor Färberei,
c später Mischerei, 1888, 1890, 1899, (3) | 18 Technisches Bureau, 1902 (P), (15) |
| 4a Kämmeri, Weißerei 1899, (10) | 9 Elektrische Zentrale, 1902 (P), (4) | 19 Verbindungsgang, 1902 (P) |
| 4b Weberei, 1921, (9) | 10 Kesselhaus, 1902 (P), (5) | 22 Altes Comptoir,
zunächst auch Wohnhaus, 1887 |
| 4c Weberei Erweiterung | 13 Dampfmaschinenhaus | 23 Arbeiterwohnhäuser, 1886-1894 |
| 5a Ringspinnerei, 1902 (P), (11) | 14 Dampfmaschinenhaus,
verm. 1888, 1890 (P) | 26 Lager (P) 1902 |
| 5b Näherei, Sattlerei, 1939 (P), (12) | | 28 Neues Comptoir, 1907,
Nutzung 2017: Verwaltung |

Abmessungen:
 (P) bezieht sich auf den möglichst frühesten Situations-Plan, in dem das Gebäude erscheint. Wenn nicht anders angegeben, die meisten Bauten sind 2017 mit Kunst-, Kultur-, Gewerbe- und Dienstleistungen, eine detaillierte Aufteilung unter: www.spinnerei.de (2017erträge: siehe Übersichtsplanung)

© Oevermann 2017
 Grundlagen:
 Leipziger Baumwollspinnerei: Baumwollspinnerei: www.spinnerei.de
 Bausubstanz (Leipzig (P)), Spinnereistraße 7
 Institut für Denkmalpflege (ADP) (an: Ernst-Steinbeis Sachsen, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen)

der Stadt,³⁶ der allerdings in Plagwitz nicht realisiert wurde. 2017 sind über hundert technische Denkmale in Plagwitz und Lindenau gelistet.³⁷ Die Bahnhöfe und Industriegleise sind Denkmal im Sinne einer Sachgesamtheit.

4.1. Stadtentwicklungsstrategien in Plagwitz von 1989-2015

Plagwitz war in den 1990er Jahren ein wichtiges Gebiet der Leipziger Stadtentwicklungsstrategien. Der Stadtteil wurde trotz massiver Umweltprobleme, Leerstand und Verfall schon Anfang der 1990er Jahre als ‚Industriebrache mit Zukunft‘ gesehen, auch der Wert der historischen Industriearchitektur wurde in dieser Zeit erkannt.³⁸ Die wechselnden Leitbilder der Stadtentwicklung Leipzigs, wie z. B. die ‚Schrumpfende Stadt‘, oder die ‚Perforierte Stadt‘ waren für den Denkmalschutz problematisch. Dies aufgrund ihrer häufigen Änderungen und weil mit ihnen oftmals Abrisse historischer (Industrie-)Architekturen legitimiert wurden.³⁹ Eine Vision mit Hochhäusern für hochwertige Büroflächen an einem künstlichen See, eine weltweit oftmals praktizierte ‚water-front‘-Konversion, wurde privatwirtschaftlich angestrebt und durch den frühzeitigen und konsequenten Widerspruch der Leipziger Stadtpolitik und Verwaltung verhindert, um Bauspekulation und Verdrängung lokaler Akteure zu vermeiden.⁴⁰

Wie beziehen sich nun Stadtentwicklungsstrategien auf die Erhaltung historischer Industriearchitekturen allgemein und auf die der zwei Textilindustriekomplexe in Leipzig-Plagwitz? Die für das Plagwitzer Industrierbe wichtigen Stadtentwicklungsstrategien sind in Tabelle 1 aufgelistet. Es ist jeweils angegeben, ob die zwei Textilindustriekomplexe in den Planungen und Programmen einbezogen waren: Bei Maßnahmen und Förderprogrammen, wie z. B. der Erhaltungssatzung von 1991, oder EFRE-Mittel, schließen die Gebietsgrenzen die zwei Textilindustriekomplexe ein oder aus. Bei den gesamtstädtisch ausgerichteten Planungen, wie STEP-Gewerbe oder das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Leipzig wurden die zwei Komplexe explizit thematisiert oder nicht. Insgesamt kann man sehen, dass die historische Industriearchitektur immer relevant war, wenn auch nicht immer die zwei Textilkomplexe mit im Programmbereich lagen. Dies kann im Einzelfall durch Förderkriterien u. ä. begründet sein.

36 *Stadt Leipzig*, 10 Jahre BCA, Leipzig 1977.

37 M. Nietzsche, persönliche Email zu Übersicht Kulturdenkmale und Denkmaleintragungen in Leipzig, 01.03.2017.

38 P. Peters / U. Henn (Hrsg.), Leipzig, Köln 1994; C. Michael (Hrsg.) Leipzig, Dresden 1999.

39 P. Leonhardt, Telefonat zu Denkmalpflege und Stadtentwicklung in Leipzig-Plagwitz 14.02.2017; kritisch auf die Gesamtstadt bezogen: A. Schwarz, Probleme und Auswirkungen des Stadtbau Ost in Leipzig, in: H.-R. Meier (Hrsg.) Denkmale in der Stadt – Stadt als Denkmal, Dresden 2006, S. 97-102.

40 F. Dietze (s. A 33).

Tab. 1: Übersicht der wichtigsten Stadtentwicklungsstrategien im Leipziger Westen von 1989-2020 mit Quellenangaben / Stand: März 2017.

Name / Maßnahme und Förderprogramm	Zeit	Erh. Umn. hist. Industriearch.	Buntranwerke / Kammgarnsp.	Baumwollspinnerei	Satzungen Beschlüsse Dokumente Literatur
Werkstatt-Stadt, Modellvorhaben Städtebau und Wirtschaft im Progr. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	1989-1993	Ja	Ja	Nein	Werkstatt-Stadt: Städtebauliche Integration eines Altindustriegebietes Leipzig Plagwitz; Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Erhaltungssatzung für das Gebiet Plagwitz Leipzig Süd-West, SVV 276/91 vom 17.07.91
Strukturkonzept Leipzig Plagwitz Teil B	1994	Ja	Nein	Ja	Vom Architekturbüro Grub + LeJeune
Sanierungsgebiet Leipzig-Plagwitz	1995-2015	Ja	Nein	Nein	Stadt Leipzig Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung (ASW): Sanierungsblatt Plagwitz, Sept. 1995; Stadt Leipzig (2010): Fördergebietskatalog Sanierungsgebiet Leipzig-Plagwitz
Expo 2000	2000	Ja	Ja	Nein	Stadt Leipzig, AWO (1996) Expo Projektantrag. Plagwitz auf dem Weg ins 21. Jh.: ein Beispiel für den nachhaltigen Stadtbau; Stadt Leipzig, AWO (1999) Expo2000 Leipzig. Den Wandel zeigen. Plagwitz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert: ein Beispiel für den nachhaltigen Stadtbau.
Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung STEP W&S, Thema Gewerbe	2000	Ja	Nicht explizit	Nicht explizit	Stadt Leipzig (2005) Stadtentwicklungsplan Gewerbliche Brachflächen. Beiträge zur Stadtentwicklung 46. Leipzig.
Urban II, einschl. u. a. Quartiersmanagement	2001-2007	Ja	Nein	Nein	Stadt Leipzig (2009) Urban II Leipziger Westen. Leipzig
Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 (SEKo)	2009-2020	Ja	Nicht explizit	Nicht explizit	Stadt Leipzig (2009) Leipzig 2020. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (SeKo). Blaue Reihe, Beiträge zur Stadtentwicklung 50. Leipzig.
Konzeptioneller Stadtteilplan (KSP) / Vorläufer 2004, Nachfolger 2011	2009	Ja	Nur Nonnenstr.	Ja	Stadt Leipzig (2009) Konzeptioneller Stadtteilplan (KSP) für den Leipziger Westen Präzisierung und Erweiterung. Leipzig.

EFRE Stadtentwicklungsgebiet Leipzig Lindenau / Plagwitz	2007-2013	Ja	Nein	Ja	Stadt Leipzig (2013) Bericht zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit EU-Programmen 2007-2013. Leipzig
Stadtumbau Ost Aufwertungsgebiet Leipzig West	2003-2020	Ja	Teilweise	Ja	Beschluss der Ratsversammlung Nr. RBV-1134/12 vom 29.02.2012: Abgrenzung neuer Fördergebiete für das Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost samt städtebaulichem Entwicklungskonzept Stadtumbau Ost. Leipzig und Anlagen zum Beschluss Stadt Leipzig (2015) 10 Jahre Bund-Länder Programm Stadtumbau Ost in Leipzig. Bilanz und künftige Herausforderungen. Blaue Reihe Beiträge zur Stadtentwicklung 57. Leipzig
Flächennutzungsplan	2013	Ja	Ja	Ja	Stadt Leipzig (2013) Flächennutzungsplan West. Leipzig

Aus der Analyse der Dokumente zu Plagwitz wird deutlich, dass von der ersten Maßnahme an, hier: die Werkstatt-Stadt, der Wert sowie Erhalt und Nutzung der historischen Industriearchitektur beschrieben ist. Dieser Ansatz ist auch in Grundlegendendokumenten wie dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 nachzulesen, trotz der Schwierigkeit, Nutzer und Nutzungen zu finden. Eine Besonderheit zeigt sich in der Verknüpfung von baulich ausgerichteten Maßnahmen und Förderprogrammen, insbesondere denen aus der nationalen Städtebauförderung, wie Umbau Ost, und den zusätzlich auf Wirtschaft, Beschäftigung und soziale Qualitäten ausgerichteten Programmen, wie Urban II. Erst diese Kombination ermöglichte die (städte-)bauliche Erhaltung und Qualifizierung mit Nutzern und Nutzungen zu verbinden und dadurch den Stadtteil zu revitalisieren.

Für den Denkmalschutz in Plagwitz ist die Erhaltungssatzung, die im Kontext der Werkstatt-Stadt entwickelt und in der Stadtverordnetenversammlung 1991 beschlossen wurde, die wirksamste Unterstützung. Die Satzung dient der Erhaltung der städtebaulichen Eigenart; Änderungen sind genehmigungspflichtig und sind „§ 3 [...] so zu gestalten, daß sie nach Form, Maßstab, Verhältnis von Bauteilen und Baumassen zueinander, Material und Farbe den historischen Charakter und die künstlerische Eigenart des Stadtteilgefüges nicht beeinträchtigen.“⁴¹ Ihr frühzeitiger Beschluss Anfang der 1990er Jahre wirkte richtungsweisend und stellt ein verbindliches Planungsinstrument dar. Der erste Bauabschnitt der Buntgarnwerke war Expo-Projekt. Das Großereignis diente als Katalysator für weitere privatwirtschaftliche Investitionen der Konversion des Komplexes. Der hier erprobte architektonische Ansatz wird seit

41 Beschluß der Stadtverordnetenversammlung. Erhaltungssatzung für das Gebiet Plagwitz Leipzig Süd-West, SVV 276/91 vom 17.07.1991.

2005 als Modell im Bauhandbuch Neufert gezeigt.⁴² Die Baumwollspinnerei wird im Konzeptionellen Stadtteilplan (KSP 2009) als Anker für die Weiterentwicklung eines kreativen Milieus in Plagwitz gesehen und profitiert sowohl von EFRE-Mitteln, wie dem Stadtumbau Ost für die Halle 14. Hier wurden Fördermittel für bauliche Maßnahmen (Stadtumbau Ost und EFRE-Mittel) sowie für die Nutzungsprogramme (EFRE-Mittel), u. a. der Kursraum kreative Spinner, eingesetzt.

Zusammenfassend betrachtet kann man die Stadtentwicklungsstrategien für Leipzig-Plagwitz in dreierlei Hinsicht als integrativ verstehen. Sie verbinden gesamtstädtische und stadtteilbezogene Entwicklungsplanung; sie integrieren bauliche, soziale und ökonomische Vorhaben einschließlich den Erhaltungsanliegen für historische Industriearchitekturen; und sie integrieren unterschiedliche Akteursgruppen, einschließlich den dort lebenden und arbeitenden Menschen.

4.2. Erhaltung zweier historischer Textilindustriekomplexe:

Buntgarnwerke und Baumwollspinnerei

Die zwei historischen Textilindustriekomplexe in Plagwitz sollen im Folgenden etwas genauer beleuchtet werden. Die Buntgarnwerke stehen zum Teil auf der Plagwitzer Seite der Weißen Elster, zum Teil auf der Schleußiger Seite des Flusses. Diese Gegend ist der älteste Kern der industriellen Entwicklung des Stadtteils.⁴³ Der zweite Textilindustriekomplex, die Leipziger Baumwollspinnerei, liegt im Stadtteil Lindenau, westlich des Bahnhofs Plagwitz. Obwohl etwas ungenau, wird im Folgenden vereinfachend von Plagwitz die Rede sein, zumal auch die Gebiete der Förderinstrumente jeweils unterschiedliche Grenzen aufweisen und überwiegend unter den Begriffen Leipzig Westen oder Leipzig-Plagwitz firmieren.

In dem ausführlichen Denkmalverzeichnis des Freistaates Sachsen sind die Buntgarnwerke seit 1996 und 1997 als Einzeldenkmale, seit 2005 als Sachgesamtheit, und die Baumwollspinnerei seit 1994 als Sachgesamtheit gelistet. In den publizierten Inventaren bzw. Denkmaltopografien ist der Leipziger Westen noch nicht erfasst.

4.2.1. Buntgarnwerke: Bau 1879-1923 / kleinere Umnutzungen 1969-1991 /

Leerstand 1991 / Konversion 1996-2011⁴⁴

Zunächst wurde am Standort auf der Plagwitzer Seite 1875 eine Dampffärberei der Firma Tittel & Krüger an der nord-westlichen Grundstücksgrenze errichtet, quasi

42 E. Neufert/J. Kister, Bauentwurfslehre Wiesbaden 2005, S. 463.

43 Pro Leipzig, Eine historische und städtebauliche Studie, Leipzig 2008, S. 45.

44 Für diese und alle folgenden Daten gilt, dass in den unterschiedlichen Dokumenten vielfach kleine Abweichungen der Jahreszahlen auftauchen, meist bedingt durch Planungs- und Realisierungszeiträume.

neben dem heutigen Verbindungsflügel zwischen HB Mitte und HB Nord. Ab 1879 wurde der erste Repräsentativbau (HB) Mitte vom Architekten Ottomar Jummel errichtet,⁴⁵ der im Laufe der Zeit mehreren Nutzungen als Färberei, Haspelei, Bandmischerei und Lager diente, sowie zwischenzeitlich mit einem angebauten Kesselhaus versehen war. Etliche Umbauten, Anbauten, Abrisse und Neubaelemente sind in den historischen Bauakten dokumentiert. Der historische Situationsplan von 1882⁴⁶ zeigt auch schon den ersten Teil des Lager-, Pack- und Comptoirgebäudes (HB Nord) vermutlich von 1879, dann 1889 vom Architekten Eduard Steyer überformt und 1895 von Händel & Franke erweitert.⁴⁷ Das Gebäude verläuft entlang der Nonnenstraße und verdeckt den dahinter liegenden HB Mitte von der Straße. 1888 folgte der erste Bauabschnitt Spinnerei HB West durch die Architekten Pfeiffer & Händel mit Erweiterung 1895; und 1905-1906 entstand der Spinnereibau HB Süd auf der Schleußiger Seite, mit einem Verbindungsgang über den Fluss zum HB West, durch die Architekten Händel & Franke und dem Anbau eines Maschinenhauses 1912-1914.⁴⁸ Die angrenzenden Gebäude Kesselhaus und Filterhaus entstanden 1921-1923, der Anbau vom Filterhaus 1936-1937.⁴⁹ Immer wieder wurden kleinere Ertüchtigungen, z. B. durch Aufzüge, oder An- und Umbauten durchgeführt.⁵⁰ Ab den 1930er Jahren erfolgen Umstrukturierungen in der Textilbranche bzw. der Gesamtwirtschaft. Tittel & Krüger wird zunächst Teil der Norddeutschen Wollkammerei, ab 1941 für die Kriegsproduktion herangezogen und 1952 Volkseigentum. Seitdem wurden bis zur Stilllegung 1991 Teile des Komplexes auch an andere Betriebe untervermietet. 1969 erfolgte die in der DDR typische Kombinatbildung als VEB Buntgarnwerke. Größte bauliche Veränderung am Komplex in dieser Zeit war der Abriss der alten Färberei und ein Neubau, der wiederum 1992 mit einigen weiteren Gebäuden abgerissen wurde. Ab 1991 stand der Komplex leer.⁵¹

Alle Bauten zeichnen sich bei den Sichtfassaden durch roten Klinker und weiße Putzelemente aus, meist in einer horizontalen Struktur angeordnet (vgl. Abb. 1). Das gesamte Erscheinungsbild des Komplexes ist einheitlich geformt, wenn auch Varianten in den Fassadengestaltungen realisiert sind und Baumaterialien, u. a. Stahlbetonkonstruktion im HB Süd, sich veränderten. Die Einheitlichkeit im Erscheinungsbild wurde zum einen durch die Kontinuität der Architekten Steyer und dann Händel & Franke gewährleistet, aber auch vom

45 S. Sauerland, Vom Fabrikschloss zum Wohnrefugium, in: Leipziger Blätter 2000, S. 38-40.

46 Bauaktenarchiv Leipzig, Nonnenstr. 17/17a, 19/19a, 21, 21a, Box 1,3.

47 J. S. Buhl (s. A 31), S. 211, 214.

48 Ebda.; Ausführliches Denkmalsverzeichnis (ADV), OBJ-Dok-Nr. 09262401.

49 ADV, OBJ-Dok-Nr. 09304726.

50 Vgl. J. S. Buhl (s. A 31), S. 209-217.

51 Ebda., S. 215 f.



Abb. 1: Buntgarnwerke: Blick über den Fluss, vorne links: Hochbau West;
Foto: H. Oevermann, 2017.

Bauherrn gewünscht.⁵² Dies schließt auch den am Nonnendamm gegenüberliegenden Fabrikbau von E. Steyer ein, der zunächst die Gummiwarenfabrik P. Penin beherbergte und 1926 von Tittel & Krüger gekauft und genutzt wurde.⁵³ Die Volumen und Anordnung der Gebäude des Kernkomplexes (bis 1926) werden in Grafik 1 deutlich. Aufgrund der repräsentativen Außengestaltung, insbesondere der Fassaden, turmartigen Aufbauten und Giebel und der inneren funktional-nüchternen Anordnungen und Raumbedarfe entsprechen die Buntgarnwerke einem ‚Fabrikschloss‘⁵⁴ oder Palais-Typus. Der Palais-Typus steht für eine zweite Phase der Industriebauten in Sachsen. Er ist gekennzeichnet durch repräsentative Ansprüche der Unternehmer, die sich oftmals an lokalen Schloss- oder Kirchenbauten orientierten, und der Anpassung von Bau-

52 Vgl. S. Sauerland (s. A 46); J. S. Buhl (s. A 31).

53 J. S. Buhl (s. A 31), S. 213 f.

54 S. Sauerland (s. A 46).



Abb. 2, 3: Buntgarnwerke: links: Hochbau Süd nach dem Einschnitt; © *Fuchshuber Architekten*; rechts: Hochbau Süd nach der Konversion; © *Hans-Christian Schink*.

volumen und Fassaden an die funktionalen Bedürfnisse der Produktion.⁵⁵ Das Denkmalverzeichnis betont die technische und stadtentwicklungsgeschichtliche Bedeutung des Komplexes und die baugeschichtliche, technikgeschichtliche, industriegeschichtliche und ortsentwicklungsgeschichtliche Bedeutung der Einzeldenkmale, die als repräsentative Klinkerbauten eine außergewöhnlich imposante Fabrikanlage bilden.⁵⁶

In der Konversion von 1996-2011 ist der Komplex überwiegend in seiner städtebaulichen Struktur von 1996 erhalten worden. Die auf dem Areal befindliche Eisenbahnbrücke über die weiße Elster wurde 2013 abgerissen. Die Abrisse der Gebäude am nord-westlichen Grundstücksrand sind bereits in den 1992 Jahren erfolgt, heute befindet sich dort ein Supermarkt mit Parkhaus. Dieser nimmt die Baufluchten der HB Nord und West auf und stellt mit neuer Architektur Analogien zur charakteristischen Fassadengestaltung des historischen Komplexes her. Die größten städtebaulichen Verluste sind der Schornstein des Kesselhauses im Jahr 1999, der eine wichtige Höhendominante bildete, und die Eisenbahnbrücke, die durch den Komplex verlief

55 *H.-C. Schink/P. Guth* (s. A 28); vgl. Analyse von *J. S. Buhl* (s. A 31) zu den repräsentativen Gestaltungselementen der Buntgarnwerke.

56 ADV, OBJ-Dok-Nr: 09306107, 09299009, 09262401, 09304726.

und 2013 abgerissen wurde.⁵⁷ Trotz dieser Verluste, die Auskunft über Logistik, Energieerzeugung, Produktionsweise und verkehrstechnische Vernetzung im Stadtteil gaben, bleibt die stadtentwicklungsgeschichtliche Bedeutung als Industriestandort ablesbar. Dies auch, weil die Industriekomplexe der Nachbarschaft, Mey & Edlich (Nonnenstr. 5, Architekten Händel & Franke) und die Erweiterung des Komplexes in den Gebäuden von P. Penin, erhalten sind. Die Konversionskonzeption von 1994⁵⁸ erweist sich nur beim Hochbau Nord als realisierungsfähig. 1996-1997 wird der HB Nord für Büro und Dienstleistungen wie Schulamt, Post, Büros, Restauration etc. umgenutzt. Aufgrund der relativ geringen Gebäudetiefe, ca. 14 m, ist dies ohne große bauliche Abrisse oder Eingriffe möglich. Auch die Treppenhäuser konnten wiedergenutzt werden. Vielfache neue Wände und die Ertüchtigung von Haustechnik und Ausstattung ermöglichen eine kleinteilige Neunutzung. Anders beim HB Süd, der 1999-2000 umgebaut wurde. Hier musste eine Gebäudetiefe von über 40 m über vier Geschosse von ca. 5 m und zusätzlichem Sockelgeschoss bewältigt werden. Realisiert wurde eine Wohnnutzung mit Autoparkgarage, die durch einen 15x20 m großen Einschnitt über drei Etagen im Gebäude ermöglicht wurde. In diesem neu geschaffenen Innenhof liegt die Laubengangschließung, wie der Fluchtweg der Wohnungen und die neue zentrale Vertikalerschließung mit Treppenhaus und Aufzug (Abb. 2, 3). Im Erdgeschoss befinden sich Parkplätze; Penthouse-Wohnungen auf dem Dach werden neu gebaut. Die Wohnungen sind 3-4 Zimmer große Maisonetten mit Loftcharakter. Der typische Wohnungsgrundriss besteht aus einem zweigeschossigen Bereich nach innen, 2-3 Zimmer, Küche, Bad, und dem ca. 5 m hohen Wohnraum an den Außenfassaden. Im Gebäude sind neu: Haustechnik, Dach, Fenster, Laubgänge, Wohnungstrennwände, die bis in neue Fundamente gerdet werden mussten, sowie eingezogene Decken bzw. leichte Zimmertrennwände. Erhalten sind Fassaden, Stützen Treppenhäuser und Geschossdecken außer im Bereich des neuen Innenhofs. Die historischen technischen Anlagen sind nicht erhalten.⁵⁹

Analog zu diesem Konversionsmodell sind auch die anderen Hochbauten sowie Kesselhaus und Filterhaus umgebaut worden. Das Kesselhaus musste aufgrund seiner baulichen Spezifika der Stahlbetonkessel und Problemen beim Umbau umfangreich verändert werden. Beim HB Mitte wurden zudem Loggien hinter die historische Fassade gestellt und damit die Klimahülle nach innen versetzt. Der Innenhof grenzt an drei Gebäudeflügel an, an der vierten Seite ist lediglich die his-

57 ADV, OBJ-Dok-Nr. 09262401.

58 M. Link/P. Link, Die Buntgarnwerke in Leipzig Plagwitz, in: P. Peters/U. Henn (Hrsg.), Leipzig, Köln 1994, S. 46-51.

59 E. Neufert/J. Kister (s. A 44), G. Fuchshuber, persönliches Gespräch zur Konversion der Buntgarnwerke, 24.03.2017.

torische Fassade stehen geblieben. Der Erhaltungsgrad der baulichen Substanz für diese Gebäude ist schematisch in Grafik 1 (Stand April 2017) illustriert. Zentrale architektonische Elemente wie Primärkonstruktion, Fassaden und Repräsentationen, z. B. Fassadendekor und Schmuckgiebel sind erhalten. Bei den HB Süd, West, Mitte und Kesselhaus ist durch die Einschnitte zur Innenhofausbildung mehr Primärschubstanz verloren gegangen als bei dem schmaleren Gebäude HB Nord. Historische Raumwirkungen sind im Städtebau gut erkennbar, im Innenraum durch die Einschnitte und die neuen kleinteiligen Nutzungen kaum noch. Für die technische Substanz ist insgesamt ein umfassender Verlust zu bezeichnen.

4.2.2. *Baumwollspinnerei: Bau Hauptanlage 1885-1907 / kleinere Umnutzungen in den 1960er-1980er Jahren / Produktionsende für Garn 1993 / Konversion ab frühen 1990er Jahren und 2017, noch andauernd*

Die Baumwollspinnerei wurde ab 1884 mit dem ersten großen mehrgeschossigen Spinnereigebäude errichtet, mitsamt Kesselhaus und Schornstein. In wenigen Jahren folgten die Spinnereigebäude 2 und 3 in den Jahren 1888 und 1889.⁶⁰ 1907 wurde dann die Ringspinnerei als viertes schmaleres Spinnereigebäude, direkt an der Straße gelegen, errichtet. In den 1880er Jahren wurden auch Magazinbauten, das alte Kontor mit Garten, das zunächst auch als Wohnhaus diente, und Maschinen- und Kesselhäuser erbaut. 1886 erfolgte der Anschluss an das Industriegleissystem von Plagwitz. 1886-1894 wurde der Arbeiterwohnungsbau errichtet, der heute nicht mehr zum Spinnereikomplex gehört, jedoch als Wohnungsbau 2016-2017 saniert und weiter genutzt wird.⁶¹ Das Wasser für Energie und Produktion wurde vom Karl-Heine-Kanal hochgepumpt. Ein begehbare Stollen zwischen Kesselhaus und Kanal wurde gemeinsam mit der ersten Gebäudegruppe errichtet.⁶² Der historische Situationsplan von 1902 zeigt die Hauptanlage des Komplexes samt den aus den späten 1880er und 1890er Jahren hinzugekommenen Bauten wie Kämmererei, Weißerei, aber auch Garderobe, Kantine, technisches Büro u. ä. Zu der eingetragenen Sachgesamtheit Leipziger Baumwollspinnerei⁶³ gehört auch die dem Komplex gegenüberliegende Kleingartenanlage, wo seit den 1950er Jahren ein Kindergarten angesiedelt ist; historisch befand sich ein Kindergarten in der Zeile der Arbeiterwohnbauten. Zudem befand sich auf dem Gelände eine als Teil der Sachgesamtheit

60 J. P. Kruse/M. Schütz, Bebauungsplan Nr. 22.5 (16.06.1997), S. 9 [Graue Literatur].

61 Bauaktenarchiv Leipzig, Spinnereistr. 7, unsortiertes Material; J. P. Kruse/M. Schütz (s. A 61), S. 9.

62 J. P. Kruse/M. Schütz (s. A 61), S. 9.

63 ADV Obj.-Dok. Nr. 09305252, 09292717.



Abb. 4: Baumwollspinnerei: Blick auf den ersten Spinnereibau; Foto: *H. Oevermann*, 2017.

eingetragene Hutformenbau-Werkstatt mitsamt technischen Anlagen⁶⁴ – eine historische Umnutzung, die verkauft worden ist.⁶⁵

Weitere wichtige Bauten nach 1900 sind das neue, etwas repräsentativ gestaltete Kontorhaus am Haupttor der Anlage und die Weberei im hinteren Teil, die sich additiv an die Reihe der Spinnereibauten und Kämmerei anschließt. Als eingeschossige Shed-Konstruktion weist sie einen anderen Bautypus auf als die drei großen, mehrgeschossigen Spinnereibauten. Die Gesamtanlage verfügt über ein umfangreiches Kellersystem sowie Transportbrücken, die die innere, längs verlaufende Straße mitsamt den Eisenbahnschienen zwischen Magazinebauten und Produktionsgebäuden mehrfach überbrücken. Erste Umnutzungen des Komplexes erfolgten nach 1946, nachdem 50% der Ausstattung des Werkes demontiert worden waren. Kleinbetriebe zogen in das erste und zweite Spinnereigebäude, eine Berufsfachschule in die ehemalige Weißerei, Schlichterei.⁶⁶ Einzelne Baumaßnahmen,

64 ADV Obj.-Dok. Nr. 09286283.

65 *P. Dittrich*, persönliches Gespräch zur Konversion der Baumwollspinnerei, 24.03.2017.

66 *J. P. Kruse/M. Schütz* (s. A 61), S. 10; *P. Dittrich* (s. A 66).

wie Fenstersanierungen des Spinnereigebäudes 3 oder das Anbringen eines Vordachs entlang dem ehemaligen Magazinegebäude wurden in der DDR-Zeit durchgeführt.⁶⁷ 1992 wurde die Produktion fast eingestellt,⁶⁸ bis 2000 produzierten nur noch 40 Mitarbeiter. Ab Anfang der 1990er Jahre fanden kultur- und kreativwirtschaftliche Zwischen- und Umnutzungen statt.⁶⁹

Die Anlage ist architektonisch weniger repräsentativ gestaltet, vielmehr zeigen sich im äußeren Erscheinungsbild die inneren funktionalen Produktionsabläufe. Damit wäre sie bei der Einordnung in Fabriktypen⁷⁰ dem Baumeister-Typ zuzuordnen, nicht dem Palais-Typ der Buntgarnwerke. Eine Orientierung an der Gestaltung englischer Spinnereikomplexe, sogenannter Lancashire Mills ist erkennbar.⁷¹ Besonders interessant ist aber die städtebauliche additive Fügung dreier, fast gleicher Spinnereigebäude. Beispiele aus England⁷² zeigen meist einen einzelnen Spinnerei-Hauptbaukörper oder die sogenannte Double Mill, also einen Komplex, bestehend aus der Verdoppelung eines Spinnereibaus, der auch in Sachsen bekannt war,⁷³ aber kaum eine dreifache, streng additiv gereihte Anordnung. Diese bildet mitsamt den Verbindungsbauten an der süd-östlichen Grundstücksgrenze eine Art Kammstruktur. Das ehemalige Magazinegebäude, die Färberei und Spinnerei bilden die nördliche Grenze des Komplexes städtebaulich aus. Die zwei ehemaligen Kontorgebäude definieren den Haupteingang. Ergänzungsbauten unterschiedlicher Art sind im Laufe der Zeit errichtet worden. Funktional bildet der Komplex mit Produktion, Energie, Verkehrsinfrastruktur, den Arbeiterwohnbauten und der Kleingartenanlage eine Einheit von Arbeiten, Wohnen und Erholen. Das Denkmalverzeichnis betont die Bedeutung der Anlage als größte Spinnerei des europäischen Kontinents 1909 sowie ihre gut durchdachte Anordnung und ihre umfassende Erhaltung und vorbildliche Erneuerung.⁷⁴ Der Komplex hat damit eine überörtliche Bedeutung, einen Geschichts- und Dokumentationswert sowie einen Wert für die Volksbildung.⁷⁵ Seit 1997 liegt ein umfassender Bebauungsplan der Stadt Leipzig vor, der

67 P. Dittrich (s. A 66).

68 J.P. Kruse/M. Schütz (s. A 61), S. 11.

69 Leipziger Baumwollspinnerei, Spinnerei, vgl.: <http://www.spinnerei.de/> [05.05.2017].

70 H.-C. Schink/P. Guth (s. A 28).

71 Vgl. A. Oehlke, Das englische Vorbild: Die Einführung moderner Spinnereibauten und Textiltechnik aus Lancashire, in: A. Lassotta (Hrsg.), Cotton mills for the continent, Essen 2005, S. 22-35 für den Transfer dieses Typus ins Münsterland.

72 Vgl. M. Williams/D. A. Farnie, Cotton mills in Greater Manchester, Preston 1992; D. Gurr/J. Hunt, The cotton mills of Oldham, Oldham 1998; A. Föhl/M. Hamm (s. A 2).

73 Vgl. A. Oehlke, Die Chemnitzer Aktienspinnerei als Beispiel für eine Double Mill, in: A. Lassotta (s. A. 71), S. 105-110.

74 ADV Obj.-Dok. Nr. 09292717.

75 ADV Obj.-Dok. Nr. 09305252.

für Umnutzungen und alle baulichen Eingriffe bindend ist. Darin formuliert ist die Annahme, dass nur eine am Bedarf orientierte Mischnutzung eine langfristige Erhaltung sichern kann. Diese setzte eine Änderung des Flächennutzungsplanes voraus. Ziel des Bebauungsplanes ist u. a., die additive kammartige Struktur des Komplexes herauszuarbeiten; dafür können Gebäude, die diese städtebauliche Grundfigur stören, abgerissen werden.⁷⁶

Die Konversion wird seit den frühen 1990er Jahren als eine ‚Schritt für Schritt‘-Konversion vollzogen, d. h. Zwischen- und Umnutzungen und Sanierungen werden nach Bedarf durchgeführt. Leitende Idee ist, wie im Bebauungsplan angegeben, die städtebauliche Grundstruktur zu stärken und dafür auch die Höfe wieder zu öffnen.⁷⁷ 2005 erfolgten die Abrisse der Webereierweiterung, des Kesselhauses im ersten Hof, des Frauenwaschhauses im zweiten Hof, des Verbindungsgebäudes zwischen Spinnerei 3 und 5 und zweier Schornsteine. 2017 sind bis auf die Gebäude 4 und 5 die Bauten mehr oder weniger saniert. Der Sanierungsgrad richtete sich nach den neuen Mietern und vielfachen Einzelnutzungen in den Bereichen Kunst, Kultur, Gewerbe, Büro und Dienstleistungen. Entweder werden hochwertigere Flächen mit neuen Sanitäreanlagen – oder z. B. eine repräsentative Treppe zwischen den Geschossen (Gebäude 2) – hergestellt oder Flächen mit geringfügigeren Eingriffen bei anderen Mietern und Nutzungen. Entsprechend wird auch die privatwirtschaftliche Finanzierung gestaltet. Als Beispiel einer höherwertigen Sanierung kann die 2017 durchgeführte Sanierung und Umnutzung des Gebäudes 6 b entlang der Spinnereistraße angeführt werden. Es sollen eine Tanzschule und das Naturkundemuseum einziehen. Hier werden Haustechnik, Medien, Fenster und Fußböden neu eingebaut, und das Dach erhält Öffnungen für die neue Nutzung. Bei den Außenmauern und Gebäudedecken werden schadhafte bzw. ölverseuchte Teilbereiche ersetzt. Generell gilt für den ganzen Komplex, dass 80 - 95% der Außenmauern und Gebäudedecken erhalten worden ist, zum Teil auch die historischen Fenster wie im Gebäude 2. Somit gilt für viele Bauten, dass ungefähr 60 - 80% der Bausubstanz, die vor der Konversion vorhanden war, erhalten ist. Von der technischen Ausstattung ist nur 0 - 10% übrig geblieben, einzig die Beschleunigung, d. h. das unterirdische Abwassersystem, ist umfassend erhalten.⁷⁸ Die Grafik 2 zeigt diesen Erhaltungszustand schematisch im Überblick (Stand April 2017). Die andauernde ‚Schritt für Schritt‘-Konversion lässt weitere Umnutzungen zu und damit eventuell auch weitere Veränderungen des jetzigen Zustandes.

76 J. P. Kruse/M. Schütz (s. A 62), S.6, 34-35.

77 P. Dittrich (s. A 66).

78 Ebda.

Welche Rückschlüsse erlauben beide Beispiele auf den möglichen Zusammenhang von Industriedenkmalpflege und Stadtentwicklung? Die privatwirtschaftlich finanzierte Konversion der Buntgarnwerke profitierte nicht von der ersten Konzeption, die im Rahmen von Planungsworkshops der frühen 1990er Jahre als Pilotprojekt⁷⁹ diskutiert wurde, dann aber nicht umgesetzt werden konnte. Der oftmals erwähnte unterstützende Zusammenhang mit der Expo 2000 im Sinne von positivem Marketing für das Konversionsprojekt erscheint plausibel, gerade für die privatwirtschaftlichen Investitionen. Unterstützend wirkten zudem konkrete Steuervorteile für Denkmaleigentümer,⁸⁰ ein ganz anderes politisches Entwicklungsinstrument. Die Baumwollspinnerei zeigt dazu im Vergleich, dass die Nutzungsformen für die Erhaltung originaler Substanz und Raumwirkungen mitentscheidend sind. Da hier kaum Wohnnutzung in den Produktionsbauten realisiert worden ist, konnten die großen architektonischen Einschnitte und Innenhofausbildungen wie bei den Buntgarnwerken vermieden werden. Auch erhalten die großflächigen Gewerbe- oder Kulturnutzungen die historischen Raumwirkungen im Innenbereich der Spinnereibauten. Für beide Projekte kann angenommen werden, dass die veränderte Wahrnehmung des Stadtteils und die neu geschaffenen attraktiven Räume für ein Umfeld sorg(t)en, das für solche Projekte privatwirtschaftliche Investitionen ermöglicht.

5. Diskussion

Die Ergebnisse für Leipzig zeigen, dass eine revitalisierende Stadtentwicklung für altindustrielle Stadtteile und auch für die Erhaltung von Industriedenkmalen wichtig ist. Jedoch gilt es, einiges differenzierter zu beachten: Entwicklungsstrategien müssen auf umfangreichen Abbruch (tabula-rasa-Planungen) verzichten, wenn sie dazu beitragen sollen, die kulturelle Signifikanz der historischen Bauten und Stadtteile zu erkennen und in Entwicklungen zu integrieren. In Leipzig wurden Konversionen und positive Imagebildung verbunden, um Stadtentwicklungsprozesse voranzutreiben, auch Ancoats ist hierzu ein Beispiel. Der Erhalt stadtbildprägender Bauten ist Teil der Entwicklungsstrategie. Gleichzeitig können Images, Visionen und Leitbilder der Stadtentwicklung jedoch auch als Legitimation für Abrisse verwendet werden. Hier ist Vorsicht geboten, denn die historische Substanz ist nicht wiederherstellbar. Die Umnutzung historischer Industriearchitekturen zu hochwertigerem Wohneigentum (Murray Mills, Buntgarnwerke) dient einerseits der

79 M. Link/P. Link (s. A 59).

80 G. Fuchshuber (s. A 60).

Anziehung neuer Nutzer im Stadtteil und langfristigen Nutzungskonzepten, erhöht aber auch die Gefahr städtischer Fragmentierung und Verdrängung eingesessener und/oder weniger privilegierter Bevölkerungsschichten infolge von Bodenspekulation und Verteuerung.⁸¹ In Leipzig wurde die Problematik hochfliegender Visionen und hochpreisiger Neunutzungen frühzeitig thematisiert und gegengesteuert (Kampagne gegen Hochhaus-Entwicklungsvision). Stattdessen wurden vielfach lokale, soziale und ökonomische Akteure und Prozesse in die Stadtteilentwicklungen einbezogen. Stadtpolitik, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure haben Wege für langfristige Erhaltungs- und Entwicklungsperspektiven eröffnet, die insbesondere aus dem Ort, seinen Menschen und seiner Geschichte heraus generiert wurden (endogene Entwicklung). Eine mehrfache Vernetzung von Stadtentwicklungsstrategien und ihrer Instrumente (Förderkulisse) über einen Zeitraum von ca. 25 Jahren wurde umgesetzt: Die Integration der Entwicklung von Stadtteil und gesamtstädtischer Perspektive, die Funktionsmischung durch eine Vernetzung baulicher, sozialer und ökonomischer Prozesse, und die Einbindung lokaler Akteure und Initiativen (bottom-up Prozesse) in formelle Instrumente der Stadtentwicklung (top-down Prozesse) im Sinne einer Stadtentwicklung von unten *und* oben. Mit anderen Worten: Das Beispiel Plagwitz zeigt, dass Stadtentwicklung, die auf Kontinuität, Erhaltung des baulichen Bestandes und Einbindung lokaler Kräfte zielt, ausbalancierte und integrierte Strategien, Instrumente und eine vielschichtige Förderkulisse zur Umsetzung benötigt. Das Instrument der Erhaltungssatzungen, wie in Plagwitz angewandt, unterstützt den Schutz städtebaulicher Ensembles und denkmalgeschützter Sachzusammenhänge und trägt zum Erhalt städtebaulicher und architektonischer Charakteristiken des industriell geprägten Stadtteils bei. Für den Erhalt des denkmalwürdigen Einzelkomplexes zeigt der Vergleich mit Ancoats wie hilfreich das Wissen über die historische Substanz und Entwicklung ist, da gerade bei denkmalgeschützten Industriekomplexen und ihren Konversionen auch Veränderungen verhandelt werden müssen. Die Untersuchung zeigt, dass architektonische Ansätze in der Konversion bedeutend sind, um langfristige Nutzungsmodelle räumlich umzusetzen (Buntgarnwerke) und räumliche Qualifizierungen zu generieren (Baumwollspinnerei). Instrumente wie conservation plan (Ancoats) oder Erhaltungssatzung (Plagwitz), ein fundierter Bebauungsplan (Baumwollspinnerei) und ein juristischer, genehmigungsrelevanter Schutzrahmen, den Denkmalpflege und Denkmalschutz ermöglichen, sind hier ebenso wichtig. Doch nicht jeder Erhaltungsansatz ist umfassend denkmalverträglich.⁸²

81 R. Madgin (s. A 17).

82 A. Kierdorf/U. Hassler/H. Oevermann/H. A. Miege (s. A 7).

Konversionen verändern die historische Substanz und den Zeugniswert über Produktions- und Organisationsprozesse sowie über gesellschaftliche Kämpfe, hier z. B. an dem abgetrennten Arbeiterwohnbau der Baumwollspinnerei sichtbar. Die Wohnnutzung bei den Buntgarnwerken, die das ‚Aufschneiden‘ der Gebäude nötig machte, ist weniger denkmalverträglich. Sie zerstört die historischen Raumwirkungen. Im Kontext der komplexen Aufgabe von Stadtteilentwicklung und langfristigen Nutzungskonzepten stellt sich daher für die Denkmalpfleger die Aufgabe, deutlich zu machen, woran der Denkmalwert des einzelnen Komplexes konkret festgemacht wird, d. h. wo konservierende Erhaltungsforderungen hoch sind und inwiefern Spielräume für Veränderungen bestehen.

Der Wiederaufbau norwegischer Städte nach dem deutschen Überfall im April 1940

Dem deutschen Überfall auf das neutrale Norwegen fiel vom 9. April 1940 bis zur Kapitulation der Alliierten am 8. Juni durch Bombardements, insbesondere der deutschen Luftwaffe, die zentrale Bebauung von 18 Ortschaften und Kleinstädten an der mittleren und nördlichen Nordseeküste zum Opfer.¹ Die sofort gegründete norwegische Wiederaufbaubehörde „Brente steders regulering“ (BSR) unter Prof. Sverre Pedersen konnte schon Ende August die ersten regulierten Stadtpläne vorlegen. Den raschen Beginn des Wiederaufbaus für die einheimische Zivilbevölkerung und Wirtschaft behinderte allerdings die deutsche Besatzungsmacht.² Für sie genossen die Baumaßnahmen im eigenen Interesse – hölzerne Unterkunstmöglichkeiten für 350.000 deutsche Soldaten und etwas später für 70.000 zumeist sowjetische Kriegsgefangene sowie die Betonfestungen des „Atlantikwalls“ – Vorrang. Zudem fühlten sich die Besatzer veranlasst, in der Person von Hans Stephan als Abgesandtem von Albert Speer die Planer des norwegischen Brudervolkes in dem seit Wilhelm II. imaginierten „Pangermanischen Bund“ korrigierend zu bevormunden. Der Wiederaufbau nahm nicht zuletzt wegen vielfacher Planänderungen erst nach der deutschen Kapitulation Fahrt auf.

Dieser Aufsatz³ will die in Norwegen natürlich wohlbekannten Wiederaufbauplanungen auch im deutschsprachigen Raum in Erinnerung rufen und dabei

- 1 Der sowjetische Gegenangriff seit Herbst 1944 und die ‚Politik der verbrannten Erde‘ durch die deutschen Truppen beim Rückzug aus dem Norden Finnlands und Norwegens bis hinab zum Evakuierungshafen Tromsø schufen einen zweiten Zerstörungshorizont für große Teile der Bauten im ländlichen und kleinstädtischen (so in Hammerfest, Honningsvåg, Kirkenes, Vadsø, Vardø) Raum. Auch diese Wiederaufbauten in der Finnmark wurden in der Verantwortlichkeit von BSR (s.u.) in Angriff genommen, bleiben hier aber außerhalb der Betrachtung. Siehe vor allem *T. M. E. Dancke*, *Opp av ruinene. Gjenreisningen av Finnmark 1945-1960*, Oslo 1986; *I. Hage*, *Byplaner og bygninger i gjenreisningsbyene*, in: *I. Hage/E. Haugdal/B. Ruud/S. Hegstad* (Red.), *Arkitektur i Nord-Norge*, Bergen 2008, S. 378-413.
- 2 *G. D. Hatlehol*, *Den tyske byggherren i Norge 1940-1945*, in: *Årbok for Foreningen til Norske Fortidsminnesmerkers bevaring 170* (2016), S. 83-100.
- 3 Für die vielen Hinweise und Hilfen, ohne die diese Übersicht nicht möglich geworden wäre, danke ich Helga Stave Tvinnereim (Volda, Norwegen) und Robert Øfsti (Steinkjer, Norwegen) sowie in besonderem Maße Lars Olof Larsson (Kiel).

besonders aus dem Blickwinkel der insgesamt eher spärlichen deutschen Überlieferung beleuchten. Dies erscheint auch sinnvoll, weil in Norwegen die Diskussion um die Kollaboration bzw. Zusammenarbeit der norwegischen Planer mit der deutschen Besatzungsmacht immer wieder aufflammt.

In Deutschland hat Hans Stephan im Jahr 1942 die norwegischen Planungen bekannt gemacht.⁴ Einzig auf diese zeitgenössische Publikation stützt sich – durchaus in angemessener kritischer Distanz – der knappe Überblick von Werner Durth und Niels Gutschow.⁵

1. Ausgangslage

Aus kleinsten und zumeist erst im 19. Jahrhundert entstandenen Siedlungskernen waren die Städte und Ortschaften des mittleren und nördlichen Norwegens in der „Sildetid“, der Hochzeit des Heringsfangs zwischen 1864 und 1885, herangewachsen. Dennoch wohnten auch 1940 nur in wenigen Ortschaften mehr als 1.000 Einwohner. Deutlich größer als Åndalsnes (1.200 EW), Namsos (4.000 EW; 189 Häuser zerstört), Steinkjer (3.100 EW; 330 Häuser, zerstört 242) und Molde (3.980 EW; 75 Häuser zerstört) waren nur Bodø (6.400 EW; 760 Häuser, zerstört 420) sowie Kristiansund (15.000 EW; 1.300 Häuser, zerstört 803). Nur diese größeren Städte erforderten aufgrund ihrer Einwohner- und Gebäudezahl gründlichere planerische Überlegungen. Auch hier aber ließ die dominierende (mono-)funktionale Ausrichtung auf den Hafen Zielkonflikte in der Flächennutzung kaum aufkommen, und die notwendigen Verkehrsstrassen für Eisenbahn und Kraftwagen boten im felsig-zerklüfteten Land zwar immense technische, aber noch kaum planerische Schwierigkeiten. Und schließlich schränkten sehr kräftige naturräumliche Voraussetzungen (Flussmündungen; schroffe Berghänge) alle Planungen in ihren denkbaren Varianten stark ein.

- 4 H. Stephan, Der Wiederaufbau norwegischer Städte, in: Die Baukunst (Beilage zur Zeitschrift: Die Kunst im Deutschen Reich), München 1942, S. 119-126. Bei der Abfassung des Artikels war Stephan ein in Leinen gebundenes, maschinengeschriebenes Tagebuch wesentliche Gedächtnisstütze; H. Stephan, Reise nach Norwegen. (masch. schr. privates Reisetagebuch) o. O., o. J. [1941]; (Privatarchiv Kiel). Es scheint dies die einzige halbamtliche und halböffentliche Quelle zum norwegischen Wiederaufbau in deutschen Archiven. Eine Überlieferung der GBI zu den Norwegen-Vorgängen existiert wohl nicht; mit der „Chronik Dienststelle Speer“ begann Rudolf Wolters erst ab Januar 1941; A. Deschan, Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters, Berlin 2016, S. 131. Die Chronik befindet sich im BA Koblenz. R 3/1735 ff; Hinweis bei L. O. Larsson, Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin, Stuttgart 1978, S. 96, 118.
- 5 W. Durth/N. Gutschow, Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940-1950. München 1993, S. 289-291, 326-327.

2. Sverre Pedersen und die Pläne von „Brente Steders Regulering“

Zur Planung des Wiederaufbaus rief der norwegische „Administrasjonsråd“ (Verwaltungsrat)⁶ am 1. Juni 1940, also noch vor der Kapitulation, die Planungsinstitution „Brente steders regulering“ (BSR)⁷ ins Leben. Als deren Leiter war kaum ein anderer als Sverre Pedersen (1882-1971)⁸ denkbar: Der auch international höchst renommierte Architekt und Stadtplaner hatte nach dem Examen an „Trondhjems Tekniske Læreanstalt“ (TTL) ab 1902 an der TH Hannover und später der TH Berlin-Charlottenburg studiert. Er war beim Wiederaufbau von Ålesund nach 1904 und ab 1905 in der Trondheimer Bauverwaltung, von 1914 bis 1920 als dortiger „stadsarkitekt“ (oberster städtischer Baubeamter), tätig.

Von 1920 bis zur Pensionierung 1954 bekleidete Pedersen die Professur für „byggningskunst og byregulering“ (Baukunst und Städtebau) an „Norges Tekniske Høgskole“ (NTH), heute „Norges teknisk-naturvitenskapelige universitet“ (NTNU), in Trondheim. Parallel hatte sich Pedersen schon vor 1940 in Wettbewerben und Gutachten mit der „Regulering“ und „Zonenplanung“ für etwa 100 norwegische Ortschaften und Städte beschäftigt. Immer ist sein Bestreben erkennbar, die Terrainbesonderheiten als Ausgangspunkt für die große Linie im Stadtplan-konzept auszunützen; Blickbezüge auf die immer dramatische Landschaftsum-

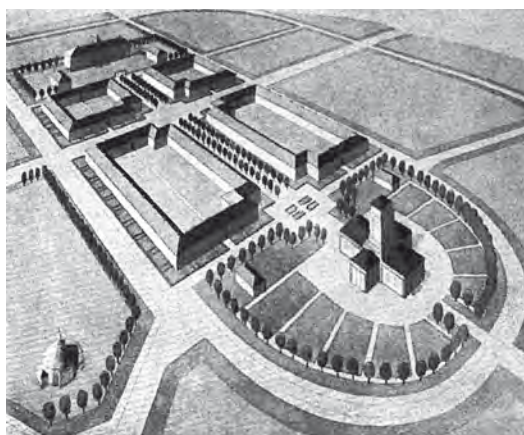


Abb. 1: Namsos; Stadterweiterungsplan von Sverre Pedersen, 1920; aus: *W. Hegemann* (s. A 8), S. 54.

- 6 Nachdem die Königsfamilie und die sozialdemokratische Regierung unter Johan Nygaardsvold (mitsamt dem norwegischen Goldschatz in 1.534 Kisten) noch in der Nacht der deutschen Invasion in den Norden hatten fliehen und bis/am 7. Juni 1940 nach London übersetzen können, bestimmte der Oberste Gerichtshof am 15. April 1940 diesen Rat von sieben hohen Ministerialbeamten als provisorische Regierung.
- 7 Wörtlich etwa „Regulierung der verbrannten (brente) Orte (steder)“. BSR bestand bis 1952 (in der nördlichen Finnmark bis 1955), was den offiziellen Abschluss des norwegischen Wiederaufbaus markiert. Die ersten Monate von BSR nach *S. Pedersen*, *Brente steders regulering* BSR. Noen meddelser om reguleringsarbeidet i de krigsherjede byer og steder, in: *Byggekunst* 25 (1943), Nr. 1, S. 2-12.
- 8 Siehe vor allem die jüngste Monographie *H. S. Tvinnereim*, *Sverre Pedersen: Pioner i norsk byplanlegging*, Oslo 2015; zum frühen stadplanerischen Werk siehe als in Deutschland leicht zugängliche Literatur z. B. *S. Pedersen*, *Etwas über ältere und neuere städtebauliche Arbeiten in Trondheim (Norwegen)*, in: *Der Städtebau* 18 (1921), S. 62-67; *W. Hegemann*, *Sverre Pedersen. Ein Stadtbaumeister des zwanzigsten Jahrhunderts*, in: *Wasmuths Monatshefte für Baukunst* 9 (1925), S. 49-58.



Abb. 2: Kristiansund; Zonenplan Alternative A; „ö“ = die öffentlichen, hell die sonstigen massiven und „x“ = die hölzernen (Wohn-)Gebäude, Stand 1943 (Planvorlage: Robert Øfsti, Steinkjer).

gebung waren ihm „die lyrischen Teile des Stadtplans“.⁹ Unter diesen Prämissen entwarf er kräftige Achsen als Abfolge spiegelsymmetrisch gefasster, bisweilen im Bodenniveau binnen-gegliederter Plätze, wie z. B. für Namsos 1920 (Abb. 1), mit unterschiedlicher geometrischer Grundrissfigur und Bebauungsform, die als Kenn- und Markenzeichen seines ‚klassischen‘ Planungsideals gelten können. Auch die theatralische Inszenierung eines Einzelbauwerks an exponierter Stelle einer Blick- und/oder Verkehrsachse und vor einer wilden Bergstaffage war Pedersen unverzichtbares Instrument. Tatsächlich regt bis heute zu kontroversen Diskussionen an,

9 „Nordmenn interesserer seg ikke for livet i gaten, men for den vide utsikt“ sinngemäß: Norweger interessieren sich nicht für das Leben auf der Straße, sondern für die weite Aussicht; nach S. Flack, Sverre Pedersens byplanideologi, in: Gjenreisning i Sentrum. Vedlegg til Prosjektrapport, Steinkjer 2004/07, S. 11-17; <http://docplayer.me/4453369-Gjenreisning-i-sentrum-vedlegg-til-prosjektrapport-foredrag-m-m-fra-seminaret-lyngstad-arkitekter-as.htm> [07.09.2016].

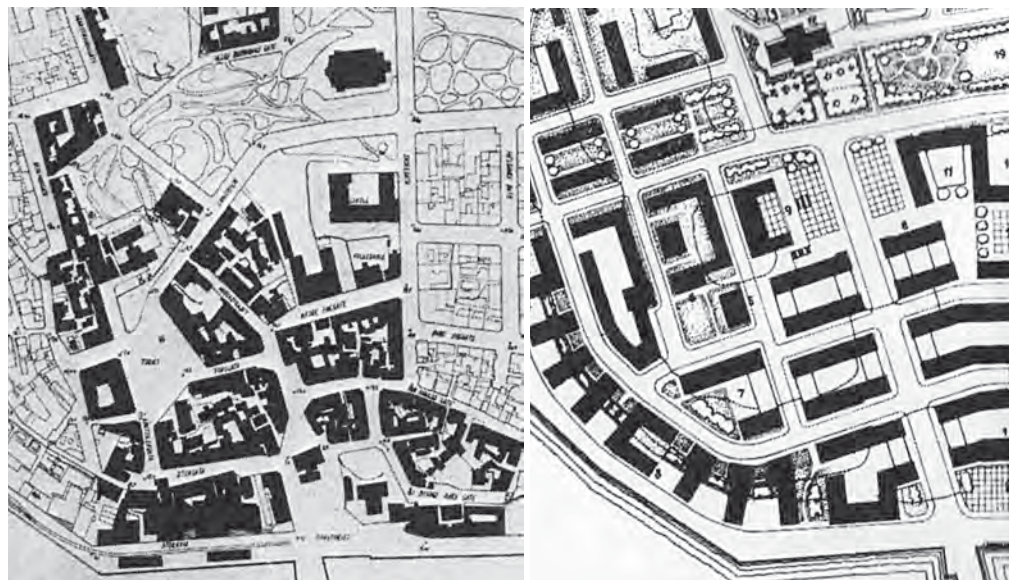


Abb. 3: Kristiansund; Stadtzentrum auf Kirchlandet vor der Zerstörung (links) und in der ersten Wiederaufbauplanung (rechts); aus: O. Borøchstein / P. Ingeberg (s. A 11), S. 50.

wenn „grundsätzlich [...] gegen Pedersens Entwürfe eingewendet worden [ist], daß sie manchmal für kleine Verhältnisse zu feierliche klassizistische Töne anschlagen.“¹⁰ Unzweifelhaft aber muss es Pedersen selbst befremdlich angemutet haben, dass die jungen deutschen Planer im Herbst 1940 glaubten, ausgerechnet ihn über das Prinzip der Achsenbildung im Städtebau belehren zu müssen.

Durch die emsige Arbeit von Pedersen und seinem Lehrstuhl in der Zwischenkriegszeit lag ein Fundus relativ aktueller Bestandspläne für die meisten zerstörten Ortschaften vor. Deshalb gelang es den zur Hochzeit zwanzig Planern und Architekten von BSR in relativ kurzer Zeit, die ersten Wiederaufbaupläne in Form der von Pedersen seit vielen Jahren favorisierten „Zonenpläne“, wie etwa für Kristiansund (Abb. 2),¹¹ vorzulegen. Darin sind den vier verschiedenen städtischen Grundfunktionen weitest möglich voneinander geschiedene Areale zugewiesen: (1) Geschäftszone – Büros und Banken, Ladenlokale und Hotels, öffentliche Ein-

¹⁰ Zumal sich das Wachstum sowohl vor als auch nach dem Krieg nie so rasant entwickelte, wie Pedersen prognostiziert und zugrunde gelegt hatte; W. Hegemann (s. A 8), S. 54.

¹¹ O. Borøchstein/P. Ingeberg, Gjenreisningen av Kristiansund, Kristiansund 2009, S. 55 f; zuletzt C. A. Sylthe, Gjenreisningsbyen Kristiansund. En holmgang mellom tradisjon og modernisme, in: Årbok for Foreningen til Norske Fortidsminnesmerkers bevaring 169 (2015), S. 127-148.



Abb. 4: Bodø; Wiederaufbauentwurf für das Stadtzentrum mit Blick nach Norden, Präsentationsgemälde Jacob Hanssen 1945; Quelle: <http://samling.nasjonalmu.seet.no/no/object/NAMT.jah003.002?invnr=NAMT.jah003.002&start=8> [14.09.2016].



Abb. 5: Namsos; Blick vom „Klumpen“ nach Süden auf den Fjord, Präsentationsgemälde Jacob Hanssen 1943; aus: S. Pedersen (s. A 13), S. 10.

richtungen, (2) Industriezone – Gewerbe, Hafen und Lagerhallen, Meierei und Schlachthof, (3) Wohnzone, (4) Freiflächen – Parks, Friedhof, Sportfelder. Die Zonenpläne werden in Norwegen traditionell durch Perspektivbilder veranschaulicht, die für BSR in großer Zahl der Zeichner und Architekt Jacob Hanssen (1892-1962) aquarellierte (Abb. 4, 5, 7, 8). Darüber hinaus wurden von BSR städtebauliche Massenmodelle im Maßstab 1:1.000 hergestellt.

2.1. Stadtstruktur

Der primär kommerziellen Ausrichtung auf das Meer entsprechend, reiht sich die Bebauung entlang der Küste. Das Zentrum der Stadt mit den öffentlichen Einrichtungen, Büros und Ladenlokalen liegt hinter den am Wasser gereihten wirtschaftlichen Anlagen des Hafens mit seinen Kais, Lagerhallen und Weiterverarbeitungsbetrieben. Die Hauptstraße zieht sich als möglichst wenig gekrümmte Achse entlang der Küstenlinie. Eine oder zwei Parallelstraßen minderer Breite verlaufen in zunehmender Distanz zum Wasser am Hang des ansteigenden Terrains, wie etwa in Bodø (Abb. 4).¹²

¹² G. Jakhelln/O. Berg, Byen vårres. Vandring i Bodø, Bodø 2005; zuletzt S. Aas, Gjenreisningsbyen Bodø. Ein omstridt byplan sosialdemokratiet gjorde til sin, in: Årbok for Foreningen til Norske Fortidsminnesmerkers bevaring 169 (2015), S. 107-126.



Abb. 6: Kristiansund; Haupt-Querachse „Kaibakken“, Lamellenbebauung mit Blick auf den Fjord mit dem Personenanleger (vorne) und der Bogenbrücke über den Nordsund (hinten) als Blickpunkten, Postkarte 1955.



Abb. 7: Narvik; Blick vom zentralen Platz mit der Markthalle von 1928 (Architekt: Harald Sund (1876-1940)) entlang der einseitig zu bebauenden Hauptstraße (R 650, heute E 6), Präsentationsgemälde Jacob Hanssen 1943; aus: *I. Hage* (s. A 1), S. 382.

In den vordem noch nicht ‚regulierten‘ Städten wurde die Kriegszerstörung als Chance zur grundlegenden Neuorganisation des Stadtgrundrisses auf einem möglichst rechtwinkligen Raster geradliniger Straßen genutzt (Abb. 3). Fast ausnahmslos ist eine breite, zentrale Querachse, die im rechten Winkel zur Küstenlinie und zur Hauptstraße vom Fjord bis zur höchsten bebaubaren Erhebung reicht, das entscheidende städtebauliche Motiv der Planungen. Die bisweilen starken Höhenunterschiede bieten Möglichkeiten zur weiteren Steigerung mit der Platzierung weither vom Meer auszumachender Gebäude öffentlicher Nutzung, vorzugsweise des Rathauses, wie in Molde, oder der Kirche, wie in Namsos (Abb. 5).¹³ Auch in Kristiansund entstand mit dem „Kaibakken“ eine zentrale Querachse (Abb. 2, 3, 6), die vom Meer bis zum höchsten Punkt um exakt 12 m ansteigt. Mit der überdurchschnittlichen Breite von 24 m gegenüber den sonst mit 15 m geplanten Straßen der Stadt war „oppfarten“ als Aussichtsachse zwischen einerseits dem Bootsanleger im Mittel- und der Bogenbrücke zum Festland über den Nordsund im Hintergrund (Abb. 6) sowie andererseits am höchsten Punkt eines markanten öffentlichen Gebäudes geplant, das jedoch nie entstand. Die Entscheidung, ob es sich dabei um die Kirche oder um das Versammlungshaus handeln sollte, war stets umstritten geblieben.

In manchen Planungen erreicht die Querachse die Breite eines Platzes. Entsprechend der üblichen Bezeichnung „Torget“ (Markt) sind die (geschlossenen) Markt-

13 S. Pedersen, Reguleringen av det brente sentrum i Namsos, in: *Byggekunst* 25, 1943, Nr. 3, S. 1-16; R. Øfsti, Friske farger og vakre hager. Boligreising i Namsos og Steinkjer 1940-1960, Steinkjer 2013.

und Fischhallen diesem Platz zugeordnet. Zumeist flankieren sie seeseitig den Platzauftakt, wie in Kristiansund oder wie in Molde im Erdgeschoss viergeschossiger Kopfbauten.¹⁴ Den „Torget“ von Molde kennzeichnet eine deutliche Zweiteilung durch den von der küstenparallelen Hauptstraße etwa in Platzmitte gebildeten Höhenversprung. Auch in Narvik ist der für BSR vom freien Architekten Bratlie entworfene zentrale Platz in zwei Höhenniveaus geteilt. Vom unteren zum oberen Niveau führen Treppen beiderseits der hier quer gelagerten, 1928 eingeschossig und stark durchfenstert errichteten, 1940 vom Bombardement verschonten Markthalle (Abb. 7).¹⁵

2.2. Architektur

Die heute existierenden Bauwerke der Wiederaufbauzeit sind unabhängig von ihrer Funktion von nüchterner Sparsamkeit und in ihrer Silhouette von recht flach geneigten und nicht selten schiefer-, sonst surrogat-gedeckten Steilgiebel-dächern geprägt. Die Witterung verlangt möglichst wirksame Verkleidungen der Außenwände.

Die hölzernen Wohnhäuser der Wiederaufbauzeit an den Ortsrändern wurden als freistehende Ein- bis Vierfamilienhäuser von zwei Stockwerken errichtet. Das vorgefertigte „Bindingsverk“ (Fachwerk) aus Nadelholz verdecken innen wie außen über hochwertigen Dämmschichten die schon zur Bauzeit farblich abwechslungsreich gefassten Holzverbretterungen.¹⁶ Demgegenüber sind die Bauten der Geschäftszone Massivbauten, deren unterschiedliche Wandmaterialien (Mauersteine, Beton) unter einem lichtgrau bis beige gestrichenen Putzkleid verborgen sind. An den Hauptstraßen überwiegt die traufenständige Bebauung mit Ladenlokalen im Erdgeschoss und Kontoren, aber auch Eigentümerwohnungen in oberen Etagen. In den kleinen Orten bleiben die Bauten zweigeschossig, im allgemeinen überwiegen jedoch die dreigeschossigen Baukörper, wie etwa in Narvik (Abb. 7) oder an der Kongensgate von Steinkjer (Abb. 8)¹⁷ in geschlossener Reihenbebauung. Eine

14 S. Pedersen, Reguleringen av det brente sentrum i Molde, in: *Byggekunst* 25, 1943, Nr. 1, S. 13-24; H. S. Tvinnereim, *Det nye Molde*, Molde 1988.

15 S. Pedersen, Brente steds regulering BSR. Noen meddelser om reguleringsarbeidet i de krigsherjede byer og steder. Nr. 5: Reguleringen av det brente sentrum i Narvik, in: *Byggekunst* 26/1944, Nr. 10/11/12, S. 85-108.

16 E. Hoem, Svenskehusene på Åndalsnes og Veblungsnes, in: *Årbok for Rauma* 2013, S. 186-197; T. Johnsen, Gjenreisning av Narvik. Innsatsen til Nasjonalhjelpen, Narvik 2005; demnächst ausführlich T. Spohn, *Der Anfang der Zukunft: Schwedenhäuser im Wiederaufbau*, in: M. Rodenberg u. a. (Hrsg.), *Baracke | Behelfsheim | Bauernhof – Notunterkünfte der Kriegs- und Nachkriegszeit 1943-1950*, Bad Windsheim 2017 (in Vorbereitung).

17 Zuletz R. Øfsti, Steinkjer. Ein retrospektiv omdømmestudie av ein gjenreisningsby, in: *Årbok for Foreningen til Norske Fortidsminnesmerkers Bevaring* 169 (2015), S. 167-186.



Abb. 8: Steinkjer; Hauptachse der Stadt (Kongensgata) von Süden mit Blick auf die Türme der Kirche (links) und der Brandstation (Mitte); Präsentationsgemälde Jacob Hanssen 1943; Quelle: <http://www.gjenreisingsbyer.no/slides.php?&showid=10490&startslide=2&nf=1> [14.09.2016].

geschlossene Häuserfront kennzeichnet auch die meisten Marktplätze (Abb. 7) und Querachsen, jedoch wählte Sverre Pedersen dafür bisweilen die rhythmische Anordnung gleicher Baukörper in der Art von „Lamellen“ (Abb. 6), um durch Nord-Süd-Orientierung das im Norden spärliche Sonnenlicht optimal zu nutzen.

Viergeschossige Bauten sind fast ausschließlich auf die Hafensfront beschränkt. Dort wenden großvolumige Baukörper, die gleichsam als historische „brygger“ verkleidet sind, in gleichmäßigen Abständen die Giebelseite dem Wasser zu, wo in den traditionellen Speichern durch Lastenaufzüge in der Giebelspitze alle Geschosse des Gebäudes zu beschicken waren. Mit dazwischen traufständig angeordneten niedrigeren Baukörpern werden sie als „Betonausgaben der alten Kaufmannshöfe“¹⁸ apostrophiert.

Generell ist also die Architektur des norwegischen Wiederaufbaus von einem schlichten Traditionalismus geprägt. Eine der internationalen Moderne der 1950er Jahre entsprechende Formensprache zeigen z. B. in Kristiansund erst das Rathaus von 1953, das Volkshaus am Königsplatz von 1959 und – abseits der dafür ursprünglich vorgesehenen Sichtachse des Kaibakken – die Kirche von 1964.¹⁹

¹⁸ C. A. Sylthe (s. A 11), S. 133.

¹⁹ Auch in Molde entstanden in nunmehr modernistischer Formensprache erst 1957 der Dom auf der höchsten Erhebung und 1966 das Rathaus im Blickpunkt des Torget.

2.3. Die Fertigstellung der ersten BSR-Pläne

Kaum vier Monate nach den Zerstörungen konnte Pedersen am 1. September 1940 in Oslo auf einer Pressekonferenz die ersten Wiederaufbaupläne präsentieren.²⁰ Erst dies rief die deutsche Besatzungsmacht auf den Plan, denn am 7. September erhielt Pedersen einen Brief von „Baurat Luther“.²¹ Dieser handelte als „Leiter der Gruppe Hochbau“²² beim Reichskommissar (RK) Josef Terboven (1898-1945), der am 21. April 1940 norwegischen Boden betreten hatte. Ihm schien die Einbeziehung des „Generalbauinspektors“ (GBI) Albert Speer unverzichtbar. Da Terboven fast zeitgleich am 20. September 1940 die Absetzung von König und Exilregierung, das Verbot aller politischen Parteien mit Ausnahme der faschistischen „Nasjonal Samling“ (NS) sowie auch die Auflösung des Administrationsrates verfügte, zerschlugen sich die norwegischen Hoffnungen auf rasche Entscheidungen und schnellen Wiederaufbau.

3. Die Reisen

3.1. Erste Norwegen-Reise von Hans Stephan

Auf Initiative Terbovens erschien vom 20. September bis 5. Oktober 1940 als Abgesandter des „Generalbauinspektors“ (GBI) Albert Speer einer seiner führenden Mitarbeiter, Hans Stephan (1902-1973),²³ zu einer ersten Inspektionsreise in den Norden

20 „Reist til Oslo m 3 byplaner Molde, Steinkjer, Namsos“ (sinngemäß: „nach Oslo gereist mit 3 Stadtplänen“); nach dem Terminkalender von Sverre Pedersen in: <http://www.gjenreisingsbyer.no/langsteg-narmare-eit-permanent-nasjonalt-senter.4856606.html>, S. 13 [23.09.2016].

21 Bei diesem in den norwegischen wie deutschen Quellen nie anders als „Baurat Luther“ genannten Architekten handelt es sich um den in Mengersgereuth (Thüringen) geborenen Edgar Luther (1908-1972). Nach dem Studium der Architektur 1928-1932 an der TH München und der zweiten Staatsprüfung war er beim Landesbauamt Ansbach beschäftigt. Von dort wurde er zum 10. Juni 1940 „dem Reichskommissar für Norwegen in Oslo zur Dienstleistung zugeteilt und ab 1. Oktober 1942 in die Hauptabteilung Technik Organisation Todt – Einsatzgruppe Wiking“; StA München, ZS-344-6; sowie ebda., PA Abg. 20/120 Jg. 2023 Bd. 1 Nr. 99.

22 Die Abteilung Hochbau war Teil der „Hauptabteilung IV: Technik“ als eine von sieben Hauptabteilungen des RK; zum Verwaltungsaufbau *H. R. Koch*, Der Aufbau der deutschen Verwaltung in Norwegen, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung 3 (1942), S. 40-59, hier S. 48. Wie Edgar Luther, so wurden im Herbst 1942 sämtliche Aufgaben und Beschäftigten der Bauabteilung des RK von der „Einsatzgruppe Wiking“ der Organisation Todt übernommen; *G. D. Hatlehol* (s. A 2), S. 92.

23 Der in Pommern geborene Stephan war nach dem Architekturstudium an der TH Charlottenburg (Diplom 1924) und dem zweiten Staatsexamen bis 1937 im städtischen Planungsamt Berlin beschäftigt, danach beim GBI als Abteilungsleiter zuständig für die Neugestaltung Berlins sowie den Wohnungsbau; ausführlich *L. O. Larsson* (s. A 4); *L. O. Larsson/S. Larsson*, Fröhliche Neugestaltung oder die Gigantoplanie von Berlin 1937-1943. Albert Speers Generalbebauungsplan im Spiegel satirischer Zeichnungen von Hans Stephan, Kiel 2008; nun auch *B. Burtin*, Hans Stephan. Leben und Werk, Diss. Weimar 2013.

Norwegens. Sie führte unter Begleitung von Sverre Pedersen und Edgar Luther durch das kriegszerstörte Land bis hinauf nach Narvik.

Als Ergebnis der Ortsbesichtigungen und Planerörterungen hat Stephan auf verschiedenen Änderungen bestanden. In Åndalsnes etwa müsse der Platz am Hafen „viel straffer“ mit dem Stadtteil auf der anderen Seite der Bahn verbunden werden.²⁴ In Bodø sei die Hauptstraße breiter und eine zweite Querachse anzulegen. In Molde seien die Hauptstraße von 12 auf 18 m sowie der Hauptplatz als „Auffahrt“ vom See weiter zu verbreitern und einerseits mit einem kräftigen Gebäude an der Bergseite und andererseits mit einer „Honnørbrygge“, d. h. einer repräsentativen Bootsanlagestelle in Verlängerung der Mittelachse dieses Platzes, zu bereichern.²⁵ In Narvik kümmerte Stephan „insbesondere die Gestaltung des zentral gelegenen Marktplatzes [...]. Ich Sorge dafür, daß das National-Samlings-Gebäude, das Parteihaus, den bevorzugten Platz erhält, wo ihm eine ruhige Aufmarschfläche vorgelagert werden kann [...]. [Er] steht in der Sicht der Hauptankunftsachse.“²⁶

Über die architektonische Gestalt des Wiederaufbaus scheint zu diesem frühen Zeitpunkt noch kaum diskutiert worden zu sein.²⁷ Immerhin formulierte Stephan Einwände gegen Flachdachentwürfe in Bodø und Kristiansund, wo der städtische Architekt Arne Korsmo die Zeichnungen von Pedersen in Richtung eines „modernen Funktionalismus“ mit einigen Flachdächern modernisiert hatte.²⁸ Am „Torget“ von Molde wünschte Stephan – statt der von BSR vorgesehenen „Lamellenbebauung“ – eine geschlossene traufständige Bebauung.²⁹ Verallgemeinernd ging es Stephan um 1. umfassende Zonenpläne mit einwandfreier Flächen- und Verkehrslösung, 2. die „Herausarbeitung des Gemeinschaftsgedankens in einer betonten und harmonisch hervorgehobenen Ortsmitte“, 3. eine gute Gesamtansicht zum Wasser, und 4. um eine „im Übrigen lockere Bebauung entsprechend der norwegischen Tradition.“³⁰

Diesen Zielen dürfte keiner der Zeitgenossen widersprochen haben, und so werden tiefer gehende Widersprüche zwischen den Plänen von BSR und zumindest denen von Pedersen und den Vorstellungen von Stephan nicht erkennbar. Dies

24 H. Stephan, Wiederaufbau der norwegischen Städte (Offizieller Bericht über die Reise nach Norwegen vom 20. September bis 5. Oktober 1940), o. O. [Berlin], o. J. [1940], S. 5.

25 H. S. Tvinnereim (s. A 14).

26 H. Stephan (s. A 4), S. 75.

27 Es verzögerte dann aber jegliche Umsetzung der Pläne, als Stephan im Herbst 1940 grundsätzliche Aussagen zur Architektur des Wiederaufbaus zur Voraussetzung seiner eigenen Zustimmung zu den Zonenplänen machte und im Februar 1941 zusätzlich die skizzenmäßige architektonische Ausarbeitung der Gebäude forderte; S. Pedersen (s. A 7), S. 10.

28 S. Aas (s. A 12), S. 115; H. S. Tvinnereim (s. A 8), S. 307 f.

29 H. S. Tvinnereim (s. A 14).

30 H. Stephan 1942 (s. A 4), S. 120.

kann angesichts des gemeinsamen Bezuges auf die (Sicht-)achsen und Symmetrien des klassischen Städtebaus kaum wundern. Gemeinsam ist Pedersen und Stephan deshalb auch die Begeisterung für den Wiederaufbau Trondheims 1681 nach dem Plan des Militäringenieurs Johan Caspar von Cicignon (1625-1696).³¹ Während allerdings Pedersen ausschließlich den städtebaulichen Entwurf verehrte, hob Stephan besonders die „autoritären Vollmachten“³² hervor, die für Cicignon zur Umsetzung unumgänglich gewesen seien.

Tatsächlich war es wohl – wo nicht reine Demonstration der Macht – in erster Linie diese Frage der Umsetzung, in der sich die Vorstellungen der Besatzungsplaner von denen der an den örtlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten orientierten Norweger grundsätzlich unterschieden. Der RK jedenfalls genehmigte am 12. Juni 1941 die „Verordnung über die Wiederaufbauarbeit [...] [nach der] die Gemeinden Vollmacht [erhalten], das gesamte zerstörte Gebiet zu enteignen und unter den Grundstückseigentümern neu zu verteilen.“³³

Die erste Reise Stephans hatte mit einem „Zusammentreffen mit norwegischen Architekten, Ingenieuren und Juristen“ am 3. Oktober um 15:45 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Storting in Oslo geendet. Vor fast 100 Teilnehmenden dozierte Stephan über die deutschen Wiederaufbauvorstellungen; er „versuchte ihnen klar zu machen, dass das Schicksal, welches einige norwegische Städte betroffen habe, dazu benutzt werden muss, etwas wirklich Einwandfreies und für die Zukunft Gültiges zu schaffen. [...] Es handele sich bei unseren Bauaufgaben um eine gemeinsame europäische Aufgabe, die nicht mit den bisherigen Methoden eines betonten Individualismus und mit den Mitteln des in Norwegen noch so beliebten sogenannten ‚Funktionalismus‘ gelöst werden könne. Ich erklärte die Grundgedanken einer gesunden Stadtplanung am Berliner Beispiel [...], wobei ich neben der Notwendigkeit einer einwandfreien Verkehrslösung vor allem die Bedeutung der Stadtmitte als Ausdruck der städtischen Gemeinschaft herausstellte.“ Er deklarierte die Pläne des BSR zur „wertvollen Vorarbeit. Es würde aber falsch sein, auf dieser Grundlage jetzt losbauen zu wollen, ehe sie nicht nochmals gründlich überarbeitet würden.“³⁴ Tatsächlich hatte Stephan bereits wenige Stunden zuvor in Gesprächen mit RK Terboven und dem norwegischen Staatsrat Albert Hagelin (1881-1946)³⁵ den

31 Geboren in Oberwampach (Luxemburg) und gestorben in Frederikstad (Norwegen) stand Cicignon ab 1657 in venetianischem, ab 1662 in dänischem Militärdienst, den er als Generalmajor beendete; *M. R. Bårdsen, Cicignon in Trondheim, Trondheim 2014.*

32 *H. Stephan 1942* (s. A 4), S. 119.

33 *H. Stephan 1942* (s. A 4), S. 126.

34 *H. Stephan* (s. A 24), S. 43.

35 Der in Deutschland ausgebildete Opernsänger und Architekt wurde 1936 „NS“-Mitglied und von 1940 bis 1944 Innenminister; https://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Viljam_Hagelin [02.06.2016].

Baustopp erwirkt. Nach Darstellung von Stephan vertrat Terboven die Auffassung, „Norwegen gehöre jetzt zum großdeutschen Raum und die neu aufgebauten Stadtteile sollen später zeigen, dass sie unter deutscher Führung einwandfrei aufgebaut seien. Er wolle den Norwegern aber das Gefühl der eigenen Sache lassen. [...] Auch RK meinte, dass man Pedersen nicht ausschalten solle, war aber sehr einverstanden, dass junge Kräfte ausserdem in Arbeitsgemeinschaften mitgezogen werden. [...] Die norwegischen Architekten könnten ihre Aufgabe erst nach einem gründlichen Besuch in Deutschland in Angriff nehmen.“ Stephan konnte mitteilen, „dass Herr Speer bereits die Betreuung und Schulung der norwegischen Architekten in Deutschland in Aussicht genommen habe“³⁶ und verkündete dies auch in der folgenden Nachmittagsversammlung.

3.2. Die Reise der norwegischen Architekten ins Deutsche Reich 1940

Die im Oktober vereinbarte Reise norwegischer Architekten ins Großdeutsche Reich fand nur wenige Wochen später vom 2. bis 28. November 1940 statt. Die Reisegruppe umfasste 17 Kollegen mit Sverre Pedersen an der Spitze.³⁷ Neben dem allgemein-touristischen Programm der Altstadtbesichtigungen galt das Hauptaugenmerk den Neubauten ‚der Bewegung‘, die zumeist von den maßgeblichen Planern und Architekten (soweit bekannt, in Klammern genannt) präsentiert wurden.³⁸

Erste Station war Berlin, wo der Vormittag des 4.11. der Besichtigung und Besprechung der norwegischen Wiederaufbaumodelle vorbehalten war. Zuvor wurden der Pariser Platz (Hans Stephan) und danach das Reichssportfeld (Werner March), am nächsten Tag die Reichskanzlei (Hans Stephan) und das „Tunnelkreuz“ (Dr. Schulz), nachmittags Potsdam besichtigt. Der 6.11. führte nach einem Vortrag der DAF in die Heinkel-Siedlung nach Oranienburg, zur Reichsautobahn (Fritz Todt) und zum Neubau des Flughafens Tempelhof (Ernst Sagebiel). An den

36 H. Stephan (s. A 24), S. 38 f.

37 Die folgenden Angaben nach einer Akte mit den Reiseunterlagen (Reiseverlauf, Besichtigungsobjekte, Informationspartner, Rahmenprogramm) Pedersens in seinem Privatarchiv. Dieses ist norwegischer Teil des UNESCO-„memory of the world“ im Archiv der Universität Trondheim, das im ungenutzten „Dora 1“, einem deutschen Betonkoloss als Hangar für sieben U-Boote aus der Besatzungszeit, verwahrt wird: NTNU arkiv, Tek 28 Sverre Pedersen LO 472 Reisen Tyskland. Das Findbuch des Bestandes bei B. Li, S.P. arkiv. Katalog over Privatarkiv nr. Tek 28, Trondheim 2003.

38 Die Reise der norwegischen Architekten ist ebenso Propaganda für die Planungsideale des Nationalsozialismus wie die jüngst in Erinnerung gerufene Wanderausstellung der Jahre 1940 bis 1943: J. Düwel/N. Gutschow, Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940-43. Die Ausstellung Neue Deutsche Baukunst von Rudolf Wolters, Berlin 2015; siehe auch die Besprechung von H. Bodenschatz in: Forum Stadt 3/2016, S. 306-310. Allerdings wurden den Norwegern nicht allein die monumentalen Repräsentationsbauten sondern z. B. auch die in der Ausstellung weitgehend fehlenden Wohnsiedlungen präsentiert.

drei folgenden Tagen wurden vorrangig Siedlungen in Bremen und Braunschweig (Lehndorf: Kurt Piepenschneider; Mascherode: Julius Schulte-Frohlinde) besichtigt. Nach einem Ausflug in den Harz standen am 11.11. die Bauten der Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben, am 12.11. Magdeburg und am 13.11. Nürnberg mit dem Reichsparteitagsgelände (Walter Brugmann) auf dem Programm. Nach drei Tagen in München (Begrüßung durch Hermann Giesler) mit u. a. dem „Haus der Deutschen Kunst“ und dem „Führerbau“ am Königlichen Platz führte die Reise vom 18. bis 22.11. über Linz (unausgeführte Planungen für das Harter Plateau in Leonding, dem Wohnort Hitlers kurz nach 1900) besonders zu den Siedlungsbaustellen der „Reichswerke Hermann Göring“ in der Ostmark (Steyr und Admont am 20.11., Eisenerz und Troifach bis Leoben am 21.11., Fohnsdorf/Judenburg am 22.11.). Der Besuch in Wien vom 22. bis 25.11. war nach der Begrüßung durch Hanns Dustmann und dem Vortrag von Hans Stephan über das „Das Bauen im neuen Deutschland“ eher touristisch ausgerichtet.

Unter dem von Sverre Pedersen sorgsam überlieferten Schrifttum findet sich handschriftlich in Deutsch ausformuliert seine Dankesrede beim Empfang in der Münchner Ratstrinkstube am 15. November. Pedersen dankte für den bisherigen Verlauf der Reise mit der Vorbereitung durch Stephan und Venediger. Vom bisher Gesehenen benennt er das vorgeführte Neue, rühmt dagegen das Alte; z. B.: „Wir haben die Monumentalität der Neubauten [...] des dritten Reichs in der Reichshauptstadt kennen gelernt. Von der Schönheit Potsdams genossen“. Man habe gesehen, wie die schöne Altstadt Braunschweigs saniert werde und daneben „neue Großstädte im Entstehen, wie man es kaum anderswo in der Welt sehen kann.“ Und nun München: Die Hälfte seiner Rede (zwei der vier Seiten in der schriftlichen Fassung) war ein Schwelgen in Erinnerung an die großen Namen von Architektur und bildender Kunst in der Stadt und an deren Bedeutung für Norwegen: „Viele sind die norwegischen Maler, die hier studierten, lernten, angeregt wurden und vom frischen Geist der Stadt genossen.“

Er nennt einige und als Kulminationspunkt der Rede den „grössten Künstlernamen Norwegens – HENRIK IBSEN, der [...] mehrere von seinen unsterblichen Dramen hier schuf.“ In neuester Zeit aber sei noch etwas hinzugekommen „und wir ahnen perspektivisch neue kräftige Linien in dem Gesicht der Stadt. [...] Wie [die] Isar in Schlingen durch die Stadt braust und dem Stadtplan einen kräftigen Zug gibt, wie die Nymphenburger Axe sich klar und deutlich in den Großstadtplan eingefügt hat, so wird sich ein neuer monumentaler Zug in dem Stadtbild allmählich geltend machen. [...] Die Zeit der grossen Ordnung ist zu der Stadt gekommen mit ihren Merkmalen, die von Wucht und Schönheit getragen sind.“ Diese höfliche Rede dürfte verstanden worden sein: Ein Nationalsozialist hätte anders gesprochen.

Die Rückreise war mit einem neuerlichen Halt in Berlin verbunden. Bei einer Besprechung wurden die Planänderungen, die Pedersen seit Oktober vorgenommen hatte, von Stephan abgesegnet. Pedersen soll sich damit auch in seiner Funktion als Leiter des BSR bestätigt gefühlt haben.³⁹ Die Reise endete mit dem offiziellen „Abschiedessen des Generalbauinspektors der Reichshauptstadt für die norwegischen Architekten zum Abschluß ihrer Studienreise in Deutschland – Berlin, am 26. November 1940 im Hause der Kameradschaft der deutschen Künstler“.⁴⁰ Am 28. November 1940 kehrte die Gruppe wohlbehalten nach Oslo zurück. Sverre Pedersen resumierte: „Det var en av de interessanteste studiereiser jeg har hatt“.⁴¹

3.3. Zweite Norwegen-Reise von Hans Stephan

Eine zweite Reise Stephans nach Norwegen ist für den Mai 1941 zu erschließen. An einem Treffen vom 4. bis 16. Mai in Oslo zur Plandurchsicht und Genehmigung nahmen von deutscher Seite Stephan und Luther sowie von norwegischer Seite neben Pedersen und „Riksarkitekt“ Hans Frederik Crawford-Jensen (1882-1947)⁴² auch die bei BSR beschäftigten Architekten Erik Rolfsen (1905-1992),⁴³ Arne

39 H. S. *Tvinnereim* (s. A 8), S. 286 f.

40 Nach der Tischordnung nahmen aus Norwegen mindestens teil: „Holger Bratlie (1897-1958), Wilhelm K. Essendrop (1893-1971), Karl Grevstad (1900-1975), Hansteen (?-?), Claus Hjelte (1884-1969), Nils Holter (1899-1995), John Horntvedt (1913-1993), Alfred Minsos (1910-1990), August Nielsen (1877-1956), Arne Pedersen (1897-1951), Prof. Sverre Pedersen, Øivind Pettersen (1903-?), Erik Rolfsen, Thomassen (?-?), Erlend Tryti (1885-1962), Torleiv Valand (?-?); neben Minsos gehörten, wie sich später erwies, auch Bratlie und Essendrop dem NS an. An deutscher Architekten-Prominenz gaben sich wenigstens Werner Hebebrand (1899-1956), Edgar Luther, Otto Meyer-Ottens (1897-1953), Herbert Rimpl (1902-1978), Walter Tralau (1904-1975), Joachim Venediger und Rudolf Wolters (1903-1983) sowie die Herren Below, Füller, Hermann, Impekoven, Ipsen, Jansen, Lehmann, Leppla, v. Monkiewitsch, Rimner, Schawer, Waskönig, Wunderlich die Ehre.

41 Sinngemäß: „Das war eine der interessantest[e] Studienreise[n] die ich [je] hatte“; nach H. S. *Tvinnereim* (s. A 8), S. 287.

42 Dieser hatte 1910 bis 1917 ein Architekturbüro in Leipzig geführt und war mit zuerst klassizistischen, später funktionalistischen Entwürfen hervorgetreten; seit 1937 höchster Baubeamter der Verwaltung staatlicher Bauten; https://nkl.snl.no/Hans_Fredrik_Crawford-Jensen [09.09.2016]; https://en.wikipedia.org/wiki/Norwegian_Directorate_of_Public_Construction_and_Property [30.1.2016].

43 Rolfsen hatte 1930 das Architekturstudium u. a. bei Pedersen an der NTH abgeschlossen. Er war 1932 Mitbegründer der „Socialistiske arkitekters forening“ (und Redakteur von deren Zeitschrift „Plan“) und nach dem Krieg (zusammen mit u. a. Sverre Fehn, Geir Grung, Arne Korsmo, Christian Norberg-Schulz) der funktionalistisch orientierten „Progressive Architects Group Oslo Norway“ (PAGON); <https://no.wikipedia.org/wiki/PAGON> [01.09.2016]. 1940 wurde er als Mitarbeiter von BSR zuständig für den Wiederaufbau von Kristiansund. Ende 1942 emigrierte Rolfsen über Schweden nach London und wurde Berater der Exilregierung für Bau- und Planungsfragen. Von 1945 bis 1947 war er Leiter des BSR und danach bis 1973 des Planungsamtes der Hauptstadt Oslo; https://no.wikipedia.org/wiki/Erik_Rolfsen [01.09.2016].

Korsmo (1900-1968),⁴⁴ Claus Hjelte (1884-1969),⁴⁵ John Horntvedt⁴⁶ sowie Øyvind Pettersen teil. Insgesamt soll Übereinstimmung geherrscht haben, jedoch wollte Stephan das Zentralgebäude der Städte jeweils „als Symbol der nationalsozialistischen Gemeinschaft“ hervorgehoben wissen.⁴⁷

3.4. Dritte Norwegen-Reise von Hans Stephan

„Es ist seit meinem Mai-Besuch eine wirklich fleißige Arbeit geleistet worden. [...] Mit Ausnahme des Planes für Bodø können wir jetzt mit den städtebaulichen Entwürfen im großen und ganzen wohl zufrieden sein“, leitete Stephan den ausführlichen Bericht über seine dritte Reise vom 1. bis 19. Juli 1941 ein,⁴⁸ bei der ihn sein jüngerer Kollege Joachim Venediger (1911-1994)⁴⁹ begleitete. Stephans Reisebericht enthält vor allem Bemerkungen zu Landschaft, Reiseverlauf und Witterung sowie zur Stimmung im Land, die er als überwiegend reserviert, wenn nicht, wie im Westen des Landes in und um Bergen, als offen deutschfeindlich erlebte. So ist ihm ein Zusammentreffen wie mit dem Architekten Fred Minsos⁵⁰ eine besondere Freude, den er als „einen der jungen Ausnahmenorweger“ charakterisiert, „die begeisterte Nationalsozialisten und restlos prodeutsch sind.“⁵¹

Die Reise in den Norden bis Tromsø, bei der ihn erneut Edgar Luther und in einzelnen Etappen Sverre Pedersen sowie bisweilen einige BSR-Mitarbeiter begleiteten (Abb. 9), führte zu Besprechungen über den Wiederaufbau in Bodø am 8. Juli

44 Korsmo ist ein prominenter Vertreter des Funktionalismus in Norwegen. Er war von 1940 bis 1942 als Stadtarchitekt mit den Wiederaufbauplänen von Kristiansund befasst und ging danach als freier Architekt ins Exil nach Stockholm; https://no.wikipedia.org/wiki/Arne_Korsmo [07.09.2016].

45 Hjelte, der in Stockholm studiert hatte, war bei BSR als „unverzichtbarer Mitarbeiter“ Pedersens zuständig für Namsos und Steinkjer.

46 Horntvedt, geboren in New-York, hatte an der NTH studiert. Als „persönlicher Mitarbeiter“ Pedersens war er bei BSR zuständig für Kristiansund. Er soll in der Besatzungszeit die illegale Zeitschrift „Everybody's Weekly“ betrieben haben. Danach war er Privatarchitekt in Tønsberg.

47 H. S. *Tvinnereim* (s. A 8), S. 345.

48 H. *Stephan* (s. A 4), S. 143 f.

49 Venediger war nach dem Architekturstudium in Berlin unmittelbar Hans Stephan zugeordneter Mitarbeiter der GBI; freundliche Mitteilungen des Sohnes, Dipl. Ing. Jörg Venediger (Meldorf), am 31. Mai 2016.

50 Fred Minsos, als Enkel eines norwegischen Missionars auf Madagaskar in Kanada geboren, studierte Architektur u. a. in Stuttgart bei Bonatz und trat während der Besatzungszeit mit glühender Begeisterung für den Führer hervor („Man erkennt klar und sicher, wie notwendig ein Umbruch in der Geisteshaltung der noch immer störenden liberalen Denkart ist [...] die zielbewußte Überleitung der Stadtplanung in gesunde, denkrichtige und der Volksgemeinschaft dienende Bahnen [...]“; F. *Minsos*, *Ausblick*, in: *Die Baukunst*, München 1942, S. 127. 1947 übersiedelte Minsos nach Edmonton (Kanada) und betrieb mit dem in Norwegen geborenen Architekten Rensaa ein wohl recht erfolgreiches Architekturbüro, dessen Arbeiten in den 1960er Jahren auffallend oft in der deutschen Architekturzeitschrift „Baumeister“ dargestellt wurden.

51 H. *Stephan* (s. A 4), S. 145.



Abb. 9: Reisegruppe vor dem „Bjørums-Klumpen“ in Namsos; von links: John Horntvedt, Edgar Luther, Sverre Pedersen, Claus Hjelte; Fotograf wohl Hans Stephan, Oktober 1940; aus: *H. Stephan* (s. A 4), S. 45.

und Narvik am 9. und 12. Juli. In Bergen nahm er am 16. Juli an der Jurysitzung beim Wettbewerb für den dort ebenfalls, jedoch durch britische Bomber, zerstörten Stadtteil Nordnes teil, und den Abschluss bildete am 18. Juli eine Besprechung in den Räumen des BSR in Oslo über mehreren Wiederaufbaumodellen.

Entscheidender Anlass für diese neuerliche Reise war jedoch, was Stephan nebelhaft als die „Trondheimer Aufgabe“ bezeichnete und ihn selbst am 5., 6. und 13. Juli sowie den Mitarbeiter Venediger über zwei Wochen zu eingehenden Besichtigungen der Halbinsel westlich Trondheims führte. Sie ließen Karten und Luftbilder anfertigen, umfuhren die Küste per Boot und bestiegen die beiden mit über 500 m höchsten Berge.⁵² Dies diente der ‚Sachstandsermittlung‘ für ein gigantisches Siedlungs- und Bauprojekt aus der Vorstellungswelt Adolf Hitlers. In seinem „Germanischen Reich deutscher Nation“, das auf dem „pangermanischen Bund“ der Gedankenwelt Kaiser Wilhelms II.⁵³ fußte, sollte nahe Trondheim „wegen der güns-

52 Der Reisebericht enthält ausführliche Geländebeschreibungen und ein Panoramafoto von Storheia nach Westen; *H. Stephan* (s. A 4), S. 21-27, 124; ein Lageplan der Halbinsel, jedoch ohne nähere Erläuterung auch bei *B. Burtin* (s. A 23), Bd. 2, S. 143.

53 Wilhelm II. hatte zwischen 1889 und 1914 im Kreise männerbündischer Nordlandfahrer mit seiner

tigen strategischen Lage der größte deutsche Marinestützpunkt, neben Werften und einer Dockanlage eine Stadt für 250.000 Deutsche, gebaut und dem deutschen Reich eingegliedert werden.“⁵⁴

4. Belastete Planungen? Belastete Personen?

Bereits 1943 scheint in Norwegen klar gewesen zu sein, dass der Wiederaufbau in den zerstörten Ortschaften erst nach Ende des Krieges wirklich in Gang kommen könnte. Dafür waren neben dem Mangel an Baumaterial und Arbeitskräften sowie dem mit Fortgang des Krieges nachlassenden Interesse der Besatzer in erster Linie die Kompetenzstreitigkeiten bei den Planfestsetzungen ausschlaggebend.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 nahmen die meisten Städte die Gelegenheit zu einer Revision der Planung wahr, um den – wie viele meinten – zu starken deutschen Einschlag zurückzudrängen. In Molde etwa stand erneut die als „Aufmarschplatz für deutsche Soldaten“ geeignete Größe und Symmetrie des Marktplatzes zur Disposition,⁵⁵ und in Bodø wurde die Auseinandersetzung um die Platzierung eines zentralen öffentlichen (NS-)Gebäudes in Konkurrenz zur Kirche wieder aufgerollt. Nicht selten jedoch erwiesen sich – wie in Steinkjer – die neuerlichen Planänderungen von 1946 in erster Linie als ein Nachgeben gegen wiedererstarke Interessen der Grundstückseigentümer.⁵⁶

Die zentralen Planungsvorgaben waren demgegenüber geschwächt, hatte sich BSR doch in den Augen vieler durch zu enge Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht diskreditiert. Besonders Pedersen galt in der Öffentlichkeit wegen zu enger Freundschaft mit und zu großer Kompromissbereitschaft gegenüber der Besatzungsmacht als belastet. Mit seinem Rücktritt schon am 1. Juli 1945 wollte er den Wiederaufbau von weiteren Diskussionen um seine Person und seine Planungen entlasten, die in Norwegen bis heute periodisch wieder aufflammen. Als Nachfolger wurde der aus dem Exil zurückgekehrte Erik Rolfsen bestimmt.

Seit den ersten Vorwürfen, die Johannes Borchsenius schon 1944 im schwedischen Exil formuliert hatte, wird die Grundstruktur der Wiederaufbaupläne kri-

Yacht Hohenzollern 26 Mal die norwegischen Fjorde bereist; *B. Marschall*, Reisen und Regieren. Die Nordlandfahrten Kaiser Wilhelms II, Bremerhaven 1991, S. 85 f.

54 A. Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt 1969, S. 196, 540; die Pläne waren noch im Mai 1942 virulent und umfassten – neben den militärischen Anlagen auf 6.400 ha auf 700 ha u. a. 55.000 Wohneinheiten. Für diese Stadt soll die Arbeitsbezeichnung „Nordstern“ sowie bereits ein Geländemodell existiert haben; *J. Helberg/K. Sivertsen*, *Drømmen om Nordstern*, in: *Årbok for Foreningene til Norske Fortidsminnesmerkers bevaring 170* (2016), S. 165-176, hier S. 172.

55 *H. S. Tvinneim* (s. A 14).

56 *R. Øfsti*, *Naziplaner eller nasjonal nybarokk?*, Steinkjer 2010; <https://www.google.de/?client=firefox-b#q=R.+%C3%98fsti+nybarokk> [05.09.2016].

tisiert. Pedersens enger Mitarbeiter Horntvedt etwa monierte schon in der ersten Nachkriegs-Ausgabe der maßgeblichen norwegischen Zeitschrift „Byggekunst“, mit einem Ortskern von würdigem und autoritärem Charakter, mit Hauptstraße und Marktplatz als „Aufmarschstraße und Appellplatz“ entstehe von neuem die Barockstadt des Alleinherrschers.⁵⁷ Kürzlich beschrieb Butenschøn Norwegen im Wiederaufbau sogar als „Kampfarena“ zwischen sozial orientiertem Funktionalismus und monumentaler deutscher Ordnung, die Pläne Pedersens als „große Bühnenbilder im Kurszug für den Führer.“⁵⁸ Demgegenüber sieht Aas die fraglos monumentalen Züge von Pedersens Plänen als Bestandteil eines zeitgenössisch internationalen Trends.⁵⁹ Da zudem diese Züge die Planungen Pedersens schon seit den frühen 1920er Jahren kennzeichnen (Abb. 2),⁶⁰ wäre es unangemessen, sie als Zugeständnis an die Besatzer zu werten; eher passten sie „wie die Hand in den Handschuh des Architekturverständnisses der deutschen Okkupationsmacht.“⁶¹ Tatsächlich hatte Hans Stephan nach seiner ersten Reise konstatiert: „Die einzigen städtebaulichen Entwürfe, in denen man auf Ansätze in unserem Sinne stößt, sind immer noch die von Pedersen.“⁶²

Aus der formalen Nähe der Entwürfe des BSR zu den Vorstellungen der Besatzer ist eine politisch-ideologische Affinität des praktizierenden Christen Pedersen zum Nationalsozialismus keinesfalls abzuleiten. Dies wird offenkundig im Zusammenhang mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde, die ihm bereits im Jahr 1936 zuteil geworden war. Anlässlich ihres 100jährigen Jubiläums war es der TU Darmstadt in erster Linie darum zu tun, ‚nordische‘ Gelehrte zu ehren.⁶³ Neben sechs Geodäten, Chemikern, Mathematikern und Astronomen hatte die Architekturabteilung die Schweden Ivar Tengbom (1878-1968) und Ragnar Östberg (1866-1945) sowie Sverre Pedersen vorgeschlagen. Letzterer habe, wie es dort heißt, „in Deutschland studiert und sich praktisch auszubilden versucht. In Deutschland ist man durch seine städtebaulichen Gedanken und Planungen aufmerksam geworden, die Aufsehen erregten. Die Leistungen sind als höchst ungewöhnliche zu charakterisieren und legen Zeugnis ab über großes Beherrschen und Verstehen der Architektur. Professor Pedersen ist in Deutschland in Ausstellungen und Vorträgen beachtlich

57 Nach H. S. *Tvinnereim* (s. A 8), S. 363.

58 P. *Butenschøn*, Sverre Pedersen – krigen, byplanene og moralen, in: *Arkitektnytt*, Heft 7. April (2010); <http://www.arkitektnytt.no/debatt?page=31> [05.09.2016].

59 S. *Aas* (s. A 12).

60 Siehe z. B. W. *Hegemann* (s. A 8), S. 54.

61 Sinngemäß übertragen aus S. *Flack* (s. A 9).

62 H. *Stephan* (s. A 24), S. 30 f.

63 Siehe *TH Darmstadt*, Technische Hochschule Darmstadt (Hrsg.), *Feierliche Übergabe des Rektorates [für das Studienjahr 1937/38]*, Darmstadt 1937; freundlicher Hinweis von Simon Götz, Universitätsarchiv Darmstadt.

hervorgetreten.“ Eine nationalsozialistische Weltanschauung war bei der Wahl der zu Ehrenden kein Kriterium, jedoch erbat man sich bei den deutschen Gesandtschaften immerhin „Auskunft, ob dieser Herr dem Deutschtum freundlich gegenübersteht und gegebenenfalls, ob man glaubt, daß er diese Ehrung annehmen wird.“ Bezüglich Pedersen hat die Gesandtschaft in Oslo „dann unter der Hand Erkundigungen eingezogen und erhielt von einem Gewährsmann folgende vertrauliche Auskunft: ‚Prof. Sverre Pedersen steht dem neuen Deutschland sympathisch gegenüber. Er ist in seiner Arbeit und seinen Interessen in so gutem Kontakt mit Deutschland, daß er auf eine deutsche akademische Ehrung höchsten Wert legen und sie selbstverständlich annehmen würde.‘“ So geschah es, und Pedersen dankte dem deutschen Gesandten in Oslo mit Schreiben vom 30. November 1936: „Die Ehrung hat mich außerordentlich gefreut, umso mehr, als sie von einem Reich gekommen ist, dem ich vieles von meiner Ausbildung verdanke und wo ich eine Reihe von Freuden habe, die mir immer selbstlos das Beste, was sie auf fachlichem Gebiet wußten, zu jeder Zeit mitteilten.“⁶⁴ Als Bekenntnis explizit zum Dritten Reich ist dieser Brief kaum zu lesen. Dies bestätigt auch die interne Einschätzung, die Hans Stephan vier Jahre später niederschrieb. Pedersen sei „stets deutschfreundlich“, aber „politisch [...] im übrigen ziemlich uninteressiert.“

Dennoch war Pedersen in den Jahren der Besetzung in erster Linie daran interessiert, die Planung des Wiederaufbaus in norwegischen Händen zu halten. Die Abwehr einer Planungsübernahme durch die Deutschen könnte auch der Grund für die tatsächlich erstaunliche Kompromissbereitschaft gewesen sein, die Stephan als weitere Eigenschaft Pedersens entdeckt zu haben glaubte: „In den Details [...] ein bißchen wenig charakterfest scheint er ja zu sein, denn er fragte des öfteren: ‚Wünschen Sie diesen Platz, oder wünschen Sie ihn nicht?‘, ‚Wünschen Sie Giebel, oder wünschen Sie Walmdächer?‘, ‚Sie können beides haben, ganz wie Sie wünschen.‘“⁶⁵ Diese Haltung Pedersens geriet ins Zentrum der ideologisch-moralischen Abrechnung mit dem Nestor der norwegischen Stadtplanung. Als „unnationale Haltung während der Okkupation“ wurde besonders seine Teilnahme an der „für norwegische Architekten unwürdigen“ Studienreise im Herbst 1940 angegriffen, die die „Architektenfront als Teil der Heimatfront“ geschwächt habe.⁶⁶ Hauptankläger wurde „Riksarkitekt“ Knut Martens Sinding-Larsen (1903-1977) in seiner Funktion

64 BArch R 4901/2328. Bezüglich Östberg jedoch wies die Gesandtschaft in Schweden darauf hin, dass „er in zweiter Ehe mit einer Nichtarierin verheiratet ist“; zur Verleihung der Ehrendoktorwürde kam es aufgrund dieses Hinweises nicht. Für den freundlichen Hinweis auf diese Quelle danke ich Melanie Hanel; ausführlich *M. Hanel*, Normalität unter Ausnahmebedingungen. Die TH Darmstadt im Nationalsozialismus, Darmstadt 2014.

65 *H. Stephan* (s. A 24), S. 30 f.

66 *H. S. Twinnereim* (s. A 8), S. 361.

als Sekretär des „Norske Arkitekters Landsforbund“ (NAL). Unvergleichlich konsequenter als in Deutschland hat die 1911 gegründete norwegische Berufsorganisation die Jahre 1940 bis 1945 aufgearbeitet. Entscheidend war der 18. Juni 1941, als – neben 42 weiteren zivilen norwegischen Organisationen – auch NAL nazifiziert und nach dem Führerprinzip als „Norges Arkitektforbund“ (NAF) reorganisiert wurde. Der alte NAL hatte seine Mitglieder aufgefordert, diesen Schritt nicht zu vollziehen, d. h. aus dem NAF auszutreten; der ‚alte‘ NAL wurde als illegales Organ weitergeführt.

Nach der deutschen Kapitulation wurde jeder aus NAL ausgeschlossen, der diesen Schritt nicht vollzog, sondern als NAF-Mitglied Aufträge der Besatzer übernahm. Pedersen wurde nach längeren Debatten das Recht auf Mitgliedschaft für drei Jahre zum 1. Januar 1949 entzogen.⁶⁷ Sinding-Larsen betrieb darüber hinaus die Verweisung Pedersens von seinem Lehrstuhl an der NTH und fand dafür im Wintersemester 1945 demonstrierende Studenten als Verbündete. Letztlich sah sich Pedersen gezwungen, einen ‚Kompromiss‘ der zuständigen Behörde zu akzeptieren: Es hieß nun, er setze seine Lehrtätigkeit bis zum 1. Januar 1949 aus, um Zeit zur Aufarbeitung und Zusammenfassung seines bisherigen Lebenswerkes zu haben.⁶⁸

Mit den Kränkungen Pedersens vergleiche man die Nachkriegsschicksale der drei namentlich bekannten deutschen Akteure im norwegischen Wiederaufbau. Hans Stephan praktizierte nach 1945 als Architekt in einem Unterschlupf Osterode/ Harz, wo sich auch zahlreiche Verwandte und Kollegen einfanden. Ab 1952 kehrte er trotz diverser Proteste in die Berliner Magistratsbauverwaltung zurück; in seiner Bewerbungsmappe hatte er u. a. die abgebildeten norwegischen Wiederaufbaupläne von BSR und Sverre Pedersen als eigene Leistungen deklariert.⁶⁹ 1953 stieg er zum Leiter der Landes- und Stadtplanung und 1956 zum Senatsbaudirektor

67 Pedersen Verhandlung in NAL am 06.11.1945, sein Widerspruch 19.09.1946; *H. S. Tvinneim* (s. A 8), S. 377. Diese von der Berufsvereinigung gezogenen Konsequenzen sind in den letzten Monaten in der norwegischen Öffentlichkeit erneut diskutiert worden. Anlass gab eine 2016 in der „Art eines Kriminalromans“ publizierte Biographie des Bergenser Architekten Leif Grung (1894-1945), bekannt als konsequentester Vertreter des Funktionalismus in der norwegischen Architektur. Dass sich Grung am 2. Oktober 1945 das Leben nahm, steht wohl im Zusammenhang mit seinem Ausschluss aus dem NAL; auch er wurde NAF-Mitglied und war z. B. seit Juli 1941 am Bau des deutschen U-Boot-Bunkers „Bruno“ im Bergener Stadtteil Laksevåg beteiligt; *N. Møllerhaug*, STUPET. Leif Grungs krig, Bergen 2016. Die dazu kritische Debatte z. B. unter <http://www.bt.no/btmeninger/debatt/Nicholas-Mollerhaugs-krig-307170b.html> [30.09.2016].

68 *H. S. Tvinneim* (s. A 8), S. 378-383. Von dem daraus resultierenden, dreibändigen, maschinenschriftlichen Werk (*S. Pedersen, Byplanarbeide i de lyse netters land*“ NOEN NORSKE BYPLANNER. Forslag – Tanker – Ideer. En historisk oversikt, Trondheim 1957) ist mittlerweile der erste Band online verfügbar: <http://www.nb.no/nbsok/nb/bf6315ff8995e917ddf6078c888d373?index=43#5> [20.01.2017].

69 *H. Stephan*, Planbearbeitungen und ausgeführte Arbeiten 1937 bis 1952, o. O. [Osterode], o. J. [1952]; Privataarchiv Kiel.

auf. Die „Interbau 1957“ und das ab 1960 bebaute Falkenhagener Feld, die erste der Berliner Großsiedlungen, gelten als bedeutendste Arbeiten Stephans in der Nachkriegszeit. In demselben Jahr trat er unter politischem Druck zurück.⁷⁰ Stephans enger Mitarbeiter Joachim Venediger (1911-1994) folgte ihm aus der russischen Gefangenschaft nach Osterode. Er wurde dort Leiter der städtischen Bauaufsicht und wechselte 1955 in dieselbe Funktion nach Kiel. Edgar Luther erklomm, im September 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen und im Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ eingestuft, rasch die Karriereleiter im Staatsdienst Bayerns. 1961 wechselte er in die Landeshauptstadt und übernahm auf Betreiben des damaligen Oberbürgermeisters Bernhard Vogel für eine Wahlperiode von 1964 bis zur Pensionierung 1971 das Amt des Münchener Stadtbaurates, verantwortlich u. a. für die Großsiedlung Neu-Perlach.⁷¹

Allerdings hatte auch Pedersen die Genugtuung, in einigen Städten am Abschluss seines Lebenswerkes, dem Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen, wieder unmittelbar beteiligt zu sein. In Molde z. B. wurde er 1955 mit der endgültigen Planung zur Platzierung von Kirche und Rathaus beauftragt. 1957 erhielt der 75jährige eine ehrenvolle Einladung – und dies bemerkenswerter Weise aus Berlin. Der vom Deutschen Bundestag und dem Berliner Senat beschlossene Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ für ein städtebauliches Konzept zum Wiederaufbau der Stadtmitte, den Ost- wie den Westteil umfassend, wurde – rechtzeitig zur Interbau – europaweit ausgeschrieben. Acht Ausländer waren gesondert zur Teilnahme aufgefordert worden, nämlich Ciborowski (Warschau), Le Corbusier (Paris), Gibberd (England), Piccinato (Italien), Rainer (Österreich), Steiner (Schweiz), Markelius (Schweden) – und eben Pedersen (Norwegen). Dass sein Schweizer Kollege oder er mit seinem – wie seit jeher – stark von Achsen geprägten Entwurf einen Preis erringen könnten, hatte Pedersen selbst wohl nicht erwartet: „Vi var begge for konservative. Juryens majoritet var for Moderne.“⁷²

70 Bislang ausführlich *B. Burtin* (s. A 23); sowie *W. Durth*, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992, S. 204, 212, 229, 238, 270, 416; *L. O. Larsson/S. Larsson* (s. A 23).

71 StA München ZS-344-6; sowie ebda., PA Abg. 20/120 Jg. 2023 Bd. 1 Nr. 99.

72 Sinngemäß: „Wir beiden waren für's Konservative, die Mehrheit der Jury für's Moderne“; *H. S. Tvin-nereim* (s. A 8), S. 412; hier (S. 413) auch Pedersens Entwurf abgebildet. Den ersten Preis erhielten Spengelin/Eggelin/Pempelfort und den zweiten Preis Hans Scharoun; <http://www.zeit.de/1957/14/wie-soll-die-hauptstadt-aussehen> [01.12.2016].

Innovation versus Neutralität?

Ansätze für die notwendige Transformation des Wohnungsangebots

Der Philosoph Alva Noe hat einmal im Interview dargelegt, dass man Städte eigentlich als Gestalt gewordene Angewohnheiten sehen könne. „Angewohnheiten befähigen uns, Dinge zu tun, sie machen es aber auch unmöglich, Dinge zu tun. Wir zum Beispiel sind in einem Haus, in dem es Treppen gibt, so dass wir an einige Punkte leicht gelangen können. Aber in jene Richtung können wir nicht, denn dort ist eine Mauer. Wir bauen Strukturen, die uns gleichzeitig behindern und befähigen.“ Tatsächlich ist der Städtebau – dies scheint schon im Begriff selbst angelegt – es gewöhnt, Stadt durch bauliche Eingriffe zu gestalten: Infrastrukturen, Stadtteile, Gebäude. Vielfach jedoch vollzieht sich eine urbane Umwandlung, die sich in radikaler Weise zunächst ohne nennenswerte Veränderung des physischen Raums vollzieht – in Zonen der Schrumpfung, in sogenannten sozialen Brennpunkten oder in Quartieren, die einer forcierten Gentrifizierung unterliegen. Und im Wohnungsbau verhält es sich ähnlich ambivalent: Die Architektur will dem Habitat Form und Gestalt geben; zugleich aber stellt die Wohnung für die meisten das Refugium dar, um eigene Ordnungs- und Wertvorstellungen zu realisieren. Ist es nicht anerkennenswert, wie oft es den Bewohnern im Alltag gelingt, die üblicherweise völlig vordeterminierte Grundrisskonstellation an ihren Lebensstil anzupassen?¹

Eine erste Einschätzung zum Stand der Kunst von Entwurf und Bauen hätte demnach wohl einen resignativen Unterton: Sie wird in der Regel von überkommenen Verhältnissen beherrscht, vom Werk- und Autorenanspruch des Architekten und vom Stückwerkscharakter der Bauproduktion. An beiden hat auch das langsame Vordringen der Informationsgesellschaft noch nichts Grundsätzliches geändert. Freilich wirft das zuvorderst zwei Fragen auf: Zum einen, ob das Verhältnis

1 „Die Ausgangslage scheint eindeutig zu sein. Die Parameter von Grundriss und Lebensform stimmen nicht mehr überein. Der Grundriss gehorcht zum Teil noch den Parametern der Industriegesellschaft, während sich die Lebensformen, entsprechend dem Wandel der Industrie- zur Informationsgesellschaft, diversifiziert haben und den Zusammenhang von Klasse, Familie, Geschlechterrolle und architektonischer Typologie längst hinter sich gelassen haben.“ Vgl. N. Kuhnert/S. Schindler, Houses on Demand – Mass Customization in der Architektur, Editorial in: ARCH+ 158, Dez. 2001, S. 7.

zwischen Raum und Nutzung nicht neu zu denken ist. Zum anderen, ob es neben dem klassischen baulichen Eingriff nicht andere Formen der Intervention gibt, mit der die Entwicklung von Stadt und Wohnen beeinflusst werden können. Planung darf nicht mehr von der Prämisse ausgehen, dass menschliche Bedürfnisse statisch sind – als wäre klar, was der Mensch an materiellen Gütern und Geld ‚braucht‘. Zugleich muss man sich bewusst machen, dass nicht jeder politische Wechsel entscheidende Folgen für den Städtebau hat, nicht jeder soziale Wandel eine Veränderung von Hausform und Wohnung bewirkt, sich nicht jede ökonomische Entwicklung automatisch im Stadtbild niederschlägt, nicht jede technische Innovation Folgen für Architektur und das urbane Miteinander hat.² Die gebaute Stadt entwickelt im Lauf der Geschichte ein Eigenleben. Dabei spielt freilich der Begriff *Transformation* eine entscheidende Rolle, gerade weil er gleichermaßen die Erhaltung des bereits Gebauten wie die Befriedigung neuer Bedürfnisse adressiert.

1. Flexibler Wohnungsbau: Rekurs auf drei Berliner Beispiele

Der Wohnungsbau stellt – folgt man Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ – die neutralisierende Hülle für die „kochende Blase“ der Intimität dar. In der heutigen Konsumgesellschaft freilich gart sie nur noch lauwarm vor sich hin. Denn man kann ja kaum behaupten, dass wir über ein Habitat verfügten, welches sich an verändernde Lebenssituationen anzupassen vermag. Freilich, die Wohnbedürfnisse sind gesellschaftlich kaum klar zu umreißen. Nicht nur ausreichend groß, bezahlbar und kommod, auch flexibel soll es sein, das eigene Heim. Sich in stärkerem Maße an sich verändernde Lebenssituationen anzupassen, ist als wohnungsbaupolitisches Desiderat seit langem erkannt. Die nicht determinierten Räume von Gründerzeitwohnungen mit ihren mehrfachen Erschließungen bieten hier fraglos mehr als die – auf die vermeintlichen Gebrauchsmuster der Kleinfamilie abzielenden – Grundrisse des modernen Wohnungsbaus. Auch die Popularität, der sich *Lofts* bei einem bestimmten, meist freiberuflichem Klientel erfreuen, spricht diesbezüglich Bände. Trotzdem muss man konstatieren, dass sich im Wohnungsbau fast nur im „gehobenen“ Marktsegment etwas bewegt – und dann eher im Service-Bereich mit *Doorman*- oder in *Boarding-House*-Konzepten als bei der Realisierung flexibler Wohnformen.

2 In diesem Zusammenhang sei auf die grundlegende Arbeit einer Forschungsgruppe um Tilman Harlander, Harald Bodenschatz, Gerhard Fehl, Johann Jessen und Gerd Kuhn hingewiesen: *T. Harlander* (Hrsg.), *Stadtwohnen. Geschichte, Städtebau, Perspektiven*, München 2007. Das Werk beinhaltet eine Analyse der städtebaulichen Typen des Wohnens jener sozialen Gruppen, die der „Stadtflucht“ hinaus in Villenkolonien, Gartenstädte und suburbane Einfamilienhausgebiete die dichteren, urbanen Alternativen des Stadtwohnens vorgezogen haben.



Abb. 1: „Estradenhaus“ in der Choriner Straße, Berlin; Architekt: Wolfram Popp; Foto: R. Kaltenbrunner, 2017.

Das mag ein Grund dafür sein, dass Letzteres immer wieder auf der Agenda steht. So hat Kent Larson vom MIT Media Lab vor einiger Zeit eine Idee entwickelt, die er „Brilliant designs to fit more people in every city“³ nannte. Larson ist der Meinung, dass es keine intelligenten Wohnungen gebe. Man müsse, sagt er, vielmehr dumme Wohnungen bauen und sie mit intelligenten Dingen einrichten. Wohin das raumtechnisch führt, zeigt seine Animation eines wandelbaren Apartments. Wir sehen eine Anordnung sich permanent verändernder Räume. Wie von Geisterhand fahren Wände hin und her, mal klappt ein Bett aus ihnen heraus, mal ein Laufband, je nachdem, ob der Bewohner lieber schlafen oder trainieren möchte. Wir sehen multifunktionale Tische, die für zwei Personen ebenso geeignet sind wie für zehn, und Couchlandschaften, die plötzlich verschwunden sind. Wohin, bleibt unklar. In Larsons Hightech-Behausungen definiert die Funktionalität den Wert eines Möbelstücks. Je ausgefeilter die Technik, desto besser.

Es bleibt dahingestellt, ob solche Entwürfe, ein Lebensgefühl optimal zu materialisieren und immer neue, temporäre Hüllen für das bewegliche Ich zu entwerfen, wünschenswert oder auch nur realistisch sind. Allerdings lohnt es, einen Blick auf einige Bauten der jüngeren Vergangenheit zu werfen. Vor rund 18 Jahren

3 Vgl.: <http://www.archdaily.com/286976/tedx-brilliant-designs-to-fit-more-people-in-every-city-kent-larson> [01.07.2017].

ist im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg eine exemplarisch gemeinte Variation des Themas fertiggestellt worden: Das vollflächig verglaste „Estradenhaus“ des Berliner Architekten Wolfram Popp in der Choriner Straße (vgl. Abb. 1). Das bestimmende, namensgebende Element sind die Estraden, womit man im Französischen einen erhöhten Teil des Fußbodens bezeichnet (in einer Höhe von 40 cm und einer Tiefe von 1,80 m verlaufen sie durchgehend vor den Fassaden). Je Etage befinden sich eine 80 und eine 100 qm große Wohnung, die komplett frei von Innenwänden sind; auch Küchen und Sanitärzellen sind weitgehend offen an die Treppenhauswand gestellt. Einzig raumbildendes Element stellt die sogenannte „Kiemenwand“ dar, eine Eigenkonstruktion aus 12 Holzplatten, die sich, jede separat, sowohl schieben als auch drehen lassen, damit Raumkompartimente entstehen. Sicherlich braucht es ein gewisses Bewusstsein, sich auf das Leben in einem ‚Einraum‘ einzulassen – und soweit es sich feststellen lässt, verfügen die Mieter darüber.

Der siebengeschossige Bau fällt zwar gestalterisch aus der Reihe, seine vollständige Offenheit, Transparenz und Variabilität aber sieht man ihm von außen kaum an. Balkone, deren Brüstung aus feinmaschigem Metallgewebe besteht, verlaufen über die ganze Hausbreite und betonen die horizontale Fassadengestaltung. Die wiederum evoziert ein bekanntes Bild und lässt an ein Bürogebäude oder Ähnliches denken. Weit davon entfernt, sich architektonisch zu entsagen, merkt man doch, dass das Ziel der inneren Flexibilität zu einer, sagen wir mal, unsentimentalen Wiederholung der Fassadenstruktur zwingen kann. Es ist die alte Geschichte: Wenn die Begrüßung der „industriellen Massenkultur“ zu den Gründungsakten der Moderne gehört, so dürften die Signaturen des Technischen wichtiger als der tatsächliche Effekt gewesen sein. Nur so lässt sich jenes unentschlossene Lavieren zwischen elementierter Rationalität und ganzheitlicher Ästhetik verstehen, das das Bauen seit nunmehr acht Jahrzehnten entscheidend mitgeprägt hat.

Gelungene Versuche, beides unter einen Hut zu bringen, sind eher selten. Am Schleswiger Ufer in Berlin-Tiergarten indes, unweit des Hansaviertels und des Geländes der Interbau von 1957, zeigt sich dem Ortskundigen ein Objekt, das diesem Anspruch auch im Sinne der Architektur genügen möchte. Obgleich nach über vierzig Jahren noch authentisch präsent, macht es den Anschein, als müsse es beizeiten aus dem Dornröschenschlaf wachgeküsst werden, in den ihn der postmoderne Zeitgeist der 1980er Jahre gewiegt hatte (vgl. Abb. 2). Zur Vorgeschichte: 1965 wurde von der europäischen Montan-Union ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben, der die Konzeption eines industriell zu fertigenden Wohnhauses aus Stahl zum Gegenstand hatte. Den 1. Preis errang der Göttinger Architekt Jochen Brandi. Seine Vision eines langgestreckten, puebloartigen Wohnwalls wurde zwar ein Jahr später auf der Weltausstellung in Montreal stolz einer staunenden Öffentlichkeit präsentiert (noch größer allerdings dürfte das Staunen über Moshe Safdies



Abb. 2: Stähleres Terrassenhaus in Berlin-Tiergarten; Architekt: Jochen Brandi; Foto: R. Kaltenbrunner, 2017.

Raumstruktur dortselbst gewesen sein), aber der nächste Schritt ließ auf sich warten. Als erstes Demonstrativprojekt tatsächlich ausgeführt wurde dann ab 1973 ein fünfgeschossiges Terrassenhaus. Was sich hier, unmittelbar an der Spree in Cityrandlage niedergelassen hat, ähnelt einem schwarzen kubischen Ufo. Gleichsam über den Boden schwebend tritt es als bloßer Solitär in Erscheinung, weitgehend ohne städtebauliche Einbindung und irgendwie ortlos, wiewohl er den Anspruch einer weit über sich selbst hinausgreifenden „Struktur“ erhebt.

Die Sprache des Elementierten, Variablen, Sachlich-Stählernen versucht, den Glauben an Zukunft, den Sieg der Rationalität, Mindestwohlstand für alle und kulturelle Emanzipation durch die Technik zu vermitteln. Monotonie – die immanente Gefahr einer gleichgestalteten Baukastenreihe – sollte mittels frei platzierbarer Fassadenelemente, die leicht austauschbar sind, verhindert werden. Der Versuchsbau, in drei Bauabschnitten realisiert, ist nicht eben visionär, aber gekonnt durchdacht und komponiert. Die Idee der hängenden Gärten ließ sich, durch die Aufschüttung der Terrassen mit Kieseln und Gräsern, durch Bodentexturen mit Holzlattenrosten, so einfach wie eindrucksvoll verwirklichen. Während ein etwa zeitgleiches Bauvorhaben mit durchaus ähnlicher konzeptioneller und konstruktiver Haltung – die „Rostlaube“ der Freien Universität – vehemente Kritik auf sich zog, fand der Versuchsbau Brandis ein durchweg positives Echo.

Umso mehr wundert man sich, dass Brandis Bau anscheinend dem Vergessen anheimgefallen ist. Das mag seiner mangelnden Spektakularität und seiner Un-



Abb. 3: „Wohnregalhaus“ in Berlin-Kreuzberg; Architekten: Kjell Nylund, Christof Puttfarcken, Peter Stürzebecher; Foto: R. Kaltenbrunner, 2017.

aufgeregtheit geschuldet sein. Und neuartig ist die Bauform nur insofern, als der Rhythmus ihrer Primärstruktur und das freie Maßwerk ihres Ausbaus jene Funktionen übernehmen können, die seinerzeit das Denkmodell des Fachwerks erfüllt hat: Nämlich ein zeittypisches, allgemein verständliches und akzeptiertes Ordnungsprinzip darzustellen, das den Rahmen und Maßstab individueller Selbstverwirklichung bildet. In seiner Darstellung indes wirkt der Bau heute etwas indifferent: Stringent und doch ein bisschen zerklüftet, frappant modern und doch etwa antiquiert; leicht und filigran, dabei etwas einschüchternd durch die schwarze Beschichtung der Fassadenpaneele; akzentuiert durch gelbe und rote Elemente, abgehängte Stahlblechlamellen, Markisen sowie weiße Pergolastäbe, die zusammengesteckt den Baukastengedanken bildhaft machen.

An ein Regal, das zu füllen dem Nutzer zwar nicht ganz freigestellt, aber doch ermöglicht wird, erinnert ein ganz anderes Gebäude, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss. Eine variable Struktur und frei disponible Wohnungsgrundrisse waren es, die beim vielbeachteten „Wohnregal“ von Kjell Nylund, Christof Puttfarcken und Peter Stürzebecher in Kreuzberg im Rahmen der IBA 1984-1986 verwirklicht werden sollten (vgl. Abb. 3). Das in der Fachwelt viel beachtete experimentelle Projekt fügt sich fast nahtlos in seine Umgebung ein, indem es – bekrönt von einer mittigen Zinne in Form einer Dachterrasse – mit seinen sieben Geschossen eine Baulücke in der Admiralstraße schließt. Das Gebäude zerfällt zeitlich und konstruktiv in zwei Teile: Zunächst errichtete man ein weitmaschiges Gerüst aus Stahlbetonfertigteilen, das Dach, Treppenhaus sowie Ver- und Entsorgungseinhei-

ten beinhaltet. Der nackten Regale bemächtigten sich sodann die künftigen Mieter, um in Selbstbauweise, aber in Zusammenarbeit mit den Architekten, jeweils zweigeschossige, individuell geschnittene Wohnungen in Holzskelettbauweise einzupassen. Noch heute, nach dreißigjähriger Nutzung, findet dieser Anspruch einen architektonisch zurückhaltenden, wiewohl überraschend vitalen Ausdruck.

Bei allen drei Bauvorhaben – beim einen mehr, beim anderen weniger – gingen die Ambitionen durchaus ins Grundsätzliche, wobei das Spiel immer auf der Möglichkeit vielfältiger Verwendungen weniger gleichförmiger Elemente beruht: Dass aus industriell standardisierten Einzelteilen nicht zwangsläufig jene normierten Bauwerke resultieren müssen, die allorts beklagt werden; dass der Innenausbau nicht von einzelnen Fachleuten oder fabrikmäßig vorgegeben ist, sondern eine vielfältig variable Raumbildung durch die Bewohner und Benutzer selbst zulässt. Es ging, kurz gesagt, um das permanente Angebot des flexiblen Ausbaus, um die Umstellung auf eine variable Wohnweise und ihre sozialpsychologischen Auswirkungen.

Inwieweit freilich die Alltagswirklichkeit mit der Theorie Schritt halten konnte, ist eine offene Frage. Erprobt werden sollte ein Wohnungsprogramm, das seine Maßordnung in den Bedürfnissen des Menschen findet; ein Raumreservoir, das, im Interesse des Benutzers, zur Veränderung freisteht, das verlockt zu eigenen Einfällen, freien Entscheidungen und bewusster Selbstbestimmung. Doch die Bewohner, einmal eingezogen und heimisch geworden, haben die Wände und Ausbauelemente letztlich nicht mehr verändert. Sie haben sich am Schleswiger Ufer und in der Admiralstraße mit der ersten Setzung auf ebensolche Weise arrangiert und Alternativen kaum in Anspruch genommen. Vielleicht ist für ein bedürfnisgerechtes Wohnen weniger die Variabilität des Grundrisses, als vielmehr die Anzahl unterschiedlicher Angebote innerhalb des Hauses oder der Nachbarschaft ausschlaggebend. Und wer weiß, ob nicht unsere Trägheit und Vorgefasstheit stärker als alle finanziellen Restriktionen und alles konzeptionelle Ungenügen ursächlich dafür sind, wie das Wohnungsangebot aussieht und wie es genutzt wird.

2. Architektur, Wohnungsbau, Stadtpolitik: Probleme und Perspektiven

Sieht man einmal vom Problem der quantitativen Verfügbarkeit von Unterkünften ab, so lautet eine entscheidende Frage: Woher wollen wir wissen, wie ‚man‘ in Zukunft wohnen will? So lässt es sich etwa empirisch nicht ableiten, ob man neue Wohnquartiere in ihrem äußeren Erscheinungsbild an möglichst egalitären Wertvorstellungen orientiert oder ob man ein größeres Maß an Differenzierungen der Wertigkeit einzelner Gebiete und Gebäude zulässt. Auch die Entscheidung für offene, auf Kommunikation angelegte oder stärker die Privatheit betonende Baufor-

men ist das Ergebnis einer Wertung. Beide Komponenten, normative Vorstellungen und empirische Analyse von Nutzerbedürfnissen und Nutzerverhalten, gehen als Rohstoff in den Entwurf ein und bilden den Rahmen für den Einzelinvestor. Dabei bleibt jede Empirie denknotwendig auf Vorgegebenes bezogen. Sie kann insbesondere neue, noch in der Zukunft liegende Entwicklungen nicht erfassen. Gerade weil es hier keine abgeschlossenen Antworten gibt, bleibt es immer gefährlich, sich bei Investitionen, die auf lange Frist Geltung behalten, auf einen abgeschlossenen Kanon von Funktionen und Bedürfnissen zu beziehen.

Die Träger des Wohnungsbaus sind – oder verstehen sich als – Teil eines Milieus, das Wohnen habituell buchstabiert. Sie folgen vermeintlich abgesicherten und tendenziell retroaktiven Vorstellungen von Behausung. Sie sind damit in den wenigsten Fällen die Träger von Innovation. Mag man das bürgerliche Familien- und Wohnmodell auch als ein ‚hegemoniales‘ Kulturkonzept werten, so muss man doch sehen, dass die in diesem Modell implizierten Vorstellungen von Lebensqualität sich de facto bis heute als außerordentlich attraktiv erwiesen haben.

Augenscheinlich setzt die ‚Wohnungsproduktion‘ in sich – programmatisch und entwerferisch – eine Auseinandersetzung mit Widersprüchen voraus: Individualisierung versus Massenproduktion, kulturelle Heterogenität versus regionale Identitäten, gemeinsamer Raum versus funktionale Flächennutzung. Insofern kann der Wohnungsbau weniger „Lösungen“ in Aussicht stellen, als mit widersprüchlichen Besonderheiten experimentieren.⁴ Will man darin eine Standortbestimmung vornehmen, dann wäre das Machbare irgendwo zwischen Traumhaus und Fertighaus anzusiedeln. Nachdem bis in die 1970er Jahre hinein der Wohnungsbau einem fordistischen Konzept folgte und Produzenten wie Architekten sich an der Durchschnittsfamilie leitbildhaft orientierten, müssen sich heutige Vorstellungen auf dem schmalen Grat zwischen ‚Norm‘ und ‚Wunsch‘ bewegen. Der vielfache Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen erzwingt ein Umdenken. Neben dem wachsenden Stellenwert, den die energie- und flächensparenden Aspekte einnehmen (müssen), liegt es nahe, für unübersehbare Individualitäten private Spielräume des Wohnens auszureizen.

4 „Eine Architektur, die zu einem zeitgemäßen Einheitsstil verpflichtet möchte, der alle Bereiche des Lebens, Wohnens und Arbeitens gleichermaßen umfasst, unterschätzt die Abwehr und Resistenz der Individuen selbst gegenüber Neuerungen und Veränderungen zum Besseren. Das ungelebte Leben hat den Grad seiner Unterdrückung auch im Wohnbereich, gerade hier, verinnerlicht. Keine Architektur kann nur durch ihr ästhetisches, rationales und vernünftiges Vorbild diesen Mechanismus aufbrechen. Es bedarf dazu noch eines zusätzlichen Hebels, der zur Emanzipation der Bedürfnisse bei der gegenwärtig verdinglichten Gestalt ihrer Befriedigung ansetzt.“ Vgl. P. Gorsen, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre, in: J. Habermas (Hrsg.), Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1979, S. 692 f.

Unter solchen Bedingungen stehen Haus und Wohnung heute am Schnittpunkt von serieller Produktion und individueller Erscheinungsform; sie sind damit zugleich professionell entwickeltes Produkt wie Heimat für einen Lebensabschnitt.⁵ Dabei stellt heute die Erweiterung des Raumangebots den Dreh- und Angelpunkt dar, von dem der vorwiegend auf funktionalen Zusammenhängen beruhende Standard in Frage gestellt wird. Die Wohnung ist nicht mehr ausschließlich im Bereich der Bedürfnisbefriedigung anzusiedeln, vielmehr erwartet man heute von seiner Wohnung Unterstützung bei der eigenen Selbstverwirklichung. Erlebnisansprüche, so der Soziologe Gerhard Schulze, „wandern von der Peripherie ins Zentrum der persönlichen Werte; sie werden zum Maßstab über Wert und Unwert des Lebens schlechthin und definieren den Sinn des Lebens.“⁶

In diesem Zusammenhang stellen sich zudem einige Fragen, die vielleicht banal klingen, für den Erfolg aber von zentraler Bedeutung sind: Wie ordnet sich das eigene Haus ein in ein größeres Gefüge? Wie entstehen einfache Orientierungen? Wo gibt es besondere Merkmale oder Wahrzeichen der eigenen Lebenswelt? Welche Arten von Stadträumen werden durch die Gebäude geschaffen? In welcher Form werden sie für die Bewohner nutzbar? Wie werden sie erlebt und bewertet? In welcher räumlichen Beziehung sollen Autoverkehr und Fußgänger zueinander stehen? Wo kann man spazieren gehen, sich ausruhen, zuschauen, wo kann man am öffentlichen Leben teilnehmen? Ist die Kinderwelt in die Lebenswelt der Erwachsenen integriert oder werden die Kinder abgedrängt in monofunktionale Spielbereiche? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Bauformen, Materialwahl und der Veränderung der Umwelt mit dem Verlauf der Zeit? Wie werden eine Qualitätsstruktur der Wohnung und eine innere Differenzierung von Siedlungen möglich?

Das Fundament eines heute zeit- und aufgabenadäquaten Wohnungsbaus müsste demnach eine größtmögliche Nutzungsneutralität bilden, was jedoch nicht strukturelle Verschwommenheit oder gar Indifferenz bedeutet. Sie erfordert im Gegenteil typologische Festlegungen, die den Gebrauch einer Baustruktur sinnvoll antizipieren können.⁷ Es geht mit anderen Worten darum, eine Lösung zu finden, die die jeweils möglichen Verwendungen der Baustruktur (auch) nach architektonischen Gesichtspunkten konfiguriert: Erschließung, Belichtung, Unterteilbarkeit, Möglichkeiten der Zusammenlegung usw.

5 Zumal das stadtnahe Wohnen ohne verpflichtende Nachbarschaft aktuell eine Art Leitbild darstellt. Doch so wichtig die konzeptionelle und gestalterische Beschäftigung mit dem Wohnungsbau auch ist: Die Frage nach dessen Zukunft ist ohne die Grundstücksfrage nicht zu lösen – worauf Architekten allerdings kaum Einfluss haben.

6 G. Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft*. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. 2005, S. 59.

7 Holzschnittartig gesagt: Eher breite als schmale und tiefe Grundrisse sowie große Spannweiten bieten die besten Grundvoraussetzungen für Nutzungsflexibilität und Anpassungspotenziale.

Mit großer Sicherheit werden die Wohnhäuser der Zukunft vernetzt und in sich ‚mobil‘ sein, und die Einbeziehung modernster Informations- und Kommunikationstechniken wird schon deswegen unabdingbar, weil das ‚Arbeiten‘ von zuhause aus zunimmt. Die Wohnwelt aber muss dafür nicht neu erfunden werden.⁸ Just das hatte der österreichische Architekt Josef Frank bereits 1927 in pointierter Form in seinem Essay ‚Vom neuen Stil‘ deutlich gemacht, der als fiktives Interview verfasst wurde: „A: Der Mensch hat sich seit hunderttausend Jahren nicht verändert, er ist nicht besser und nicht schlechter geworden, nicht höherentwickelt und nicht degeneriert. Auch die Geräte des täglichen Lebens in seiner Umgebung sind deshalb die gleichen geblieben. – F: Und das Automobil und das elektrische Licht? – A: Das Automobil ist noch immer nichts anderes als der Sitz mit den vier Rädern darunter, und das elektrische Licht ist der leuchtende Punkt. Wie sie erzeugt werden und mit welcher Geschwindigkeit sie funktionieren, ist nebensächlich. Das Haus aber ist das primitive Gerät geblieben, das es war, weil sich sein Zweck nie geändert hat. Alle Neuerungen technischer Art können leicht hinzugefügt werden. Die Wohnart gleichgearteter Menschen war immer die gleiche, sie können in alten Häuser gleicher Art ebensogut wohnen wie in neuen, wenn sich die Lebensbedingungen nicht geändert haben. Das aber ist selten der Fall, weshalb wir zu unseren raum- und zeitsparenden Erfindungen greifen.“⁹

Auch die enge Wechselbeziehung zwischen Wohnungs- und Städtebau wird Bestand haben; sie äußert sich u.a. in Standortfragen. Die meisten Menschen sind auf der Suche nach bestimmten Lebensqualitäten (Wohnraumgröße, unmittelbarer Gartenbezug, Spielmöglichkeiten in „sicherer Nähe“ usw.) und richten ihr Verhalten nicht zuletzt danach, wo sie dieses Angebot mit tragbaren Konditionen bekommen. Die meisten Wohnungssuchenden müssen sich in der Regel den Verhältnissen anpassen und in teuren Städten entweder ihre Ansprüche an den Wohnraum (Größe, Lage, Qualität) herunterschrauben oder eine höhere Mietbelastungsquote in Kauf nehmen. Oder etwas außerhalb wohnen. Mit anderen Worten: Gesellschaftliche Bausteine wie Lebensqualität, Wohnlichkeit oder Kultur, kann Architektur allenfalls stimulieren, nicht erzeugen oder gar steuern. Nahelegend ist immerhin, besonderen Wert auf die atmosphärische Qualität einzelner

8 Längst ist eine Gegenbewegung zu erkennen, die Low-Tech in den Vordergrund rückt – verkörpert etwa durch den Architekten Dietmar Eberle und seinem sechsstöckigen Bürohaus ohne Heizung („be 2226“) in Lustenau. In einem Interview bemängelte er: „Wir optimieren die Gebäudehülle, benötigen weniger Energie – und der technische Aufwand dafür steigt ständig. Wir haben immer mehr Systeme, die redundant sind – die Abstimmung wird immer schwieriger. Schließlich: Für die Menschen wird durch die Technik der Kontakt zum Außenraum immer beschwerlicher – oder andersrum: Der Mensch beeinträchtigt die theoretische Effizienz.“ Vgl. *Bauwelt* 27-28, 2012.

9 Zit. n. *J. Spalt/H. Czech* (Hrsg), *Josef Frank 1885-1967*, Wien 1981, S. 179 f.

differenzierter Räume zu legen, deren nicht funktional begründete Unterschiedlichkeit anders als im funktionalen Grundriss vielfältige Bespielungen und Kodierungen durch den jeweiligen Benutzer ermöglicht.

3. Community Building: Antworten durch die Nutzer

Dass aus vielerlei Gründen Eigeninitiative gefragt ist, um in der Stadt heimisch zu werden, ist kaum überraschend. Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist, behauptete schon Victor Hugo. Und nun scheint die Zeit für Baugruppen – zumindest in Deutschland – offenbar reif zu sein. Richtig jung ist der Typus solcher Baugemeinschaften zwar nicht, aber es hat fast zwanzig Jahre gedauert, bis er nicht nur als Alternative zum Erwerb von Wohneigentum bzw. zur Mietwohnung, sondern auch als Instrument der Stadtentwicklung begriffen wurde. Eine stärker ausdifferenzierte Nachfrage auf den Wohnungsmärkten muss heute vielfältige Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigen. Baugruppen und Bauherrngemeinschaften sind zur Umsetzung von nachfragegerechten Wohnkonzepten geeignet, da sie die Bedürfnisse und Wünsche nach bestimmten Nutzungs- und Gestaltungsqualitäten durch die Partizipation der zukünftigen Bewohner (in Bauherrenfunktion, nicht als Käufer) berücksichtigen. Häufig sind es besondere gemeinsame Zielvorstellungen (neue Wohnkonzepte wie Leben und Arbeiten, umweltfreundliches Bauen o.ä.), die gekoppelt mit dem Wunsch nach einer kostengünstigen Realisierung eine Bauherrngemeinschaft ins Leben rufen.¹⁰ Mittlerweile gibt es eine große Bandbreite realisierter Projekte – vom Geschosswohnungsbau bis zum Reihenhaus, von der innerstädtischen Hofbebauung bis zur durchgrüneten Stadtrandlage –, die in Eigeninitiative von Bauherren und/oder Architekten entstanden sind.¹¹ Was kann man diesem Modell zutrauen, und was nicht?

- 10 Das Modell weist drei grundsätzliche Vorzüge auf: (1) Bauherrngemeinschaften bzw. Baugruppen ermöglichen ein frühes Kennenlernen der zukünftigen Nachbarn durch die gemeinsame Planungsphase. Vorfinanzierungen Dritter, Vermittlungshonorare, Vermarktungskosten und Bauträgerumsätze entfallen, wodurch die Gesamtkosten mindestens 15% unter den ortsüblichen Immobilienpreisen liegen. (2) Der direkte und intensive Austausch zwischen Planern und Bauherren erlaubt individuelle(re) Gestaltungsmöglichkeiten und meist qualitätsvolle, hochwertige Architektur – wer selbst nutzt, hat die besten Vorstellungen von dem was er braucht. (3) Bauherrngemeinschaften können bei kleinteiligeren Projekten im Rahmen der Innenentwicklung (Nachverdichtungen; Umnutzungen usw.) willkommene Partner für Kommunen sein, weil solche Projekte für Großinvestoren, Bauträger und Wohnungsgesellschaften meist von geringerem Interesse sind.
- 11 Dabei gibt es unterschiedliche Organisationsformen: (1) In der *freien privaten Baugruppe* schließen sich mehrere Privatpersonen zusammen, mit Ziel der Erstellung eines Gebäudes. Nach Grundstückssuche, Zusammenstellung des Bauprogramms und Beauftragung des Architekten werden alle Bauleistungen beauftragt, abgenommen und abgerechnet. Da die freie Baugruppe alle organisatorischen Bauherrnaufgaben selbst übernimmt, ist ein erhöhter Zeitaufwand von rund 20% not-



Abb. 4: „Baugruppe am Urban“
in Berlin-Kreuzberg;
Foto: R. Kaltenbrunner, 2017.

Eine Initiative, die in den urbanen Alltag interveniert und zugleich ein beträchtliches finanzielles Wagnis einging, stellte die Baugruppe am Urban in Berlin-Kreuzberg dar (vgl. Abb. 4). Unweit eines Hafenbeckens am Langwehrkanal befindet sich das Urban-Krankenhaus aus dem 19. Jahrhundert. Die historischen Backsteinbauten, 19 denkmalgeschützte Gebäude auf einer großen, parkähnlichen Fläche, wurden nach einem längeren finanzpolitischem Poker 2010 an die Bietergemeinschaft „Am Urban“ verkauft. Dabei handelt es sich um rund 100 Parteien: bauinteressierte Familien, soziale Träger und Einzelpersonen, die sich in diverse Baugruppen gliedern. Eine Mischung aus überwiegend Alt- und zusätzlichem Neubau, aus Eigentums- und Mietwohnungen sowie Gewerbeflächen will der seit Jahren andauernden Steigung der Miet- und Eigentumspreise im Kiez entgegenwirken.

Architektonisch spektakulär ist dieses Vorhaben wohl kaum; bemerkenswert ist es deshalb, weil es sich auf das besinnt, was jahrhundertlang die Zentralaufgabe des Städtebaus war: den Um- und Weiterbau. Weil es praktisch und lebensweltlich illustriert, dass ‚Verdichtung‘ den Schrecken verliert, den sie im frühen 20. Jahrhundert heraufbeschworen hat. Nicht zu Unrecht wurden die Baugruppen vom Berliner Senat als „Katalysatoren für urbane Lebensqualität“ gelobt, die nicht nur „die städtische Baukultur durch anspruchsvolle, nachhaltige und individuelle ar-

wendig. (2) Die *betreute private Baugruppe* weist zwar die gleiche rechtliche Konstellation auf, aber Initiierung, Organisation und Steuerung erfolgen durch Dritte. Die Nachteile langwieriger Vorbereitungen bei Grundstücksfindung, Zusammenstellung des Bauprogramms und vor allem der rechtlichen Grundlagen, entfallen. (3) Die *genossenschaftliche Organisation* ermöglicht vor allem eine Wohnraumversorgung von Personen mit niedrigem Einkommen. Genossenschaften unterscheiden sich von privaten Baugruppen durch ein solidarisches Finanzierungsprinzip. Während das Ziel privater Baugruppen die Schaffung von individuellem Eigentum ist, verbleibt das Wohneigentum genossenschaftlich erstellter Gebäude im Besitz aller.



Abb. 5: Baugruppen-Projekt „Strelitzer Gärten“, Berlin.
Architekten: FAT KOEHL; Quelle: http://www.fatkoehl.com/index.php?article_id=31&clang=0 [03.07.2017].

chitektonische Lösungen“ bereichern, sondern auch „eine Bewohnerschaft mit Verantwortungsgefühl und Engagement für das Wohnumfeld“ schaffen. Um solche Potenziale zu nutzen, bedarf es freilich auch eines Umdenkens seitens der öffentlichen Hand.

Auch Hofsituationen erfreuen sich nun einer neuen Beliebtheit, wie es das autofreie Projekt „Strelitzer Gärten“ zeigt, das auf dem ehemaligen Mauerstreifen auf einer kleinen Anhöhe liegt. Acht Architektenteams haben eine abwechslungsreiche Anlage mit 16 zwei- bis dreigeschossigen Hausindividuen auf einem beengtem Hammergrundstück geschaffen. Ein schmaler Wohnweg, der nur für Möbelwagen und Blaulichtfahrzeuge befahrbar ist, führt durch die Stadthausansiedlung an einem kleinen Spielplatz vorbei. Den Auftakt der Reihe bildet ein recht auffälliger Baukörper mit gerundeter Kante, gleichfalls gerundetem Eckfenster und scheinbar frei verteilten Fensteröffnungen, die nach außen keine Stockwerksteilung erkennen lassen. Indem der Architekt Jörg Ebers Räume unterschiedlicher Proportionen und Höhen in einen Baukörper packt, verweist er in gewisser Weise auf den *Raumplan* von Adolf Loos. Arrondiert und gerahmt wird das Projekt durch einen Gebäudetypus, der für eine Baugemeinschaft nicht eben üblich ist: Die eigenwillige Adaption einer Baulückenschließung zwischen zwei konventionellen gründerzeitlichen ‚Mietskasernen‘. Keines der sieben Obergeschosse, die FAT KOEHL Architekten entwarfen, ist mit einem anderen identisch – was sich in der belebten Fassade spiegelt (vgl. Abb. 5). Es gibt für die zehn Parteien kleine und größere Wohnungen, solche mit Innentreppe und zwei Geschossen sowie ein Apartment im Dach. Ein Vorzug aller Wohnungen ist die Lichtfülle durch raumhohe Fenster nach Südwesten. Da indes Balkone an der Straßenfassade aus bauordnungsrechtlichen Gründen nicht erlaubt waren, wurde mit Klappbalkonen operiert, die wie eine Tür nach außen geöffnet werden und dann eine viertelkreisförmige Standfläche bieten. So

öffnet sich im Sommer die Fassade mit vielen Augen, während sie im Winter geschlossen erscheint.

Mittlerweise erweist sich die Szenerie an Baugruppen – zumal in Berlin – als sehr bunt. Sie reicht von linksalternativen, selbst verwalteten Gemeinschaften aus Hausbesetzerzeiten über generationenübergreifendes Bauen und Wohnen bis hin zu kapitalkräftigeren Menschen, die sich zusammentun, um die Kosten für ihre Eigentumswohnungen zu minimieren. Und natürlich lässt sich darüber streiten, ob Wohngruppen und Baugemeinschaften mehr darstellen als eine *quantité négligeable*. Dennoch: All diesen Projekten ist gemein, mehr aus dem Wohnen zu machen, als es traditionelle Angebote zulassen. Sie wollen Gemeinschaft nicht verordnen, sondern Möglichkeiten dazu eröffnen und zugleich eine breite Palette von Antworten auf die sich weiterentwickelnden Wohnwünsche und Lebensstile bieten.

4. Modulares Bauen, Neutralität und Revidierbarkeit

So rasant Gebäudehüllen oder technische Ausrüstung sich auch verändert haben mögen, einen Einfluss auf den Prozess der Herstellung von Wohnbauten übten sie kaum aus.¹² Die Fabrikation von Häusern erfolgt auch heute meist noch altbacken, indem die Konstruktion direkt auf der Baustelle (als Mauerwerk oder in Ortbetonbauweise) erstellt wird. Neubauten werden für gewöhnlich als Unikate geplant und erzeugt. Vorgefertigte Bauteile kommen in großen Stückzahlen allenfalls einzeln zum Einsatz. Selbst Fenster oder Aufzüge werden zumeist individuell für die jeweilige Baumaßnahme in ihren Abmessungen hergestellt. Und auch beim Innenausbau von Wohnungen sieht es kaum besser aus. Die Folge: Der geringe Grad der Standardisierung erschwert während des gesamten Lebenszyklus spätere Modernisierungsmaßnahmen, da für jedes Projekt wiederum maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln sind. Doch es ist möglich und nötig, preiswerte und nachhaltige Systembauweisen mit industrieller Grundstruktur zu entwickeln, die architektonischen und stadträumlichen Kriterien dezidiert standhalten, zudem die gesamten Lebenszykluskosten einbeziehen. Der Einsatz intelligenter, adaptiver Haustechniksysteme – vorkonfektioniert, reversibel, bauteilintegriert – muss dem Prinzip der

12 Bereits Ende der 1920er Jahre schrieb Sigfried Giedion in seiner berühmten Streitschrift für das „befreite Wohnen“ gegen das „Haus mit dem Ewigkeitswert“ an, das „Haus mit den dicken Mauern“, das „Haus als Monument“. Vgl. S. Giedion, *Befreites Wohnen*, Zürich 1929. Nicht mehr ganz so positivistisch argumentiert Giedion dann 1948 in seinem großen Buch ‚Mechanization Takes Command‘, in dem er den Versuch unternimmt, F. Taylors „Principles of Scientific Management“ von 1911 in den Kontext von Architektur und Gesamtkultur der Moderne zu stellen.

Trennung von Roh- und Ausbaustrukturen folgen. Just-in-time-Prozesse erleichtern die Logistik, etwa bei Baulückenschließungen. Offene Bausysteme erlauben durchaus die Verknüpfung unterschiedlicher Materialien und differenter Elemente, um anspruchsvolle Architektur zu generieren. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit müssen jedoch bereits im Entwurf spätere Nutzungsanpassungen antizipiert werden. Allerdings setzt das vernetzte Denken und Planen voraus. Augenscheinlich bewirkt die Fülle von Vorschriften, verstreuten Innovationen und neuen Materialien, dass Architekten und Bauherren in der Regel auf bewährte Bauverfahren zurückgreifen.

Jedenfalls bleibt zu hoffen, dass das Schlagwort von der „Masse statt Klasse“ sich umkehrt, und die Nachfrage nicht bloß durch billigere Bauproduktion bedient wird. Und solange sich die Lebensweisen in unserer Gesellschaft weiter ausdifferenzieren, werden die Anforderungen an die Flexibilität der gebauten Umwelt – insbesondere unserer Wohnformen – steigen. Wie aber wird man dieser Flexibilität im Wohnbau gerecht? Die meisten Versuche, technische Antworten auf dieses Problem zu finden, waren aus sozialen und ökonomischen – aber auch technischen – Gründen wenig erfolgreich. Es handelte sich in aller Regel um sehr teure Lösungen wie zum Beispiel flexible Wände, die Probleme mit dem Schallschutz und den Installationen mit sich brachten. Der entscheidende Nachteil dieser technisch verschiebbaren Wände liegt aber wahrscheinlich in seinen sozialen Grenzen. Denn die einzelne Wohnung bleibt ein geschlossener Binnenraum; nur ausnahmsweise dürfte es vorkommen, dass der Nachbar auf ein Zimmer verzichtet, wenn man selbst gerade eines benötigt.

Die sinnvollste Form, flexibles Wohnen zu ermöglichen, wäre ein Überangebot unterschiedlicher Wohnformen in den regionalen Wohnungsmärkten, so dass man sich per Umzug die jeweils passende Wohnung entsprechend der sich verändernden Bedürfnisse verschaffen könnte. Dafür wäre aber überall und dauernd ein Überfluss an billigen und guten Wohnungen notwendig – eine unwahrscheinliche Voraussetzung. Eine weitere Möglichkeit bieten neutrale Grundrisse. Das mag, auf den ersten Blick, wie ein Evergreen in der Geschichte der Architektur der Moderne wirken. Als Le Corbusier den freien Grundriss als einen seiner „Fünf Punkte einer neuen Architektur“ postulierte, war der Begriff ein Synonym für die Befreiung von Konventionen und überkommenen Wohnvorstellungen.¹³ Ein freies Stützenraster

13 Die Ideale von ‚Normierung‘, ‚Funktionstrennung‘ und Effizienzsteigerung durch bestmögliche Organisation der Prozesse finden vor allem in den späten 1920er und 1930er Jahren in vielfältigen planerischen Utopien Umsetzung, von den CIAM-Kongressen 1929 und 1933 mit der Idee des ‚Wohnens für das Existenzminimum‘, über die Bauentwurfslehre Ernst Neuferts mit ihren nun für alle Funktionen festgelegten ‚Grundmaßen‘ (1936) bis hin zu der Praxis, Bauten möglichst weitgehend nach rationalisierten Verfahren herzustellen und ihre Organisation den entsprechenden Prinzipien

statt fixer tragender Wände versprach eine Architektur, die sich ständig auf wechselnde Bedürfnisse anpassen ließ und offen für die Zukunft war. Doch so einfach ist die Sache nicht. So haben sich beispielsweise jene flexiblen Strukturen aus „offenen Gerüsten und Inhalt, aus Träger und Einfüllungen“, die nach John Habraken die Problematik von Veränderlichkeit und Individualität der Architektur ein für alle Mal auflösen sollten, keineswegs als tragfähig erwiesen. ‚Multiple Choice‘ stellt zwar eine eminent wichtige Forderung dar; aber sie wäre sinnvoller Weise nicht innerhalb der Wohnung, sondern innerhalb der Nachbarschaft zu erfüllen. Zumal im Wohnungsgrundriss zwei widersprüchliche Faktoren aufeinander treffen: Je größer die Alternativen hinsichtlich flexibler Schaltbarkeit der Zimmer, desto größer die Nachteile hinsichtlich individueller Abgrenzung. Deshalb ist es angemessener, sich auf wenige Alternativen variabler Zuordnung zu beschränken. Voraussetzung dafür freilich ist, dass Architekten akzeptieren, keine ‚Allzwecklösungen‘ zu entwerfen, sondern konkrete Werkzeuge für den speziellen Fall.

Mithin wohnt dem Ansatz, viele Optionen zuzulassen, ein gedanklicher Fehlschluss inne: Denn die Flexibilität des Wohnungsgrundrisses an sich bietet durchaus noch keinen Ausweg aus der Funktionalisierung des Wohnablaufs – im Gegenteil fordert sie geradezu dazu auf. Ergebnis ist nicht die räumliche Verbesserung, sondern die bessere Anpassung an kurz- oder mittelfristige Veränderungen der Bedürfnisse. Das aber leistet die bürgerliche Wohnung der Zeit vor 1914 ohne den technischen Aufwand und bei höherer räumlicher Qualität. „Bis heute benutzen Architekten das Konzept der Flexibilität immer noch vorwiegend rein konstruktiv (um Wände durch wenige Stützen zu ersetzen). Von dieser Flexibilität profitiert letztlich vor allem der Architekt selbst, weil sie den Entwurf vereinfacht; die dem Benutzer versprochene Flexibilität der Raumorganisation wird dagegen so gut wie nie eingelöst.“¹⁴

Die zukunftsweisenden Möglichkeiten des Wohnungsbaus liegen also weder allein in der Flexibilisierung von Wohnungsgrundrissen, in der Modularisierung, in neuen Typologien (oder der Neuinterpretation und Adaption bekannter Typologien), in der Umnutzung von Bestandbauten, in hybriden Mischformen, noch in Baugruppen oder technologischer Innovation. Vielmehr muss man all dies als komplementär, einander ergänzend verstehen: Nur die Bandbreite unterschiedlicher

zu unterwerfen. Die Visionen der 1960er und 1970er Jahre knüpfen an das Ideal industrieller Herstellung an, verbunden nun mit der Hoffnung auf Anpassungsfähigkeit und einfache Veränderung, Erweiterbarkeit und Umnutzbarkeit (Raumstadt, Metastadt, Metabolisten).

14 A. Ruby, Über das schwierige Verhältnis zwischen Wohnen und Architektur, in: Deutsche Bauzeitung, Nr. 10, 2001, S. 50.

Ansätze bietet letztlich eine belastbare Perspektive.¹⁵ Notwendig ist eine sukzessive *Transformation* des gesamten Wohnungsangebots.

Und in diesem Kontext sollte man sich an das erinnern, was einst das Denkmodell des Fachwerks erfüllt hat: Nämlich ein zeittypisches, allgemein verständliches und akzeptiertes Ordnungsprinzip darzustellen, das den Rahmen und Maßstab individueller Selbstverwirklichung bildet. Stichwort ‚Neutralität‘: Sie mag auf dem ersten Blick den immer wieder geäußerten Bedürfnissen der Menschen nach konkreten, figürlichen, gutverständlichen architektonischen und städtebaulichen Zeichen, nach Vertrautheit, Wärme und Gefühl widersprechen. Doch gerade indem sie sich der unmittelbaren sinnlichen Aneignung entzieht, befreit sie das Bauen von der Einengung einer besonderen Aussage für eine besondere Kundschaft in einem besonderen historischen Augenblick. Zudem lädt diese Neutralität dadurch, dass sie an – oft vermeintlichen – Bedürfnissen rüttelt, zum kritischen Nachdenken ein; zuweilen zwingt sie sogar dazu. Den Bauträgern und Wohnungsunternehmen aber wird damit einiges abzuverlangen sein: Dass nicht nur angeboten wird, was unmittelbar gewünscht ist.

15 Freilich spricht viel dafür, dass mittelgroße urbane Blocks mit ausbalanciert gemischter Nutzung (z.B. Läden oder öffentliche Einrichtungen im Erdgeschoss, Wohnungen in den Obergeschossen) auch künftig ein Mittel der Wahl sind. Hierbei kann die asymmetrische Position der Erschließungskerne durchaus unterschiedliche Grundrisse und Wohnungstypen befördern.

AUTORINNEN / AUTOREN

Prof. Dr. Johann Jessen

1992-2016 Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Zahlreiche Publikationen in der Stadt- und Planungsforschung. Mitglied der DASL und ARL. Mitherausgeber der Zeitschrift Forum und Mitglied des Wissenschaftlichen Kuratoriums von Forum Stadt e. V.

Dr.-Ing. Robert Kaltenbrunner

Architekt und Stadtplaner. 1992-1999 Projektleiter für städtebauliche Großvorhaben in der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr (Berlin). Seit 2000 Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in Bonn und Berlin; Mitglied des Wissenschaftlichen Kuratoriums und der Redaktion von Forum Stadt.

Dr. Heike Oevermann

Studium der Architektur an der TU Braunschweig und der ETSA Sevilla, sowie World Heritage Studies an der BTU Cottbus. Promotion über städtische Transformationsprozesse am Beispiel der Zeche Zollverein. Arbeitsschwerpunkte liegen auf Architektur und Stadtbaugeschichte, Denkmalpflege und Weltkulturerbemanagement. Derzeit Forschungen zur Erhaltung und Entwicklung historischer Stadtgebiete und Industriearchitekturen in Europa am GSZ der Humboldt Universität zu Berlin. Mitglied des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e. V. und ICOMOS.

Dipl.-Ing. Dr. phil Thomas Spohn

Nach Studium der Architektur und der Volkskunde 1987-2015 wissenschaftlicher Referent für Denkmalschutz im Referat Inventarisierung der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen. Schwerpunkte sind nunmehr das landwirtschaftliche Bauen zwischen 1920 und 1960 sowie der Hausbau in den Plan- und Wiederaufbaustädten des späten 17. bis frühen 19. Jahrhunderts

Prof. Dr. Gerhard Vinken

Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Philosophie an der Albert-Ludwig-Universität in Freiburg i. Br., der Pariser Sorbonne und der FU Berlin; 1990-1992 Promotionsstipendium des Berliner Senats; 1996-2000 Bearbeitung des Bandes „Brandenburg“ des Dehio-Handbuchs der Deutschen Kunstdenkmäler am Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege. 2008 Habilitation an der Universität Bern (Schweiz) über „Sonderzone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau“. Seit 2012 Lehrstuhl für Denkmalpflege/Heritage Sciences an der Otto-Friedrich Universität Bamberg.

Johann Jessen

Otto-Borst-Preis 2017

Siebte Vergabe des Wissenschaftspreises in Erfurt

Der Otto-Borst-Preis für den wissenschaftlichen Nachwuchs wird im zweijährigen Turnus vergeben. Im Jahre 2016 wurde der Preis zum siebten Mal ausgelobt. Die »Arbeitsgemeinschaft Forum Stadt e.V.« möchte mit diesem Preis junge Wissenschaftler in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Der Preis trägt den Namen des Historikers Prof. Dr. Otto Borst (1924-2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift »Forum Stadt« (früher: »Die Alte Stadt«). Mitglieder der Jury waren:

PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ
Technische Universität Berlin

DR. THERESIA GÜRTLER BERGER
Stadt Luzern, Ressort Denkmalpflege

Prof. Dr. Tilman Harlander
Universität Stuttgart

PROF. DR. JOHANN JESSEN
Universität Stuttgart (Vorsitz)

Prof. Dr. Klaus-Jan Philipp
*Institut für Architekturgeschichte,
Universität Stuttgart*

HANS SCHULTHEISS
Chefredakteur der Zeitschrift »Forum Stadt«

Den Jury-Mitgliedern sei herzlich für Ihre Tätigkeit gedankt, die mich auch bei den nun folgenden Würdigungen der Arbeiten unterstützt haben. Gegenüber dem letzten Otto-Borst-Preis 2015 erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer um die Hälfte auf insgesamt 30 eingereichte Arbeiten; darunter waren fünf Dissertationen und 24 Studienabschlussarbeiten (Master und Bachelor) sowie eine Studienarbeit. Auffallend war die große Zahl hervorragender Master-Abschluss-

arbeiten, die die Auswahl diesmal besonders schwer machte. Nach einer ausgiebigen Diskussion gelangte die Jury zu folgendem Ergebnis: Es wurden vier gleichgewichtige Preise (750 Euro) für je zwei Doktorarbeiten und zwei Master-Abschlussarbeiten vergeben. Die Preise gingen an:

M. ENG. FLORINA LACHERBAUER

„Mehr-Wert“ schaffen.

Qualitätsvolle Nachverdichtung in München – Fallstudie Fürstenried-West.

Masterarbeit am gemeinsamen Studiengang „Umweltmanagement und Stadtplanung in Ballungsräumen“ der Hochschule RheinMain Wiesbaden, der Frankfurt University of Applied Sciences und der Hochschule Geisenheim.

Mit der Nachverdichtung bestehender Wohnquartiere behandelt diese Arbeit ein sehr aktuelles Thema, das vor allen Dingen in den Großstädten mit einer hohen Wohnungsnachfrage eine sehr wichtige Rolle spielt. Diese Arbeit ist aus einem Praktikum in der Stadtplanungsbehörde der Landeshauptstadt München heraus entstanden. Gleichwohl handelt es um eine sehr eigenständige Arbeit, die die Problematik und planerischen Herausforderungen einer nachträglichen Einfügung neuer Wohnungen in den Bestand auf höchst professionellem Niveau abhandelt. Zunächst durchdringt Frau Lacherbauer das Thema theoretisch, diskutiert das Für und Wider und arbeitet sehr versiert die einschlägige, inzwischen kräftig angeschwollene Literatur auf. Am Beispiel München führt sie aus, mit welchen Zielen und Instrumenten man das übergreifende Ziel der Nachverdichtung um-



Verleihung des Otto-Borst-Wissenschaftspreises 2017 in Erfurt am 11. Mai 2017;

v.l.: Dr. Jürgen Zieger (Vorsitzender »Forum Stadt e. V.«), Florina Lacherbauer, Jos Nino Notz, Prof. Dr. Johann Jessen (Juryvorsitz), Anna Marie Steigemann.

setzen will und stellt hierfür wichtige Referenzprojekte vor. Es folgt die Fallstudie München Fürstenried-West, Teil einer Großsiedlung der 1960er Jahre. Nach einer sehr gründlichen und anschaulich aufbereiteten Analyse des Plangebiets stellt sie überzeugend hergeleitete Zukunftsszenarien für die Siedlung dar. Darauf baut ein nach Themenfeldern differenzierter Maßnahmenkatalog auf. Die Arbeit schließt mit der Frage, ob und wie das vorgestellte Vorgehen auf andere Städte und Quartiere übertragbar ist. Damit untermauert sie auch den wissenschaftlichen Charakter der Arbeit, insofern ihre Ergebnisse deutlich über den von ihr untersuchten Einzelfall hinausweisen. Die Quintessenz ihrer Arbeit wird schon im Titel deutlich: Sie legt überzeugend dar, dass Nachverdichtung nur dann zu rechtfertigen ist und Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie nicht nur mehr Wohnungen auf begrenztem Raum schafft, sondern wenn sich damit auch glaubhaft die Situation für die Bewohner des gesamten Quartiers verbessert, sei es im Infrastrukturangebot, in der Qualität des Wohnumfelds, im Verkehr oder auch in der Wohnsituation selbst. Die Planung der Nachverdichtung erfordert somit eine ganzheitliche, integrierte, bestands- und bewohnerorientierte Strategie. Der wahre „Mehrwert“ sei dabei, so die Autorin, nur durch eine maßge-

schneiderte Lösung zu erreichen. Das macht die Nachverdichtung zu einer sehr anspruchsvollen Aufgabe; diese hat Frau Lacherbauer, soweit dies im Rahmen einer Masterarbeit nur möglich ist, mit Bravour bewältigt. Die Arbeit ist in der fachwissenschaftlichen Durchdringung, in der Ausgewogenheit der Argumentation, in der Balance der einzelnen Teile und nicht zuletzt in der Qualität der Darstellung vorbildlich.

M. SC. JOS NINO NOTZ

Öffentlicher Raum zum privaten Parken. Eine Analyse der Bereitstellung öffentlicher städtischer Straßenräume für ruhenden KFZ-Verkehr vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Anforderungen und institutioneller Rahmenbedingungen.

Masterarbeit im Fach Wirtschaftsingenieurwesen an der TU Berlin.

Hiermit wird zum ersten Mal eine verkehrswissenschaftliche Arbeit mit dem Otto-Borst-Preis ausgezeichnet. Neben der hohen Qualität der Arbeit hat dies auch mit ihrem Thema zu tun, dem ruhenden Verkehr im öffentlichen Straßenraum: ein Thema, das die Städte schon sehr lange beschäftigt, ohne dass es zumindest in den Innenstädten je zu Lösungen gekommen ist, die für alle Nutzer des Straßenraums be-

friedigend sein können. Herrn Notz geht es um eine Gesamtstrategie für den Umgang mit dem ruhenden Verkehr, die er aus verkehrswissenschaftlicher, planungsrechtlicher und gleichzeitig stadtsoziologischer Perspektive beleuchtet. Grundsätzlich gilt der öffentliche Straßenraum als Gemeingut und ist in vielfältiger Hinsicht für die ganze Stadtgesellschaft von Bedeutung. Tatsächlich aber erleben wir in den Städten – trotz eines allmählichen Bewusstseinswandels und wachsender Nutzungskonkurrenzen auch im öffentlichen Straßenraum – nach wie vor eine einseitige Priorisierung und Privilegierung des ruhenden KFZ-Verkehrs.

Herr Notz schließt an die bestehende Fachkritik höchst kompetent an und zeigt im Detail (vor allem auf Berliner Verhältnisse bezogen), wie der bestehende Rechtsrahmen im Straßen(verkehrs-)recht und die verwaltungsinterne Aufgabenverteilung seit Jahrzehnten die Privilegierung des privaten Parkens im öffentlichen Straßenraum quasi „automatisch“ fort schreibt, und er verweist auf die erheblichen, wenngleich nirgendwo erfassten ökonomischen Kosten und auf die sozialen und ökologischen Lasten dieser Privilegierung. Seine Literaturanalysen werden ergänzt durch vier ausgezeichnete und ungewöhnlich ergiebige ausgewertete qualitative Experteninterviews mit namhaften Verkehrsexperten, unter anderem dem früheren ersten Verkehrsplaner von Berlin und einem namhaften Verkehrsforscher am Deutschen Institut für Urbanistik. Die Auswertung der Experteninterviews zeigt das gegenwärtige Dilemma. Die befragten Fachleute können sich der Argumentation des Autors zum Teil bis ins Detail anschließen, sind aber aufgrund ihrer Erfahrungen sehr skeptisch, dass sich an der quasi selbstverständlichen Priorisierung des ruhenden Verkehrs im öffentlichen Straßenraum mittelfristig etwas ändern könnte. Zu stark sei diese in Regelwerken, Förderrichtlinien, Finanzierungsmodalitäten, organisatorischen Zuständigkeiten und vor allem in den Köpfen der Kommunalpolitiker und der meisten autofahrenden Bürger verankert. Am Ende entwickelt er Perspekti-

ven für eine gesellschaftliche Debatte, die nach seiner Auffassung zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel führen müsste. Die Arbeit argumentiert äußerst differenziert und kenntnisreich, zugleich aber radikal – eine seltene, in diesem Fall sehr gelungene Mischung.

Die Jury sieht in dieser Arbeit einen wichtigen Debattenbeitrag. Man möchte ihr eine weite Verbreitung in den Stadtverwaltungen und unter Kommunalpolitikern wünschen, auf dass das private Parken im öffentlichen Straßenraum nicht mehr die Regel, sondern die gegenüber sozialen und ökologischen Ansprüchen zu begründende Ausnahme wird.

DR. ANNA MARIE STEIGEMANN

Offering „more“? How store owners and their businesses build neighborhood social life.

Dissertation an der Fakultät Planen Bauen Umwelt der TU Berlin.

Die Arbeit ist auf Englisch geschrieben, weil sie im Rahmen des Internationalen Graduierten Programms „The World in the City“ am Centre for Metropolitan Studies der TU Berlin entstanden ist. Mit ihrer Dissertation ist Frau Steigemann eine außergewöhnliche Pionierleistung in der stadtsoziologischen empirischen Stadtforschung gelungen. Der Titel Ihrer Arbeit gibt schon ihre zentrale Forschungsfrage wider: Wie tragen Ladeninhaber, Gastronomen oder selbständige Dienstleister zum nachbarschaftlichen sozialen Leben in Städten bei? Leisten sie nur die Versorgung mit Waren und Service oder bieten sie mehr – „offering more?“ – an sozialem Austausch, wechselseitiger Unterstützung und lokaler Verankerung. Bilden sich im mehr oder weniger regelmäßigen Austausch zwischen den Kunden, allen voran den Stammkunden und den Stammgästen, einerseits und den Inhabern, aber auch Verkäufern und Bedienungen andererseits soziale Beziehungen ganz eigener Art aus und wie sehen diese aus? Welche Bedeutung haben dabei Zuschnitt, Ausstattung und Qualität der Räumlichkeiten? Zu diesen Fragen wird jeder

aus seiner eigenen Erfahrung Episodisches beitragen können. Umso erstaunlicher ist es, dass die Frage zumindest bisher noch nicht empirisch untersucht wurde. Die Arbeit von Frau Steigemann hilft mit ihrer mikrosoziologischen empirischen Studie diese Lücke zu schließen. Über einen längeren Zeitraum hat sie mit einem Mix an ethnographischen Methoden, unter anderem der teilnehmenden Beobachtung in acht unterschiedlichen Geschäften – mit Einverständnis der Inhaber selbstverständlich – genau registrieren können, was vor sich ging, ohne aber selbst einzugreifen. Unter den Geschäften waren ein alteingesessenes Blumengeschäft, ein Ökolen jüngerer Datums, eine etablierte türkische Kaffeebar, eine Metzgerei usw., alle in der sehr belebten Karl-Marx-Straße, der Hauptgeschäftsstraße des Berliner Bezirks Neukölln.

Bestechend ist, wie sie ihre Forschungsfragen aus stadtsoziologischen Thesen und Theorien abgeleitet hat und umgekehrt ihre Befunde nutzt, um diese Theorien auf ihre Reichweite zu überprüfen. Dabei bezieht sie sich auf die populären Theorien des amerikanischen Stadtforschers Oldenburg zu den „Third places“, zu denen er bekanntlich auch Restaurants, Bars, Läden und die Dienstleister für den täglichen Bedarf zählt, sowie zur wichtigen sozialen Rolle der Ladeninhaber, die Jane Jacobs in ihrem Buch „Zum Leben und Tod amerikanischer Städte“ als sogenannte „public characters“ in städtischen Quartieren zuschreibt. Frau Steigemann kommt zu dem Ergebnis, dass die Geschäfte und ihre Inhaber in der Tat beachtliche Katalysatoren sozialer Beziehungen für einen wichtigen Teil der meist aus dem Nahraum kommenden Kunden darstellen – im Alltag wie in der Biographie, ohne aber dabei die Befunde sozialromantisch zu verklären, in dem sie deren Bedeutung etwa überhöht. Zugleich aber macht sie deutlich: Wenn vor allem inhabergeführte Geschäfte der Nahversorgung und Gastronomiebetriebe verschwinden, geht mehr verloren als nur ein Konsumangebot; eine Einsicht, die die Autorin abschließend zu einer Kritik der bisherigen Berliner Stadtplanung in den zentralen Handelslagen veranlasst. Die Ar-

beit bietet viele neue, weil genaue Einsichten in ein sehr schwierig zu erschließendes Feld. Eine sehr gelungene, gut lesbare sozialwissenschaftliche Studie, der es gelingt, Theorie und Empirie überzeugend miteinander zu verknüpfen.

DR. NADJA WECK

Eisenbahn und Stadtentwicklung in Zentral-europa am Beispiel der Stadt Lemberg (Lwów, L'viv).

Dissertation am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Wien 2016.

Der enge Zusammenhang zwischen der Verstädterung und dem Ausbau des Eisenbahnwesens im 19. Jahrhundert ist jedem vertraut, der sich mit der Geschichte der modernen Stadt befasst hat. Anders als in der anglo-amerikanischen Geschichtswissenschaft ist dieser Zusammenhang jedoch von Stadthistorikern im deutschsprachigen Raum kaum detailliert, d.h. über alle Maßstäbe hinweg, analysiert worden. Dieser Aufgabe hat sich Frau Weck mit ihrer Arbeit mit großer Souveränität gewidmet, und zwar unter Rekurs auf die Stadttheorien des französischen Philosophen Henri Lefebvre und am Beispiel der Stadt Lemberg in Galizien.

Lemberg heißt heute Lwiw und ist die westlichste Großstadt der Ukraine; in der beschriebenen Epoche des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war es die östlichste Großstadt der K.u.K-Monarchie Österreich-Ungarn. Zunächst rekonstruiert sie für den Zeitraum von 1830 bis 1880 wie durch den schrittweisen Ausbau des Schienennetzes – auch auf Betreiben lokaler Akteure als Finanziers und Promotoren – sich Lemberg zu einem zentralen Eisenbahnknotenpunkt in der gesamten Region entwickelte und sich das Standortgefüge Galiziens dadurch transformierte. Dann zeichnet sie auch anhand von historischen Stadtplänen die stadtstrukturellen Wirkungen der beiden neuen Bahnhöfe im Westen und Nordosten der Stadt und der innerstädtischen Gleisanlagen sehr anschaulich nach und zeigt, dass auch in Lemberg mit dem Bahnhof-

standort die dominante Richtung städtischer Expansion vorgegeben wurde. Schließlich arbeitet sie sehr kenntnisreich die Bau- und Architekturgeschichte der Lemberger Bahnhöfe auf, die sich als sehr wechselhaft erweist – nicht nur durch Kriegszerstörungen, sondern auch durch Erweiterungen und Modernisierungen. Die Dissertation von Nadja Weck hat uns in mehrfacher Weise überzeugt: Sie ist ein Vorbild dafür, wie eine theoretische Argumentation – in diesem Falle die heute weithin beliebte Argumentation von Henry Lefebvre zur Produktion von Raum – so angewandt werden kann, dass sie hilft, einen konkreten Gegenstand – die Wechselwirkung von Eisenbahn und Raum- bzw. Stadtentwicklung – zu verstehen. In dieser Arbeit dient die Theorie dem Gegenstand, sie stützt ihn nicht zu recht; ein Verständnis von Theorie, das sich deutlich von einem scholastischen Vorgehen abhebt,

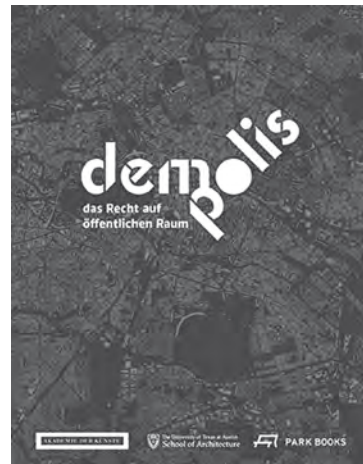
das nur das findet, was der Tunnelblick vorgegeben hat. Was weiter auffällt, ist der disziplinär integrative Charakter der Forschung. Sie verknüpft historische, planungsgeschichtliche, wirtschaftsgeschichtliche, politikgeschichtliche, literaturgeschichtliche und architekturgeschichtliche Aspekte zwanglos und fruchtbar miteinander. Durch die Eisenbahn, so wird deutlich, wurde der regionale Raum, der gesamtstädtische Raum und der Raum des Bahnhofs selbst geschaffen bzw. verändert. Schließlich holt die Arbeit einen weithin vergessenen, bedeutsamen zentraleuropäischen Raum wieder in unsere Erinnerung zurück, den Raum Galizien und seine Landeshauptstadt Lemberg, das heutige ukrainische L'viv. Eine hervorragende Arbeit, die außerdem sehr gut lesbar ist, was bekanntlich bei Dissertationen nicht selbstverständlich ist.

BESPRECHUNG

BARBARA HOIDN (Hrsg.), *DEMO:POLIS. Das Recht auf Öffentlichen Raum*, Zürich Park Books 2016 (Katalog in Verbindung mit der Ausstellung „Demo:Polis – Das Recht auf Öffentlichen Raum“ in der Akademie der Künste Berlin, 12. März - 29. Mai 2016), 500 Abb., 288 S., 48,- €.

Seitdem sich die Gestaltung von Architektur immer mehr dem öffentlichen Einfluss entzieht, scheint die des öffentlichen Raumes zunehmend an Beachtung zu gewinnen. Offensichtlich soll, wenn die Architektur kaum mehr zu beeinflussen ist, der Freiraum das Ganze „zusammenhalten“. Das ist eigentlich nicht neu, das hat schon Camillo Sitte so gesehen. Leider hat er uns das geplante Buch „Städtebau nach seinen sozialen Grundsätzen“ nicht hinterlassen, dann hätte er sich der Frage nach der sozialen und politischen Bedeutung des öffentlichen Raumes stellen müssen.

Nun hilft es nichts, darüber zu rasonieren, dass „die Moderne nicht einen guten Stadtplatz“ hervorgebracht habe, oder zu fragen, ob es am „fatalen Unwissen der Fachleute“ läge, städtebauliche Räume zu gestalten (Christoph Mäckler, Direktor des Instituts für Stadtbaukunst der TU Dortmund, FAZ 05.09.2016). Man kann natürlich auch die Frage stellen, ob man tatsächlich unter den heutigen Bedingungen einen Platz wie die italienischen Piazze oder süddeutschen Marktplätze als einheitliches Gebilde planen kann, wie es immer mal wieder versucht wird (ein Beispiel unter vielen: der Walter-Benjamin-Platz in Berlin, 1999-2001, Kohlhoff Architekten). Das muss wohl scheitern, denn die gerühmten historischen Plätze sind selten aus einem Guss, sondern über Jahrhunderte hindurch immer wieder neu gestaltet und ergänzt



worden. Gegen die spätabsolutistischen Planungen von Georg Ludwig Laves für Hannover wandte der Stadtbaumeister August Heinrich Andreae um 1830 ein: „Einen schönen Platz erzwingen kann man nicht [...]. Man kann kaum sagen, dass er angelegt werde, er legt sich selbst an.“ Dieser Aussage muss man nicht unbedingt folgen, es ist aber wohl mehr als ein Körnchen Wahrheit darin. Wenn es heute um die Gestaltung von innerstädtischen Plätzen geht, sind die veränderten Funktionen und Erwartungen der Stadtbewohner an den Stadtraum zu bedenken. War dieser einmal Lebens- und Arbeits-, natürlich auch Kommunikationsraum, so besteht heute nur noch geringe Notwendigkeit, diesen tatsächlich aufzusuchen – ganz abgesehen von den sich vermehrenden Gefahren – sich dort länger aufzuhalten. Auch lassen sich öffentliche und private Räume kaum mehr unterscheiden: die private Einkaufspassage verfügt über alle äußerlichen Merkmale eines öffentlichen Raumes, die Privatheit ist durch die neuen Medien nicht mehr abgegrenzt. Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes dominieren zusehends

wirtschaftliche Interessen – Kommerz und Tourismus – und eine Tendenz, den Platz allein für die hedonistische Freizeitgestaltung zu nutzen (Freiluftgastronomie, Events, Lieblingswort der Planer: „Verweilen“). Die ursprünglichen Aufgaben des öffentlichen Raumes – auch Bühne des politischen Lebens und Austragungsort von Konflikten zu sein – treten immer mehr zurück.

Es ist ein großes Verdienst des einführenden Beitrages von Barbara Hoidn an die Zusammenhänge der Entwicklung demokratischer Gesellschaften seit der Antike und der Gestaltung des öffentlichen Raumes bis heute hinzuweisen. „In der permanenten Umdeutung und Weiterentwicklung des Öffentlichen, in der Grenzüberschreitung und Inbesitznahme des öffentlichen Raumes durch wechselnde Akteure liegt der Kraftquell für den Fortbestand demokratischer Gemeinschaften; daraus entsteht Wehrhaftigkeit gegen autoritäre und diktatorische Übergriffe.“ (S. 8). Wie ein gut gestalteter Raum, sofern es das überhaupt gäbe, aussehen sollte, kann und will das Buch auch nicht klären. Durch intelligente Aufsätze und eine Sammlung positiver wie negativer Beispiele veranschaulicht es aber sehr unterschiedliche Aspekte wie Analyse bestehender Situationen und Nutzerwünsche sowie Realisierung nicht nur im städtischen, sondern auch im

landschaftlichen Bereich. Es reflektiert die Möglichkeiten der künstlerischen Gestaltung und die Formen der bürgerschaftlichen Engagements auch über längere Zeiträume bis hin zur Parkraumbewirtschaftung. Ganz aktuell zur diskutierten Neugestaltung des Kulturforums in Berlin will eine Überlagerung des gegenwärtigen, durch Philharmonie, Neue Nationalgalerie und Staatsbibliothek geprägten Stadtgrundrisses mit denen von New York und Rom durch den Studenten Ka-Shing Chui passen. Vielleicht eine verpasste Chance? (Dokumentation eines internationalen Workshops, S. 247).

Rezepte sind aus dem Buch nicht abzuleiten, das widerspräche auch der Intention der Herausgeber und Autoren. Es sind aber viele Anregungen zu gewinnen, die Aufgabe, einen öffentlichen Raum zu gestalten, immer wieder neu zu denken: „Öffentlicher Raum ändert sich ungeplant und im ständigen Gebrauch. Die Stadtplaner müssen hinschauen und auswerten [...]. Der öffentliche Raum ist der Spiegel erfolgreicher Politik und Akzeptanz des mündigen Bürgers. [...] Es kann nicht nur bei abstrakten Forderungen an Politik und Verwaltung für mehr Schutzmaßnahmen bleiben. Man muss eine Zukunft entwerfen.“ (S. 14)

Dieter-J. Mehlhorn, Kiel



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK

Fernstudium „Historische Stadt“

„Historische Stadt“: Nicht nur ein Gegenstand für Stadtforschung, Denkmalschutz, Stadtplanung oder Tourismus, sondern seit dem Sommersemester 2009 auch Thema eines Studienangebots. Für ein überregional ausgerichtetes Fernstudium arbeiten mehrere Hochschulen, weitere Einrichtungen und einzelne Wissenschaftler zusammen. Die Durchführung als Fernstudium verschafft individuellen Freiraum – zu studieren, wann und wo es passt, ohne berufliche, ehrenamtliche oder sonstige Aktivitäten aufgeben bzw. unbedingt einschränken zu müssen. Zur Vertiefung und Veranschaulichung finden in verschiedenen Städten, u. a. auch in Hildesheim, Frankfurt und Nürnberg, Präsenzseminare statt, und selbstverständlich werden Kommunikation und Kontakte auch durch das Internet unterstützt. Das Studium umfasst vier Module mit i. d. R. vier Unterthemen. Über jedes mit einer Abschlussleistung (Hausarbeit, Klausur, Referat, Abschlussgespräch, Praktikum) absolvierte Modul wird ein Nachweis ausgestellt; das komplette Programm führt zum Zertifikat (§ 58, Abs. 3 schleswig-holsteinisches Hochschulgesetz).

Fernstudium Historische Stadt



IM FOCUS DAS LEBEN

Modul A: Die geschichtliche Stadt - Grundlagen

Einführung – Anfänge bis Mittelalter (2 SWS)

Dr. Jörg Rathjen, Kiel

Einführung - Frühe Neuzeit bis Gegenwart (2 SWS)

Prof. Dr. Bernd Fuhrmann, Netphen, Yvonne Schröder, Olpe

Stadt und (Um-)Land:

- **Bis zum Ende des Mittelalters**

Prof. Dr. Bernd Fuhrmann, Yvonne Schröder

- **Zwischen Reformation und ca. 1800**

Prof. Dr. Thomas Riis

- **Kommunale Selbstverwaltung zwischen Partizipation und Effizienz:** *Prof. Dr. Lars Holtkamp*

„Anwendungsbeispiele“ (2 SWS)

Berlin - Dresden - Duderstadt - Heidelberg - Hildesheim -

Leipzig - Lübeck - Nürnberg

Dr. Katja Hillebrand, Neuwittenbek

Modulverantwortlich: Prof. Dr. Bernd Fuhrmann, Netphen

Modul C: Planen, Bauen und Entwickeln

Entwicklung und Topografie der deutschen Stadt (2 SWS)

Prof. Dr.-Ing. Dieter-J. Mehlhorn, Kiel

Historisches Bauen – Mittelalter, frühe Neuzeit, 19./20. Jahrhundert (2 SWS)

Jens-Christian Holst, Oetjendorf; Ulrich Klein, Marburg; Prof. Dr. Hartwig Schmidt, Karlsruhe

Architektur der Stadt (2 SWS)

a) 9. bis 13. Jh. (Romanische Kirchen in Hildesheim)

b) Barocke Herrschaftsarchitektur in Kassel

c) Bürgerhäuser 17./18. Jh. in Schwerin

d) Moderne Architektur in Berlin 1918-1932

(a) Dr. Stefan Bölke, Hildesheim, (b) Prof. Dr.-Ing. Mehlhorn, (c) Dipl.-Ing. Klaus Brendle, Lübeck, (d) Prof. Paul Gerhard Trost, Kiel

Umgang mit der historischen Stadt (2 SWS)

Prof. Dr.-Ing. Dieter-J. Mehlhorn, Kiel

Modulverantwortlich: Prof. Dr.-Ing. Dieter-J. Mehlhorn, Fachhochschule Lübeck

Modul B: Stadt in kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive

Stadtsoziologie (2 SWS)

Prof. Dr. Lothar Bertels, Hagen, Prof. Dr. Bernhard Schäfers, Baden-Baden

Die Stadt als kulturgeschichtliches Phänomen des Mittelalters und der frühen Neuzeit (4 SWS)

a) Das geistig-spirituelle Konzept der Stadt am Beispiel der ottonischen Bischofsstadt

b) Handwerker und ihr Verständnis von der Stadt

c) Patrizier blicken auf ihre Stadt

d) Wand- und Deckenmalereien in Wohnhäusern als Quelle zur Kulturgeschichte der Stadt. 1300-1800

(a) Dr. Kerstin Schulmeyer-Ahl, Frankfurt/Main, (b) Ellen Diehm, Hofheim, (c) Prof. Dr. Felicitas Schmieder, (d)

Dr. Manfred Eickhölter, Lübeck

Kunst- und Kulturgeschichte der historischen Stadt des 19. Jahrhunderts (2 SWS)

Dr. Brigitte Heise, Dr. Sabine Voigt, Lübeck

Modulverantwortlich: Prof. Dr. Felicitas Schmieder, Hagen

Modul D: Erforschen, Bewahren, Weitergeben

Baudenkmalpflege, Stadtarchäologie, je 1 SWS

Dr. Horst Siewert, Lübeck, Kristine Bauer-Stisser, Kiel; Alfred Falk M.A., Lübeck

Grundlagen des Verstehens und Interpretierens der Quellen zur „Historischen Stadt“ (12.-20. Jahrhundert) (2 SWS)

Prof. Dr. Rolf Hammel-Kiesow, Lübeck; Dr. Jan Lokers, Lübeck

Vom Stadtstaat zur ausgestellten Stadt (2 SWS)

Dr. Manfred Eickhölter, Lübeck

Nachhaltige Tourismusentwicklung und strategisches Marketing (2 SWS)

Dipl.-Ing. Karoline Lenz, Lübeck; Dipl.-Ing. Matthias Beyer, Berlin

Modulverantwortlich: Prof. Dr. Hans Wißkirchen, Kulturstiftung Hansestadt Lübeck

Ansprechpartner:

Dr. Manfred Bossow,
Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck
Universität zu Lübeck
Schüsselbuden 30-32 (Posthof), 23552 Lübeck
Tel.: 0451/70984510 oder 01577 7823024
www.fernstudium-historische-stadt.de
bossow@fernstudium-historische-stadt.de

MIT VOLLER KRAFT VON UNS GERETTET.



Maschinentelegraf der „Oscar Huber“, dem letzten erhaltenen Schleppdampfer auf dem Rhein. Mehr über die Geschichte dieses Denkmals: www.dieganzegeschichte.de

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen.

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.